Kurdistan Report

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

Nr. 129 Januar/Februar 2007 2,50 Euro



- Wir können den Waffenstillstand erneut überdenken
- Wohin gehen der Irak und Südkurdistan?

In dieser Ausgabe berichten wir über:

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr
Ein Jahr großartiger Errungenschaften
Duran Kalkan, KKK 4

Flächendeckende Operationen und Vernichtungsangriffe in Kurdistan
Wir können den Waffenstillstand erneut überdenken
Murat Karayilan, KKK 8

Damit der Waffenstillstand von Dauer ist ...
Es bedarf einer politikübergreifenden Struktur
Interview mit Orhan Doğan 11

Wohin führen die Beziehungen der Türkei mit der EU im Jahr 2007?
Entwicklung der Türkei verläuft nicht positiv
Baki Gül/Brüssel, Journalist und Soziologe 13

Forderung an den Staat, auf den einseitigen Waffenstillstand einzugehen
Öcalan: Wer muss wen amnestieren?
aus: ANF, 10.11.2006 16

Eine neue US-Strategie wird erforderlich sein
Wohin gehen der Irak und Südkurdistan?
Hasan Cudi, Parteiratsmitglied der PÇDK 18

Demokratiemangel in der Türkei
„Lebende Schutzschilde" zu 2 ½ Jahren Haft verurteilt
Martin Dolzer 22

III. Internationale Konferenz „Die Europäische Union, die Türkei & die Kurden"
„Slow train is coming"
Hans Branscheidt, EUTCC Brüssel 23

Die Förderung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte:
Dezentralisation und lokale Verwaltungen
Osman Baydemir, Bürgermeister Diyarbakır 24

Die Verleihung des Literaturnobelpreises an Orhan Pamuk
Zuckerbrot und Peitsche
Dr. Elmar Millich 27

Die Flut ist die größte Umweltkatastrophe der letzten fünfzig Jahre in Kurdistan
Bilanz der Flut liegt vor Augen
Serdar Eroğlu 29

Die Realität des schmutzigen Krieges wurde aufgedeckt
20 Jahre – Menschenrechtsverein İHD
Selahattin Demirtaş, İHD-Vorsitzender Diyarbakır 31

Zwischen Feier und Strafverfolgung:
Kurdisches Linux in Diyarbakır vorgestellt
Reimar Heider 33

KARDELEN – ein Frauenhaus stellt sich vor
KARDELEN – Frauenhaus der Gemeinde Bağlar 35

Aufruf zur Teilnahme an den Frauendelegationen zum 8. März 2007 zur Stärkung der Frauensolidarität 38

Geheimentscheid über Hermesbürgschaft für Ilisu-Staudamm
Der Widerstand gegen das Projekt geht weiter
Heike Drillisch, WEED 39

Dreizehn Jahre nach dem PKK-Verbot:
Gedanken, Fragen, Forderungen
Gemeinsame Erklärung von AZADÎ und YEK-KOM 41

Die Liedermacher und Musiker Zelemele und Ahmet Aslan
Wehklage auf eine unterdrückte Kultur
Barlas Beyaztaş, Journalist 44

Und sie verändert sich ...
Qirix von Doğan Güzel 46

Kurdistan Report Nr. 129 Januar/Februar 2006

Impressum

Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg
k.report@gmx.de

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement (6 Exempl. inkl. Porto)
(BRD) 20,– Euro
(Europa) 25,– Euro

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Der Blick
Foto: Sıdık Güler

Rückseite:
Aufruf: Spendet für die Opfer der Flutkatastrophe
Foto: DIHA

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung:
Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Friedensmütter fordern ein Ende der Militäroperationen und einen zweiseitigen Waffenstillstand. Foto: DIHA



Frieden sowie einen beidseitigen Waffenstillstand fordern viele Frauenverbände. Foto: DIHA



Auch an dem Aktionstag gegen Gewalt gegen Frauen am 25.11. demonstrierten Frauen für einen zweiseitigen Waffenstillstand. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

mit dieser Ausgabe des Kurdistan-Reports läuten wir ein neues Jahr ein, das mit Sicherheit viel Initiative und Engagement erfordert. Es gilt, den Anfang Oktober von der kurdischen Freiheitsbewegung ausgerufenen einseitigen Waffenstillstand zu festigen, auszubauen oder auch nur zu retten. Denn das Jahr 2006 endete nicht gerade mit Fortschritten auf dem Weg zu einem wirklichen Schweigen der Waffen. Ministerpräsident Erdoğans Äußerung, es werde „ohne ersichtlichen Grund“ keine Operationen der Sicherheitskräfte geben, wenn die PKK zu ihrem Wort stehe, erwies sich als leere Worthülse. Nicht ein winziger Schritt in Richtung Frieden war von Seiten des türkischen Staates erkennbar, das Militär bestimmte die Route, was bedeutet, dass eine militärische Operation auf die nächste folgte.

Ebenso wurden auch die kurdischen PolitikerInnen und FriedensaktivistInnen weiter mit Prozessen belästigt, so z. B. die stellvertretende DTP-Vorsitzende Aysel Tuğluk wegen „Propaganda für Abdullah Öcalan und die PKK“, weil sie diese laut Anklageschrift auf einer Kundgebung in Diyarbakır aus Anlass des Weltfriedenstages „lobend“ erwähnt und damit gegen das Antiterrorgesetz verstoßen haben soll. Beispiele ließen sich hier weiter ausführen, wie auch dieser Ausgabe leider wieder zu entnehmen ist.

Im Rahmen einer Pressekonferenz in Ankara warnte Aysel Tuğluk davor, dass die kontinuierlichen Militäroperationen, die zu hohen Verlusten auf beiden Seiten führen, eine Fortsetzung des einseitigen PKK-Waffenstillstandes immer unwahrscheinlicher werden ließen: „Wir befürchten, dass auch dieser Waffenstillstand ebenso wie der von 1999 innenpolitischen Berechnungen geopfert wird“, erklärte Tuğluk. Abdullah Öcalan müsse die Gelegenheit gegeben werden, zu einer Kontinuität der Waffenruhe beizutragen. Regierung und Öffentlichkeit seien aufgefordert, ihrer Verantwortung nachzukommen. Die Öffentlichkeit habe den Beschluss zum Waffenstillstand mit großer Zufriedenheit aufgenommen, aber dieser müsse auch umgehend in einen bleibenden Frieden ausgebaut werden, wird die aktuell zu beobachtende Passivität kritisiert.

Nach wie vor werde in der kurdischen Frage auf Gewalt gesetzt; insbesondere das Militär betrachte die Frage als ein Problem der inneren Sicherheit. Aufgrund der bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Türkei im Jahr 2007 werde von Regierung und Opposition eine Politik betrieben, die den Erfordernissen des politischen Prozesses entgegenstehe.

Wie lässt sich diese altbekannte politische Beton-Mentalität aufbrechen, gegen die schon immer auf allen Politikfeldern und in allen Bereichen des alltäglichen Lebens angekämpft werden muss? Ob es die Frauen sind, die Opfer der Flut in Kurdistan, oder ob es um die vom GAP-Projekt Betroffenen geht, denen jetzt wieder mit der kürzlich erfolgten Grundsatzzusage der Bundesregierung für eine Hermesbürgschaft für den gigantischen Ilisu-Staudamm ein Stück Zukunftsperspektive verbaut wird – nach Aussage der Bundesregierung wurden die umstrittenen Punkte durch Verhandlungen mit der türkischen Regierung gelöst, genauere Angaben über die vereinbarten Auflagen halten die beteiligten Regierungen jedoch geheim –, immer wird auf dem Rücken der Schwachen gehandelt. Bleibt nur zu hoffen, dass sich der von Duran Kalkan in seiner Jahresbilanz formulierte Ausblick auf 2007 realisieren lässt: die erfolgreiche Weiterentwicklung der Freiheitsbewegung und die Selbstorganisierung der Bevölkerung auf der Grundlage des demokratischen Konföderalismus.

In diesem Sinne wünschen wir allen freiheitsliebenden Menschen ein erfolgreiches Jahr 2007!

Ihre Redaktion

Ein Rückblick auf das vergangene Jahr

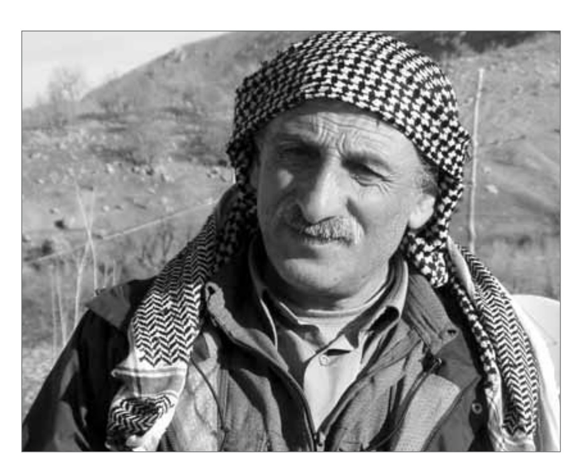
Ein Jahr großartiger Errungenschaften

Duran Kalkan, stellvertr. Vorsitzender des Exekutivrates der KKK

Die kurdische Freiheitsbewegung hat im Jahr 2006 eine überaus bedeutsame Entwicklung gemacht. 2006 offenbarte außergewöhnliche Eigenschaften und erlebte auf der Grundlage der 1.-Juni-Offensive von 2004 regelrecht ein Finale. Eine solche Entwicklung ließ sich bereits 2005 absehen. Vor allem deuteten im Sommer 2005 die Resultate der 1.-Juni-Offensive darauf hin, dass deren Auswirkungen auf die Politik der Türkei das Jahr 2006 sehr komplex, mit schweren Kämpfen, gestalten würden.

Auch war für 2006 in den militärischen Operationen in der Region des Mittleren Ostens, welche auch als 3. Weltkrieg bezeichnet werden, ein Wendepunkt mit für Kurdistan nicht unbedeutenden Auswirkungen vorauszusehen. Im Sommer 2005 bestimmten Diskussionen über die kurdische Frage sowie die Augustdeklaration unserer Freiheitsbewegung – als Antwort auf die Forderung nach lösungsfördernden Schritten – maßgeblich den Weg für die folgenden Entwicklungen. Als Reaktion auf die Appelle türkischer Intellektueller, demokratischer Kräfte und auf die Rede des türkischen Ministerpräsidenten in Diyarbakır – in der er die kurdische Frage explizit benannt und deren Lösung mit demokratischen Mitteln versprochen hatte – fasste unsere Bewegung den Beschluss zur Zurücknahme unserer militärischen Aktionen. Wir wollten mit diesem Schritt den Weg für eine Lösung eröffnen.

Kurz nach dieser Deklaration vom 20. August 2005 wischte der Nationale Sicherheitsrat auf seiner Sitzung am 23. August die Äußerungen Erdoğans zur kurdischen Frage beiseite und erklärte an dessen Stelle faktisch den totalen Krieg. Dieser Beschluss wirkte sich sofort auf die Regierungspolitik aus und gab Hinweise auf den Verlauf der kommenden Phase. Er war zum einen ein klares Bekenntnis, dass die Staatspolitik während der Phase unseres fünfjährigen einseitigen Waffenstillstandes, unsere Bewegung quasi verkümmern lassen zu wollen, fehlgeschlagen ist und die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung mit begrenzter Abwehr nicht zu verhindern ist. Gleichzeitig signalisierte er aber auch, welche Repressionen und Angriffe die türkische Führung für das Jahr 2006 vorsah: Krieg mit allen Mitteln gegen unseren Vorsitzenden Abdullah Öcalan, unser Volk und die Guerilla. Unsere Bewegung analysierte diese Situation auf verschiedenen Ebenen, um den demokratischen Widerstand ohne Zeitverlust organisieren zu können, und entschied sich für eine Strategie, dieses Kriegskonzept 2006 ins Leere laufen zu lassen.



Duran Kalkan Foto: Archiv

Mit dem Entschluss vom 23. August 2005 zum totalen Krieg war immer klarer geworden, dass das Jahr 2006 einen außerordentlichen Verlauf nehmen würde, dem nicht auf übliche Weise begegnet werden könnte.

Diesen Prämissen entsprachen unsere Vorbereitungen und 2006 kann folglich in vier wichtige Kampfetappen unterteilt werden. Unsere Bewertungen und Analysen sind dabei durch den Kampf und die Ereignisse bestätigt, unsere Bewegung gestärkt und der Freiheitskampf gefördert worden.

Die **erste Etappe** können wir als die der Bildung und Vorbereitung definieren. Ab November 2005 ging unsere Bewegung, in erster Linie die Guerilla, im Sinne der Vorbereitung auf das Jahr 2006 in eine Phase außerordentlicher Aktivitäten der Bildung, Organisierung und technischen Vorbereitung. In dieser Phase der Versammlungen und Fortbildungen erneuerte und entwickelte sich die Bewegung in allen Bereichen. Der Wunsch nach aktivem Kampf wuchs. Schon Anfang Februar wirkten sich die Vorbereitungen auf die Praxis aus, so dass die zweite Etappe des Kampfjahres 2006 darauf aufbauen konnte.

Diese **zweite Phase**, die von unserer Genossin Viyan[1] quasi mit einer Aktion der Selbstlosigkeit eingeleitet wurde, wandelte sich während der Protestaktivitäten anlässlich des Jahrestages des

internationalen Komplotts vom 15. Februar 1999 in den Beginn von Massenerhebungen und Volksaufständen. Die Protestaktionen vom 15. Februar 2006 fanden in allen Teilen Kurdistans sowie im Ausland zeitgleich statt und die Beteiligung war höher als in den Jahren zuvor. Es war das Resultat unserer Vorbereitungsarbeit im Winter und offenbarte somit deren Bedeutung. Diese Protestaktionen zeigten der gesamten Öffentlichkeit, dass wir – sowohl die Freiheitsbewegung als auch die Bevölkerung – mit neuen Ansätzen und noch mehr Dynamik dem 8. Jahrestag des internationalen Komplotts begegneten. Das Volk beteiligte sich sehr tatkräftig und begeistert an den Protestaktionen. Primär deklarierte es offen seine Verbundenheit mit seinem politischen Repräsentanten Abdullah Öcalan und der PKK. Zum ersten Mal hat das kurdische Volk, mitsamt der Jugend und den Frauen, sie öffentlich dermaßen angenommen. Es protestierte nicht nur gegen das Komplott, sondern drückte auch aus, dass es nicht mehr damit leben will und es daher wirksam bekämpfen wird. Mit der Losung „Freiheit für Abdullah Öcalan – Demokratische Lösung für die kurdische Frage" wurde quasi die Phase mit dem Ziel begonnen, das Komplott zu durchbrechen und zu überwinden.

Die Fortsetzung der Protestaktionen zum 15. Februar fand zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, statt. Während im Allgemeinen eine Abnahme der Aktivitäten von Frauenseite zu verzeichnen ist, begegneten die kurdischen Frauen dem 8. März aus ihrer großen Verbundenheit mit dem Vorsitzenden Apo und ihrer Freiheit. Nicht nur Frauen in den Städten, sondern auch Frauen aus feudalen Strukturen demonstrierten in Massen für ihre Freiheit.

Diese Bewegung der Serhildans (Volksaufstände) erreichte schließlich zu Newroz ihren Gipfel. Trotz der Provokationen und Behinderungsversuche der türkischen Führung kamen in Amed (Diyarbakır) über eine Million Menschen zusammen. Sie repräsentierten den stärksten Volkswillen, indem sie ihre Verbundenheit mit ihrem Vorsitzenden Apo und ihrer Partei PKK allgemein ersichtlich offen zeigten. Mit diesem Akt direkter Demokratie unterstrichen sie praktisch erneut das Referendum, in dem sie den Vorsitzenden Apo zu ihrem politischen Willensträger erklärt hatten. Zu Millionen feierten die Kurdinnen und Kurden in allen Teilen Kurdistans und im Ausland ihr Newrozfest auf den Straßen. Es war 2006 die stärkste Beteiligung an den Newrozfesten mit annähernd zehn Millionen Menschen. Nicht nur die Beteiligung war außergewöhnlich, sondern auch die Begeisterung, die klare Freiheitsforderung, die Organisierung und die klare Haltung.

Diese breit angelegte Widerstandsbewegung in mehreren Städten Kurdistans, wies auf einen neuen Abschnitt des Volksaufstands hin.

Die türkische Staatsführung, die trotz aller Repressionen und Hürden dieses imposante Newrozfest nicht hatte verhindern können, verlagerte zum einen große Armeeeinheiten nach Kurdistan und versuchte zum anderen diese positive Entwicklung durch die Ermordung von 14 Guerillakämpfern in Muş, die wahrscheinlich seit längerem unter staatlicher Aufsicht gestanden hatten, zu sabotieren.

Dieses Massaker sollte die Begeisterung und die Moral der kurdischen Bevölkerung zu Newroz brechen und die Menschen einschüchtern. Sie sollten sich nicht mehr trauen, zu ihren Gefallenen zu stehen, und damit wiederum psychisch gebrochen werden. Das war die Berechnung der Verantwortlichen für die Ermordung der Guerillakämpfer. Aber es stellte sich heraus, dass sie sich gewaltig geirrt hatten.

Denn ähnlich wie an Newroz nahm sich das kurdische Volk seiner Märtyrer an und führte große Begräbnisfeiern durch. Die türkische Führung konnte nicht ertragen, dass sie auch mit dieser Methode keinen Erfolg hatte und setzte daraufhin ihre Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung von Amed ein. Durch den Einsatz von Schusswaffen wurden regelrechte Massaker verübt. Mehr als ein Dutzend Zivilisten, darunter auch Kinder im Alter von drei, fünf und sieben Jahren, kamen in Folge der staatlichen Angriffe in Diyarbakır, Batman und Kızıltepe ums Leben. Als Antwort auf die staatlichen Maßnahmen, den Widerstand des Volkes brechen zu wollen, hat dieses – auch wenn es hierfür einen hohen Preis zahlen musste – an seinem Widerstand und seinen Forderungen festgehalten.

Diese breit angelegte Widerstandsbewegung in mehreren Städten Kurdistans, allen voran in Diyarbakır Ende März, wies auf einen neuen Abschnitt des Volksaufstands hin. Mit ihrem Widerstand zeigte die kurdische Bevölkerung der Weltöffentlichkeit, dass sie trotz des von ihr abverlangten Preises und der erfahrenen Massaker niemals ihren Widerstand für ihre Freiheit aufgeben wird. Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die demokratischen Massenaktionen vielfältiger, schwungvoller und radikaler. Mit ihnen wurde zudem die Behauptung des türkischen Staates widerlegt, nur eine Handvoll „Terroristen" forderten Freiheit und Demokratie. Es war das kurdische Volk, das sich in Massen für diese Forderung erhob.

Die Aufstände wirkten sich unmittelbar auf die politische Atmosphäre aus. Danach wurde die kurdische Frage sowohl intern als auch nach außen heftig diskutiert. Aufgrund der Ereignisse in Diyarbakır wurde die politische Tagesordnung von der kurdischen Frage bestimmt. Auch die engsten Verbündeten der türkischen Staatsführung warfen ihr ihre mörderische Haltung gegen die kurdische Bevölkerung vor und ermahnten sie wegen ihrer Vorgehensweise.

Während der Widerstand des Volkes auch im April und Mai – verstärkt im Mai, dem Monat der Märtyrer – in Form von Massengedenkfeiern für die Märtyrer anhielt, trat nun die Guerilla auf die Bühne. Nach den Phasen der Vorbereitung und des Volksaufstands bildete der Widerstand der Guerilla auf der Basis der legitimen Selbstverteidigung die **dritte Kampfetappe** für 2006. Der türkische Staat verlegte annähernd 300 000 Soldaten nach Kurdistan und verstärkte

seine militärischen Operationen gegen die Guerilla. Diese leistete dagegen den ganzen Sommer über wirkungsvollen Widerstand. Vor allem die Selbstverteidigungsoffensive der Guerilla im Gedenken an den 14. Juli 1982 [*Widerstand in den Gefängnissen*] forcierte die Gewichtung der kurdischen Frage auf der politischen Tagesordnung. Die Diskussion darum verstärkte sich nun in allen Kreisen, von den Medien bis zur politischen Öffentlichkeit. Es wurde betont, dass es nicht mehr so weitergehen könne, dass die türkische Staatsführung ein Jahr nach ihrem Kriegsbeschluss vom Sommer 2005 nichts erreicht habe, die PKK nicht habe schwächen können, sondern wegen des Widerstands der Guerilla in eine noch ausweglosere Lage geraten sei.

Die Auswirkungen auf die Öffentlichkeit waren enorm. Nach dem ausbleibenden Erfolg des staatlichen Krieges vermehrten sich die zweifelnden Stimmen, dass die kurdische Frage so nicht zu lösen sei, dass die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der Türkei erfolglos bleiben würde. Darauf wurde die Suche nach Auswegen intensiviert, neue Diskussionen kamen auf. Schon Anfang August wurde die Waffenstillstandsaufforderung der türkischen Intellektuellen und der Südkurdischen Föderalregierung bekannt. Unsere Deklaration für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage trug zur Vertiefung dieser Phase, der Diskussionen bei. Es folgte anlässlich des 22. Jahrestages des 15. August 1984 [*der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der PKK*] der offizielle Waffenstillstandsappell seitens US-Sprechern an die PKK. Ähnliche Waffenstillstandsforderungen an die PKK äußerten ebenfalls das EU-Parlament und unterschiedliche EU-Mitgliedsstaaten. Diese Situation wurde Anfang September von intellektuellen und demokratischen Kräften in der Türkei noch weiter vorangetrieben, allen voran die DTP bekundeten sie ihre Bemühungen zur Entwicklung einer neuen Phase. Auch innerhalb der türkischen Gesellschaft und des Staatsapparates begab man sich in Anbetracht des Scheiterns der bisherigen Herangehensweise ebenfalls auf die Suche nach einem Waffenstillstand.

Nach dem ausbleibenden Erfolg des staatlichen Krieges vermehrten sich die zweifelnden Stimmen, dass die kurdische Frage so nicht zu lösen sei.

Die Tatsache aufkommender unterschiedlicher Bestrebungen auch innerhalb des türkischen Staates brachte eine neue Phase hervor. Nach vielen Diskussionen und Gesprächen rief schließlich am 27. September der Vorsitzende Abdullah Öcalan zum fünften Mal zu einem Waffenstillstand auf. Die befugten Organe unsere Bewegung bewerteten die Situation und befanden sie schließlich für angemessen, um mit Beginn vom 1. Oktober an einen Waffenstillstand zu verkünden.

So begann Anfang September die **vierte Etappe** des Kampfjahres 2006 nach den Phasen der effektiven Vorbereitung, der großen Volksaufstände und des wirksamen Guerillawiderstands.

Die Chancen eines Waffenstillstands wurden bewertet, seine Voraussetzungen bestimmt und er schließlich der Öffentlichkeit verkündet. Alle Kräfte der Befreiungsbewegung sind äußerst bemüht um den Erfolg dieser Phase. Der Waffenstillstand, in der Öffentlichkeit anfänglich stark debattiert und von vielen Kreisen unterstützt, wird trotz aller Sabotageversuche beharrlich fortgeführt und entwickelt. Er wurde von unserer Bewegung und dem Volk bewusster, organisierter, aufmerksamer und mit mehr Erfahrung angegangen als die vorigen vier Waffenruhen. Er findet mehr Unterstützer in der Türkei, in Kurdistan und international als zuvor. Die kurdische nationale Einheit gründet auf der Linie des Waffenstillstands. Die demokratischen Kräfte in der Türkei haben große Hoffnungen in diese Phase. Die KDP und die PUK haben sich aktiv in diese Situation eingebracht. Auch gab es unterstützende Reaktionen von EU-Staaten und USA.

Selbstverständlich wird der Waffenstillstand auch von einigen Kräften abgelehnt, zu torpedieren versucht und mit Provokationen begleitet. Schon im September sollte der Bombenanschlag in Amed, der mit dem Tod von Kindern endete, diese Phase sabotieren. Auch wurden die Anwaltsgespräche mit unserem Vorsitzenden mit der Zielsetzung verhindert, die Voraussetzungen für die Weiterführung des Waffenstillstands zu beseitigen. Weiter hielten in den letzten zwei Monaten die türkischen Militäroperationen gegen die Guerilla unvermindert an. Eine Verringerung der Gefechte ist nur auf die Haltung der Guerilla zurückzuführen, die sich an den Waffenstillstand hält und um seine erfolgreiche Weiterführung bemüht ist. Kreise des chauvinistischen türkischen Nationalismus (Kızıl Elmaci[2]) versuchen, ihn mit Angriffen zu hintertreiben. Vor allem Kräfte der CHP, teilweise die MHP, die Armeeführung sowie einige Institutionen arbeiten Hand in Hand, um Angriffe auf die Freiheitskräfte durchzuführen und den Waffenstillstand scheitern zu lassen, als existierte ein Bündnis zwischen ihnen. Unser Volk und die Bewegung sind dagegen sehr aufmerksam. Auch die Guerilla ist äußerst vorsichtig und hat eine klare Haltung. Sie hat sich vollständig an den Waffenstillstand gehalten und führt im Rahmen der Selbstverteidigung keinerlei aktive Vergeltungsangriffe durch, solange sie nicht in Vernichtungsabsicht angegriffen wird. Sie hat keine Militäraktionen ausgeführt, welche der Phase hätten abträglich sein können.

Aufgrund des Waffenstillstands der PKK wird die kurdische Frage erneut diskutiert und es wird nach ihrer Lösung gesucht. Diejenigen, die von der Notwendigkeit des Erfolgs dieser Phase überzeugt sind, bemühen sich sehr darum, den einseitigen Waffenstillstand in einen beidseitigen zu verwandeln, den Weg des politischen Dialogs zu öffnen und eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu entwickeln. Auf der anderen Seite halten die Provokationen, Repressionen und Foltermaßnahmen derjenigen Kreise an, welche diese Phase sabotieren.

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich schon jetzt ab, dass das Jahr 2007 Schauplatz für einen komplizierten und viel-

seitigen Kampf mit politischem Schwerpunkt werden wird.

2006 war – wie unsere Bewegung im Herbst 2005 angekündigt hatte – ein Jahr des großen Kampfes mit außerordentlichen Eigenschaften. Ein Jahr, unterteilt in vier verschiedene taktische Phasen. Allein die Tatsache, dass diese unterschiedlichen Taktiken derart umfassend und wirksam umgesetzt wurden, illustriert, wie schwierig, komplex und umfassend das Kampfjahr 2006 für unsere Bewegung und für das kurdische Volk verlaufen ist. (...)

Die kurdische Freiheitsbewegung geht noch umfänglicher, vorbereiteter, geordneter, entschlossener, geplanter und stärker in das neue Jahr 2007. Sie hat sich zu einer Bewegung entwickelt, die Erfolge aus dem Volkswiderstand, dem Widerstand der Guerilla und den politischen Aktivitäten der Waffenstillstandsphase schöpfen kann. Das veranschaulichen die während der Phase des Waffenstillstands entwickelten Diskussionen und Kontakte von Bedeutung. Das kurdische Volk und die Freiheitsbewegung haben dabei noch weitere Kräfte auf ihre Seite ziehen können. Sie haben ihnen gezeigt, dass sie im Recht sind. Sie haben allen gezeigt, dass sie eine Kraft sind, die aufrichtig Frieden und eine demokratische Lösung fordern. Somit ist das Bestreben der türkischen Staatsführung, die Freiheitsbewegung irreführend als terroristische Organisation darzustellen, gescheitert. Nun wird die Situation objektiv erfasst.

Die kurdische Freiheitsbewegung geht noch umfänglicher, vorbereiteter, geordneter, entschlossener, geplanter und stärker in das neue Jahr.

Demnächst wird die PKK noch mehr als aufgeschlossen erkannt werden gegenüber einer Lösung der Probleme im Rahmen des Friedens, des demokratischen Weges, der Geschwisterlichkeit der Völker, der Einheit und Gesamtheit der Türkei. Über unsere Öffentlichkeits- und diplomatischen Aktivitäten wollen wir die demokratische Öffentlichkeit objektiv informieren und ihre Unterstützung für den Freiheitskampf gewinnen. Auch werden die Aktivitäten zunehmen, die zum einen die demokratische Öffentlichkeit ermahnen und zum anderen in diesem Rahmen die demokratische Lösung der kurdischen Frage aufzwingen werden.

Vor allem die breite Organisierung der kurdischen Bevölkerung innerhalb der Kommunen-Ordnung auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Konföderalismus, ihre Selbstorganisierung in den ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Bereichen, wird zur Lösung der kurdischen Frage beitragen. Wird das Leben auf diese Weise organisiert, so werden die Verleugnung, Ausgrenzung und Diskriminierung anderer Kräfte keinerlei praktische Bedeutung haben.

Mit einer solchen Perspektive gehen wir in das Jahr 2007, mit einer festen Entschlossenheit und Planung sowie einer stark mobilisierten Praxis und organisatorischen Arbeit. In diesem Sinne sind wir für 2007 noch zuversichtlicher und entschiedener. Unsere Bewegung, die das Jahr 2006 mit großen Errungenschaften abgeschlossen hat, ist fest davon überzeugt, die Kraft und die Stärke für 2007 ebenso zu besitzen. Wir wollen die Phase des Waffenstillstands politisch-organisatorisch zum Erfolg bringen und werden uns für alle Fälle gut vorbereiten und eine starke Position einnehmen.

Welche Wende die Entwicklungen im Jahr 2007 nehmen werden, hängt von der Haltung der Türkei ab. Doch ausschlaggebend wird der Freiheits- und Demokratiekampf des kurdischen Volkes sein. Der politische Druck auf die türkische Führung wird umso stärker wachsen, je effektiver und wirksamer dieser Kampf geführt wird, und sie so zur Veränderung ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik zwingen.

Die innenpolitische Situation, die politische Lösungslosigkeit zwingen der Türkei als einzigen Ausweg die demokratische Lösung der kurdischen Frage auf. Auf der anderen Seite spenden die Entwicklungen im Mittleren Osten in dieser Richtung Kraft und Unterstützung, damit diese Lösungsphase erfolgreich voranschreitet. Denn es scheint, dass die aus nackter Gewalt resultierende und demokratischen Wandel verhindernde Situation überwunden wird und sie an ihrer Stelle demokratische Reformen zulassen wird. Der Beginn einer den Bedingungen des Mittleren Ostens entsprechenden, sich Schritt für Schritt entwickelnden Demokratisierung lässt sich absehen.

Erreicht die Region ein solches Niveau, wird unsere Bewegung, die mit dem Waffenstillstand die demokratische Lösung der kurdischen Frage auf die Tagesordnung gebracht hat, 2007 noch größere Wirksamkeit erreichen und die notwendigen Voraussetzungen für den erfolgreichen Verlauf des Kampfes bieten.

Auf dieser Basis erklären wir das Jahr 2007 ebenfalls zum Jahr des kurdischen Volkes, der Demokratie- und Freiheitskräfte und der Völker des Mittleren Ostens. Es wird als wichtigste Errungenschaft die Linie der Freiheit der Völker, ihre demokratische Einheit und Geschwisterlichkeit erleben.

Die Entschlossenheit der Völker der Region, allen voran des kurdischen Volkes, beruht darauf. Es ist eine Notwendigkeit der Demokratie, dass die demokratischen Kräfte der Welt den sich entwickelnden Freiheitswillen der Bevölkerung des Mittleren Ostens sehen, anerkennen und diese bei der demokratischen Umwandlung der Region, vor allem bei der demokratischen Lösung der kurdischen Frage, unterstützen.

Das ist auch die Erwartung unserer Bewegung und unseres Volkes. ♦

Fußnoten:

1.) Am 1. Februar 2006 setzte Viyan Soran ihren Körper aus Protest gegen das Vernichtungskonzept gegen das kurdische Volk und die damit zusammenhängende Verschärfung der Haftbedingungen von Herrn Abdullah Öcalan in Brand.

2.) Der „Rote Apfel" ist in der Begrifflichkeit der Pantürkisten das Symbol für das „Große Reich Turan". Heute wird damit ein Bündnis aus gegensätzlichen Kräften bezeichnet, bestehend aus einigen Kemalisten, einigen marxistischen Gruppen, Pantürkisten und radikalen Islamisten.

Flächendeckende Operationen und Vernichtungsangriffe in Kurdistan

Wir können den Waffenstillstand erneut überdenken

Murat Karayilan, Vorsitzender des Exekutivrates der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans KKK

Unser Vorsitzender hat für die demokratische Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Geschwisterlichkeit der Völker die unterschiedlichsten Appelle und Initiativen ins Leben gerufen, dazu gehörten mehrere einseitige Waffenstillstände. Wir haben uns unter der Voraussetzung der Anerkennung der kulturellen und politischen Rechte des kurdischen Volkes für die Einheit und Gesamtheit der Türkei ausgesprochen. Seit den 90er Jahren führen wir unseren Kampf nicht auf der Grundlage der Abtrennung, sondern der Einheit. Unser Vorsitzender hatte am 1. September 1998 einen einseitigen Waffenstillstand verkündet, den unsere Bewegung umsetzte. Dieser Schritt wurde aber mit dem internationalen Komplott beantwortet. Trotz alldem haben unser Vorsitzender und unsere Bewegung sich nicht von ihrer Linie der demokratischen Lösung und Einheit abbringen lassen, im Gegenteil, sie haben sie noch weiter vertieft.



Murat Karayilan Foto: Archiv

Alle unsere Anstrengungen für eine demokratische Lösung wurden als Schwäche des kurdischen Volkes und der Freiheitsbewegung interpretiert. Dass dem nicht so ist, dass wir für unsere Freiheit und für unsere Würde bis zuletzt kämpfen können, haben wir mit unserer Offensive vom 1. Juni bewiesen.

In dieser Phase machte unsere Bewegung nicht zu unterschätzende Fortschritte. Als wir im Aufstieg begriffen waren, wurde an uns die Forderung nach einem Waffenstillstand gestellt. Bekanntlich rief unser Vorsitzender uns auf dieser Basis zu einer Waffenruhe auf, dem wir am 1. Oktober auch entsprachen. Aber die Profiteure des Krieges, denen dieser Waffenstillstand äußerst ungelegen ist, die Waffenstillstand, Frieden und die Einheit der Völker nicht wollen, sondern sich nach Krieg und Kämpfen sehnen, die sich erträumen, uns militärisch besiegen zu können, haben ihre Angriffe in dieser Phase verstärkt.

Obwohl unser Vorsitzender auf der Gefängnisinsel Imralı unter schwersten Isolationshaftbedingungen gehalten wird, wird in manipulierenden Berichten einiger Presseorgane behauptet, unser Vorsitzender werde wie ein „Gast“ behandelt. Der Umgang mit unserem Vorsitzenden, dessen jegliche Rechte verletzt werden, der psychischem Druck und anderen Maßnahmen ausgesetzt wird, hat längst das Niveau von Folter erreicht. Trotzdem soll durch die Verzerrung der Realität das Fundament für noch schärfere Haftbedingungen geschaffen werden. Seine Rechtsbeistände müssen entwürdigende Behandlungen über sich ergehen lassen, und aufgrund seiner Bewertungen zum Waffenstillstand und Frieden wird er zusätzlich in Bunkerhaft gesteckt.

Dabei ist allen bekannt, dass die Waffen aufgrund des Appells und der Bemühungen unseres Vorsitzenden schweigen und wir auf seine Initiative hin in den Waffenstillstand gegangen sind. Nun wird er für seine Äußerungen und seinen Einsatz, mit denen er zur Dauerhaftigkeit dieser Phase beizutragen sucht, bestraft, seine Isolation wird verstärkt.

In Kurdistan führt das Militär flächendeckende Operationen und Vernichtungsangriffe gegen die sich im Waffenstillstand befindliche Guerilla durch. Überall in Kurdistan, in Dersim, Bingöl, Amed, Botan usw. ist die Armee trotz der Winterbedingungen in Bewegung. Die Gefechte fordern hohe Verluste, wobei die türkische Armee die ihren verschweigt.

Zuletzt wurden bei den Auseinandersetzungen zwischen Dersim und Bingöl sechs unserer Freunde getötet, zwei gefangen genommen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die beiden ebenfalls getötet werden, weil es bislang keine offizielle Stellungnahme zu ihrem Verbleib gibt. Diese Gefechte illustrieren die Haltung der Armee zum Waffenstillstand.

Kriegsbefürworter suchen ihren Profit aus der Situation, sie greifen unsere Guerillaeinheiten, die nicht in Kriegsposition sind, an und wittern ihre Chance. Sie haben Vorbereitungen getroffen, auch im Winter ununterbrochen Operationen durchführen zu können. Gegenwärtig wird Kurdistan von einer Ausnahmezustandsverwaltung regiert. Auf Anweisung werden Zeitungen geschlossen, legale PolitikerInnen massiv unterdrückt.

Das Militär hat über alles das Sagen. Es versteht sich regelrecht als ein über Nation, Parlament und Regierung stehender und entsprechend agierender Faktor. Ist die Regierung in Kenntnis über die breit angelegten Operationen? Wir wollen es gern wissen. Ist das die offizielle Politik von Staat und Regierung? Das ist eine wichtige Frage. Welche Gesetze gelten in der Türkei? Wer lenkt diese Phase? Sucht man auf all diese Fragen eine Antwort, so wird auch das in Kurdistan herrschende staatliche Regime ersichtlich. Es ist offensichtlich, dass diese in Kurdistan angewandte Politik der Türkei eine finstere Zukunft bescheren wird. Eine Politik, die Öl ins Feuer gießt, wird von keinerlei Nutzen sein für die Türkei. Sie wird nur den Interessen kriegstreiberischer Kreise dienen.

Der Grund für die Zuspitzung der Situation ist der Waffenstillstand. Denn diese Kräfte fürchten sich vor ihm, vor dem Frieden und vor der Geschwisterlichkeit der Völker. Ihre Logik: „Entweder ihr ergibt euch wie Sklaven oder wir werden euch vernichten!“

Die Demokratie- und Friedensbefürworter, die zum Frieden aufriefen, beobachten diese Entwicklungen lediglich. Der gravierendste Unterschied im Vergleich zu den bisherigen Waffenstillständen ist ja, dass unterschiedliche Kräfte, allen voran USA, EU und südkurdische Föderalregierung, für einen Waffenstillstand appellierten. Des Weiteren riefen diverse Intellektuelle und Institutionen dazu auf und bemühten sich in diesem Sinne. Nun sind zwei Monate vergangen, dass wir den Waffenstillstand praktisch werden ließen. Die Gegenseite greift uns an, weil wir ihn verkündet haben. Diejenigen, die dazu aufgerufen haben, sehen aber auf eine sehr unnatürliche Weise nur zu.

Die demokratischen Institutionen in Kurdistan hingegen beschränken sich auf Appelle. Andere Kreise wiederum, die bislang kein anderes Ziel verfolgten, als von der kurdischen Frage zu profitieren, führen so genannte „Versammlungen zur Lösung der kurdischen Frage“ durch. Parallel dazu nehmen die militärischen Angriffe zu.

Den Reden von Mehmet Ağar ist eine gewisse Bemühung um eine Lösung zu entnehmen, aber das allein reicht nicht aus. Zwei unterschiedliche Sichtweisen in der Türkei tragen ihre Auseinandersetzung über uns aus. Während die einen das Problem zur Diskussion stellen wollen, erklären die anderen „Wie könnt ihr nur die Waffen ruhen lassen?“ und greifen uns an.

Wir müssen darauf hinweisen, dass sich sehr täuschen wird, wer im Falle einer erfolgreichen Sabotage dieser Phase einen kontrollierten Guerillakrieg niedriger Intensität, wie vor dem Waffenstillstand, erwartet. Es darf nicht vergessen werden, dass wir diesen Waffenstillstand genau zu einer Zeit erklärt haben, in der unser Kampf einen star-



Aktionen zum einseitigen Waffenstillstand von den Friedensmüttern und der DTP
Foto: DIHA

ken Aufschwung zu verzeichnen hatte. Unsere Kräfte verfügen über die Fähigkeiten zu einem noch intensiveren Krieg. Alles hat seine Grenze. Entweder wird der Waffenstillstand dauerhaft und die demokratische Lösungsphase entwickelt sich oder die kurdische Bevölkerung wird ihre Hoffnung auf den türkischen Staat vollkommen begraben und die Tendenz wird anwachsen, sich von der Türkei zu lösen. Denn uns wird keine andere Alternative gelassen.

Allen muss bewusst sein, dass mit der bisherigen Praxis, der Mentalität der Verleugnung und Vernichtung auf Imralı, mit den Operationen in Dersim, mit der verstärkten Repression gegen die kurdische Bevölkerung Öl ins Feuer gegossen wird. Wir rufen nochmals unmissverständlich in Erinnerung, dass die Garantie für die Einheit des türkischen und kurdischen Volkes in der Türkei der Architekt des gemeinsamen Lebensprojektes und Friedens, der Vorsitzende Abdullah Öcalan ist. Wenn er trotz allem derart attackiert wird, so heißt das nichts anderes, als dass die Einheit unserer Völker unerwünscht ist. Wenn die Türkei die Einheit nicht will, so ist das kurdische Volk nicht alternativlos. Angesichts der entwürdigenden und aggressiven Haltung werden die Kurdinnen und Kurden sich nach anderen Optionen umsehen müssen.

Stellt euch gegen diese Mentalität, die Öl ins Feuer gießt. Sie versuchen, den Waffenstillstand zu zerstören.

Unser Appell an die demokratisch-patriotischen Kreise, die die Türkei lieben, die für die Einheit sind: Stellt euch gegen diese Mentalität, die Öl ins Feuer gießt. Sie versuchen, den Waffenstillstand zu zerstören. Er wird sich nicht mehr wie in der Vergangenheit nur zerstören lassen. Was folgen wird, das ist der Bruch. Die internationalen und regionalen Bedingungen sind bekannt. Die kurdische Frage steht auf der globalen Tagesordnung und damit eröffnen sich für uns, als Volk und Bewegung, andere Möglichkeiten. Aufgrund unseres Respekts und unserer Überzeugung von der Einheit und Geschwisterlichkeit der Völker sowie in unserer Verbundenheit zu unserem Vorsitzenden haben wird uns die Strategie der Einheit zur Grundlage gemacht.

Die gegenwärtige Situation ist äußerst kritisch und sensibel. All diese Angriffe gegen unseren Vorsitzenden, stellvertretend für unsere Bewegung und unsere Menschen, werden den Weg für eine finstere Zukunft und einen noch umfassenderen Krieg ebnen. Vor diesem Hintergrund bedeutet der Widerstand gegen diese Angriffe, die Interessen der Türkei zu verteidigen und die Bedingungen für ein gemeinsames Zusammenleben zu schaffen.

Es wird von großem Nutzen sein, dass bestimmte Realitäten, die veränderten Bedingungen, von allen erkannt werden. Die Region wurde 1920 von internationalen Mächten geformt, Kurdistan dabei für nicht existent erklärt. Aus diesem Grunde erlebte Kurdistan 80 Jahre lang Auseinandersetzungen, viele Aufstände und Niederlagen. Neben der permanenten Instabilität der Region mussten außer dem kurdischen Volk auch die Nachbarvölker großes Leid erfahren. Das ist das Erste, was unbedingt nicht vergessen werden darf. Zweitens: Heute wollen die internationalen Kräfte die Region wieder neu ordnen. Diesmal sind sie gezwungen, Kurdistan ebenfalls einzubeziehen. Die bisher praktizierte Politik hat gezeigt, dass Kurdistan als ein Hauptfaktor behandelt werden wird. Trotzdem sagen wir, lasst uns die Grenzen nicht verändern. Lasst uns auf der Grundlage des demokratischen Konföderalismus das Problem lösen. Wird das abgelehnt, ist die Veränderung der Grenzen die andere Option. Das ist offensichtlich. Aber wir betreiben Politik auf der Grundlage der Beibehaltung der bestehenden Grenzen und der Lösung der kurdischen Frage auf der Basis des demokratischen Konföderalismus.

Wir werden trotz der Provokationsversuche bestimmter Kreise innerhalb des türkischen Staates an der demokratischen Lösung festhalten, damit die Phase des Waffenstillstands in eine dauerhafte Lösung münden kann. Hierfür werden wir alle unsere Möglichkeiten bis zuletzt ausschöpfen. Aber, wie bereits gesagt, alles hat seine Grenze. Wir können die Zukunft unseres Volkes nicht dem Zufall überlassen. Daher müssen wir unsere Vorbereitungen für alle Eventualitäten treffen. Wir sind bemüht, die Provokationen ins Leere laufen zu lassen. Aber es ist zwingend notwendig, dass diejenigen, die eine Verantwortung für die Entwicklung dieser Phase tragen, sei es durch ihre Appelle oder ihre Ansichten, dieser Verantwortung gemäß handeln. ♦

Erster HPG-Vergeltungsschlag nach Waffenstillstand

Erstmalig nach Ausrufung des einseitigen Waffenstillstands der PKK am 1. Oktober 2006 haben die Volksverteidigungskräfte HPG militärisch auf die fortgesetzten Operationen der türkischen Armee reagiert. Bei einem Anschlag auf einen Militärkonvoi, der sich auf dem Weg von Cizre nach Güclükonak zu einer Operation befand, wurden nach HPG-Angaben am 5. Dezember elf Soldaten getötet und sieben weitere verletzt. Das HPG-Pressezentrum verwies darauf, dass die wirkliche Anzahl der Verluste vom türkischen Staat verheimlicht werde. Der Gouverneur von Şırnak hatte in einer Erklärung von drei getöteten Soldaten gesprochen. Zuvor hatten die HPG davor gewarnt, dass eine Fortsetzung der Angriffe der türkischen Armee nicht unbeantwortet bleiben könne. Eine Fortsetzung des Waffenstillstandes ist damit fraglich geworden.

Auch der KKK-Exekutivrat hatte eine Überprüfung des Waffenstillstandsbeschlusses angekündigt, falls die Militäroperationen weiterhin fortgesetzt würden. Der Waffenstillstand sei eine letzte Chance für die Türkei. Im Falle einer Fortsetzung der Angriffe werde stattdessen eine Abspaltung von der Türkei aktuell.

Seit Ausrufung des einseitigen Waffenstillstandes hat die türkische Armee im Oktober und November 80 Militäroperationen durchgeführt. Dabei kam es nach HPG-Angaben zu 48 Gefechten, bei denen 17 Guerillakämpfer und 35 Soldaten ihr Leben verloren haben.

Quelle: Yeni Özgür Politika, 7.12.2006, ISKU

Damit der Waffenstillstand von Dauer ist ...

Es bedarf einer politikübergreifenden Struktur

Interview mit Orhan Doğan

Der ehemalige DEP-Abgeordnete Orhan Doğan bezeichnet die durch den Waffenstillstand hervorgerufene Situation als eine „gesellschaftliche Verhandlungsphase". Nach ihm bedarf es einer politikübergreifenden Struktur, damit diese Phase in einen positiven Frieden umgewandelt werden kann.

Kann nach dem 1. Oktober, dem einseitigen Waffenstillstand der KKK, die Situation bewertet werden? Wie kann diese Phase beschrieben werden?

Die aktuelle Phase ist eigentlich eine gesellschaftliche Verhandlungsphase. In solchen Situationen eröffnen alle Seiten – nicht nur die kämpfenden Parteien – ihre Argumente. Während der Diskussionen werden in akzeptierbaren Punkten Übereinkünfte getroffen. Themenbereiche, bei denen dies nicht möglich ist, werden in die bilaterale Verhandlungsphase übergeleitet. Die momentane Phase ist eine solche. Es bezeichnet die Schwelle für einen einseitigen Waffenstillstand vom akzeptierten Waffenstillstand zur positiven Friedensphase. Es ist eine konkrete Situation. Diese Phase gilt als eingeleitet, wenn Schritte unternommen werden, um die Parteien an bestimmten Punkten näherzubringen.

Glauben Sie, dass diese Schritte auch in der kurdischen Frage unternommen werden können? Wie könnte sich das Militär in einer solchen Situation verhalten?

Wir sehen heute, dass es im Hinblick auf die Lösung der kurdischen Frage keine Annäherung außerhalb des offiziellen Diskurses gibt. Es ist nicht zu erwarten, dass das Militär sofort seine Haltung ändert. Man kann sich eine Vorstellung davon machen durch die Beobachtung seiner Praxis. Wenn die Intensität der Militäroperationen abnimmt, die Anzahl der Gefechte erkennbar reduziert wird und die Verluste aufs Minimum beschränkt sind, kann das als eine positive Antwort des Militärs auf den Waffenstillstand interpretiert werden.

Wie schätzen Sie die Lösungspolitik der DTP für die kurdische Frage ein?

Vielleicht wird es Sie erstaunen, aber ich finde, die DTP ist auch weit davon entfernt, ein konkretes Projekt vorzuschlagen, das in kurz-, mittel- und langfristige Etappen unterteilt ist, eine bestimmte Zeitspanne vorsieht, worüber man diskutieren könnte. Führungspersonen sind notwendig, die diese Phase in Gang setzen. Das Problem ist, dass an dieser Frage interessierte Institutionen und Personen bislang kein entsprechendes Projekt unterbreiten konnten. Wichtige Fragen müssen geklärt werden, ob z. B. die Frage der Entwaffnung als ein Teil der demokratischen Lösung gesehen oder eine Lösung außerhalb der Waffen angestrebt wird? Das sind sehr sensible und kritische Themen.

Wie könnte eine Unterstützung des Friedensprozesses von der Zivilgesellschaft bzw. von der Basis her aussehen?

In der Türkei gibt es die Friedensinitiativen, auf kurdischer Seite die Bürgerinitiativen (*Bewegung freier BürgerInnen*). Auf Versammlungen wird überlegt, wie diese zusammengeführt werden können. Auch wir nehmen manchmal daran teil. Wenn diese Bestandteile sich an einem Punkt treffen und sich ein kalendarisches Ziel setzen, was sie in einem programmatischen Rahmen zur Diskussion stellen, so könnte die Friedensphase darüber entwickelt werden. Wichtig und notwendig ist es, politikübergreifend zu schauen. Denn das Problem ist ein sehr schwerwiegendes, tiefgreifendes und vielschichtiges. Vor 15 Jahren wäre es vielleicht über den kollektiven Willen der PKK und des Staates möglich gewesen, das Problem zu lösen, heute jedoch hat es andere Zusammenhänge. Da sind die USA, Iran, Europa, Syrien und Irak. Aber die Situation zur Umwandlung dieser Phase scheint günstig zu sein, sowohl aufgrund der äußeren Einflüsse als auch der inneren Dynamik.

Sie kennen die erste Waffenstillstandsphase von 1993 auch sehr gut. Welche Unterschiede gibt es zum jüngsten Waffenstillstand vom 1. Oktober?

Der jüngste Waffenstillstand wird begleitet vom Bedürfnis der Menschen. Die Forderung nach der Beendigung des Krieges ist sowohl in der kurdischen als auch in der türkischen Bevölkerung dringend. Vor dem Waffenstillstand waren bei Beerdigungen türkischer Soldaten zunehmend Reaktionen gegen Ministerpräsident Erdoğan zu registrieren. Die Menschen brachten zum Ausdruck, dass sie ihre Kinder nicht mehr unter dem Vorwand der Vaterlandsverteidigung in den Tod schicken wollten, sie fingen an, die Situation kritisch zu hinterfragen. Für die kurdische Seite kann Ähnliches festgestellt werden. Daher steht es außer Frage, dass die Phase der Waffen überholt ist,

ebenso die der Verleugnung, Unterdrückung und der klassischen Staatspolitik im Allgemeinen. Der Weg für den demokratischen Kampf muss eröffnet werden, aber es ist unzureichend, das nur zu konstatieren.

Deshalb ist es wichtig, dass sich für die Lösung des Problems unterschiedlich viele Willige in dieser vielschichtigen Gleichung an einem bestimmten Punkt treffen. Wer wird es in diesem Fall schaffen? In Südafrika war es Desmond Tutu mit weiteren fünf Personen.

Welcher Mechanismus käme für Verhandlungen in Frage?

Soll die Guerilla auf einmal entwaffnet werden oder innerhalb einer Zeitspanne von fünf Jahren? Wird sie stufenweise entwaffnet werden oder wird man sich mit einer Amnestie begnügen? Welche Möglichkeiten wird es für die Guerilla geben, sich politisch zu betätigen? Werden die jungen Leute, die von den Bergen herunterkommen, ihren Militärdienst ableisten müssen? Welche Institutionen werden sich mit ihrer Integration in die Gesellschaft beschäftigen? Was wird aus den Jugendlichen, die sich sowohl politisch betätigen als auch parallel studieren wollen? Alle diese Fragen bedürfen einer gründlichen Behandlung. Ein Zentrum, das ernsthafte Projekte entwickelt, ist notwendig. Denn es reicht nicht aus, eine Amnestie zu fordern. 80 Personen, die in den Bergen gewesen waren und anschließend in der Türkei unterschiedliche Gefängnisstrafen absitzen mussten, durften nicht Gründungsmitglieder der DTP werden. Was sollen diese Menschen machen? Daher ist Amnestie keine ausreichende Lösungsformel. Ein Aussöhnungsgesetz, ein Integrationsgesetz wäre hilfreicher.

Es heißt, ein Waffenstillstand war nötig, damit die AKP in einer sicheren Atmosphäre zur Staatspräsidentenwahl antreten kann, und daher solle das Ganze nur Hinhaltetaktik sein. Es gibt drei Möglichkeiten: Erstens, der Staat oder die Kräfte, die die Staatsmacht in der Hand halten, wollen die bewaffneten Kräfte liquidieren. Zweitens, sie wollen die Bewegung unter ihre Kontrolle bekommen. Drittens, Hinhaltetaktik bis zur bevorstehenden Staatspräsidentenwahl und der Parlamentswahl. Die günstigste Szenerie wäre, dass sie den Waffenstillstand als einen Teil der demokratischen Lösung gewollt hätten. Wir sollten jetzt nicht unsere Position an der Zielsetzung des Staates ausrichten. Nehmen wir an, der Staat will eine solche Phase bis zur Staatspräsidentenwahl. Wir können diese Absicht ins Leere laufen lassen und die Phase zu einem friedlichen Lösungsweg führen. Die Phase, die mit dem Waffenstillstand begonnen wurde, kann in eine positive Friedensphase umgewandelt werden. Das Potential dafür gibt es.

Was genau ist dieses Potential?

Es gibt hierbei eine Annäherung zwischen dem türkischen und dem kurdischen Volk, eine gesellschaftliche Innendynamik, wie bei den vorherigen Waffenstillständen so nicht. Das Zusammenfließen von alldem stellt ein Potential dar, das die negativen Szenarien überwinden kann. Es ist vorhanden. Die Diskussion über die Vereinigung der bestehenden Friedensinitiativen wird auch in Zukunft über die Presse und in Versammlungen weitergeführt werden. Es wird hierzu auch eine Türkei-Konferenz stattfinden, auf der konkrete Projekte erarbeitet werden sollen.

Es gab große Erwartungen an Sie, als Sie aus dem Gefängnis kamen.

Wir wurden mit Erwartungen konfrontiert, die unsere reale Situation bei Weitem übertrafen. Alle dachten, die vier ehemaligen DEPler werden nach ihrer Entlassung im Nu alle Probleme der legalen kurdischen Bewegung lösen. Wir haben keine übermenschlichen, übernatürlichen Kräfte und Visionen. Als wir entlassen wurden, hatte die *Bewegung der Demokratischen Gesellschaft* ihre Arbeit bereits aufgenommen. Wir haben lediglich versucht, die DTH in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Wir zielten vordergründig auf die kurdische Einheit ab. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf etwas Wichtiges hinweisen: Das höchste Wahlergebnis der Parteien aus der Tradition von HEP und DEP von 1999 bis heute beläuft sich auf 6 %. Das sind 1,976 Millionen Stimmen. Ich will nun unterstreichen, dass sich am Referendum „Ich erkenne Öcalan als einen politischen Repräsentanten in Kurdistan an“ 3,6 Millionen beteiligt haben. Die Zustimmung für Öcalan ist eindeutig und wesentlich höher.

Was ist Ihr konkreter Vorschlag, damit der Waffenstillstand in einen dauerhaften Frieden verwandelt werden kann?

Damit der Waffenstillstand von Dauer ist, brauchen wir zwei Perioden. Wie lange diese Art von Waffenstillständen mit offenem Ausgang anhält, ist ungewiss. Die ersten sechs Monate sind äußerst wichtig. Wenn sich innerhalb der ersten sechs Monate gegenseitig Gesten des guten Willens zugespielt werden, kann die politische, emotionale und moralische Grundlage für die Nachhaltigkeit der Phase und positiven Frieden geschaffen werden. Also, was muss getan werden? Ich unterbreite der AKP-Regierung sechs Vorschläge:
1.) Die Öffnung der Imralı-Insel durch Regierung und Justizministerium für die Presse. 2.) Das Recht für alle Presseorgane, Herrn Öcalan interviewen zu dürfen. 3.) Eine unabhängige Ärztegruppe der türkischen Ärztekammer soll gemeinsam mit einem Arzt des Gesundheitsministeriums Herrn Öcalan untersuchen. 4.) Eine Gruppe Juristen soll gemeinsam mit einem Juristen des Justizministeriums die juristischen Probleme von Herrn Öcalan auf Imrali recherchieren. 5.) Eine Delegation der Intellektuelleninitiative soll auf Imralı die Gedanken Öcalans über die Phase in Erfahrung bringen und anschließend öffentlich machen. 6.) Öcalan sollte aus Imralı entlassen und an einem Ort seiner Wahl, der dann als sein Wohnsitz gelten soll, unter Hausarrest gestellt werden.

Ich würde mich sehr geehrt schätzen, wenn ich hierbei behilflich sein könnte. Denn die einzige Kraft für die Dauerhaftigkeit des Waffenstillstands und für die vollständige Beseitigung der Grundlagen für die Auseinandersetzungen ist Öcalan. Die AKP verfügt über die Mehrheit im Parlament, um meine Vorschläge dort zu beschließen. Ich rufe die Ärzte- und die Anwaltschaft sowie die Intellektuellen auf, die Initiative zu ergreifen. ♦

Wohin führen die Beziehungen der Türkei mit der EU im Jahr 2007?

Entwicklung der Türkei verläuft nicht positiv

Baki Gül/Brüssel, Journalist und Soziologe

Wenn wir die Ereignisse der letzten zwei Jahre betrachten, können wir den Charakter der Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union und deren mögliche Auswirkungen in der Zukunft bereits jetzt voraussehen. Es ist Realität, dass in diesen Beziehungen momentan Rückschritte, Uneinigkeit und Streit dominieren. Das wird langfristig nicht zu einer möglichen Einheit und der Eingliederung der Türkei führen, sondern zu einer zunehmenden Entfernung voneinander beitragen. Betrachtet man die Meinungsumfragen in der Türkei, so lassen sich Anzeichen dafür bereits jetzt erkennen. Die Zahl der EU-GegnerInnen in der Türkei steigt stetig. Umfragen in den EU-Mitgliedsstaaten sowie die türkeikritische Haltung großer Teile der europäischen Bevölkerung belegen dies ebenfalls.

Auch wenn die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU tiefe historische Wurzeln haben, stellt die Adaption der Modernität Europas, die sich die türkische Republik seit 1920 zum strategisch zu entwickelnden Ziel gesetzt hat, heute für das Land am Bosporus eher eine große Belastung dar. Wenn wir die Ergebnisse des EU-Fortschrittsberichts 2006 und die im Anschluss an die Veröffentlichung geführten Diskussionen betrachten, sehen wir, dass die strategischen Differenzen zwischen der Türkei und der EU nicht ab- sondern zunehmen. In dem Bericht wird festgestellt, dass trotz des Zusatzprotokolls (Protokoll von Ankara) die türkischen Häfen und Flughäfen dem griechischen Teil Zyperns noch immer nicht zugängig gemacht wurden. Diesbezüglich wird die EU die weiteren Entwicklungen intensiv verfolgen und vor Jahresende 2006 eine erneute Bewertung abgeben. Im Fortschrittsbericht wurde ebenfalls betont, dass im Allgemeinen das Reformtempo abgenommen hat und dementsprechend keinerlei Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Fakten im Bericht lassen erkennen, dass zwei grundlegende Punkte große Hindernisse für die Mitgliedschaft der Türkei in der EU sind. Sowohl die Bedingungen, die die Türkei aufgrund spezifischer Probleme für eine Mitgliedschaft in der EU erfüllen muss, als auch die Erfordernisse im Rahmen der allgemeinen Kriterien der EU werden voraussichtlich in Zukunft zentrale Streitpunkte darstellen. Ein Grund dafür ist, dass breite gesellschaftliche Kreise in der Türkei die Phase des Beitritts ausschließlich aus ihrer eigenen staatlichen und gesellschaftlichen Realität heraus wahrnehmen und werten – einem anderen kulturellen Standpunkt als die Akteure in den Staaten der EU. Bei international relevanten Themen, wie z. B. der Zypernfrage oder dem „Armenierproblem“, beharren die Verantwortlichen in der Türkei auf ihrer „nationalistischen Politik“. Diese steht jedoch im Widerspruch zu den Gründungsprinzipien und den Mitgliedsrechten der EU. Dass die Türkei den EU-Mitgliedsstaat Zypern nicht anerkennt und sich als Beschützerin und Verteidigerin des türkischen Teils der Insel sieht, entspricht weder strukturell noch politisch EU-Recht. Dabei hat die EU Zypern nicht nur als Staat anerkannt, der Inselstaat ist auch EU-Mitglied.

Es ist sinnvoll, diese Fragen vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Türkei in der Vergangenheit derartige Probleme durch Krieg zu lösen versuchte. Eine solche Vorgehensweise bewirkt jedoch eine negative Dynamik – sowohl auf internationalem Parkett als auch in der Innenpolitik. Im Laufe der Beitrittsverhandlungen wird der „Zypernkonflikt“ immer wieder ein Faktor sein, der zu einer Entfernung zwischen der EU und der Türkei führen wird.

Die Entwicklungen der Türkei stagnieren in allen Bereichen

Ein zweiter Punkt ist, dass die Türkei die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft im ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Bereich nicht erfüllt, genauer gesagt nicht erfüllen will. Darüber hinaus werden in dem Bericht über „die sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten in Südostanatolien“, den die *Stiftung für wirtschaftliche und soziale Forschung* (TESEV) für das *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen* (UNDP) erstellt hat, die wirtschaftlichen Zustände als nicht stabil genug gewertet. Allein die Situation im Osten der Türkei ist besorgniserregend: In dem die Situation von 21 Städten analysierenden Bericht von Mahmood Ayub, dem Türkei-Beauftragten des UNDP, wird betont, dass der seit den 80er Jahren herrschende Kriegszustand in der Region zur Entvölkerung der Dörfer und diese wiederum zu einer großen Flüchtlingswelle in die Städte geführt hat. Zudem verschlechtern die daraus folgenden Probleme der Integration und von Armut die soziale und politische Situation stetig. Weitere Momente des Berichts sind: 60 % der Bevölkerung in der südöstlichen Region leben unter der Armutsgrenze. Die Region, in der 15 % der Landesbevölkerung leben,

wird mit nur 6 % des Bruttoinlandsprodukts bezuschusst. Der Anteil des BIP pro Person in dieser Region beträgt somit 7–16 % des EU-Durchschnitts. Diese Unausgewogenheit ist im Vergleich mit allen weiteren EU-Beitrittskandidaten die größte.

Kein Fortschritt, sondern Rückschritt

Im Fortschrittsbericht der EU-Kommission wurde betont, dass das Reformtempo abgenommen hat. Auch wenn es einige Fortschritte im Bestreben der Türkei gibt, in den Beziehungen zwischen Militär und ziviler Politik EU-Standards zu erreichen, wird auf weiterhin bestehende, gravierende Probleme in diesem Bereich hingewiesen. So wurde z. B. hervorgehoben, dass, auf Wunsch hochrangiger Offiziere der türkischen Staatssicherheitskräfte, juristische Verfahren verhindert wurden und die türkische Armee weiterhin die Politik im Land in hohem Maße beeinflusst. Es wurde offengelegt, dass zu den wichtigsten Themen immer noch hochrangige Offiziere Stellung beziehen und relevanter in die Diskussion eingreifen als PolitikerInnen – und dass durch Erklärungen hoher Militärs zu Zypern, zur kurdischen Frage und den Ereignissen in Şemdinli die Politik des Landes dominiert wird und dementsprechend die zivilen Kräfte in ihren Kompetenzen beschnitten werden.

Es wird festgestellt, dass trotz einiger Umstrukturierungen im juristischen Bereich der Rechtsprechung und der Fortbildung des juristischen Personals eine Vielzahl von Gesetzen die grundlegenden Rechte und Freiheiten weiterhin einschränkt. Insbesondere durch den Paragraphen 301 des türkischen Strafgesetzbuches seien Dutzende Intellektuelle, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten ungerechtfertigterweise kriminalisiert und verurteilt worden.

Es gibt zudem keinerlei Fortschritte bezüglich der Lösung der kurdischen Frage und in der diskriminierenden Politik gegenüber den Minderheitenreligionen wie z. B. dem Alevitentum. Auch die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation zeigt, dass die Entwicklung der Türkei nicht positiv verläuft. Die Beziehung zwischen Staat und Zivilgesellschaft in der Türkei wird ebenfalls kritisiert. Die Veruntreuungen, die illegalen Strukturen im Staat und die Korruption in der Bürokratie entsprechen in keinster Weise den Kriterien der EU und sind weiterhin von besorgniserregendem Ausmaß.

Die Widersprüche zwischen der Türkei und der EU dauern an

Wenn wir die beschriebenen Statistiken und die Ergebnisse des Fortschrittsberichts genau analysieren, werden die grundlegenden Widersprüche zwischen der Türkei und der EU in zentralen Bereichen deutlich.

Das betrifft erstens die aktuellen Entwicklungen zwischen der Türkei und der EU auf kulturhistorischem Gebiet und zweitens die Kriterien, die die Türkei erfüllen muss, um dem politischen Projekt der EU zu entsprechen. Zur Erläuterung der Überschrift: Noch immer gibt es Diskussionen, ob die islamische Religion mit der abendländischen Kultur und die Vergangenheit, die die Türkei für sich beansprucht, sowie die kulturell-soziale Beschaffenheit des Landes mit der europäischen Geschichte zu vereinbaren sind oder nicht. Wir wissen, dass diese Diskussion aktuell anhand von Argumenten wie dem „Widerspruch der Zivilisationen“ sowie dem „Kampf der Religionen“ geführt wird. Auch wenn die EU als Projekt des Pluralismus und der Freiheit definiert wird, kann sie vor dem Hintergrund, dass die Mitgliedsstaaten christlich dominiert sind, als eine von christlichen Werten bestimmte Vereinigung angesehen werden. Die Verantwortlichen der EU, die den Staatenbund als wirtschaftliche und politische Einheit definieren, können sich mit ihrer historischen Identität schwer auf die, sich davon stark unterscheidende, Identität der Türkei einlassen. Die Geschichte der Türkei ist zudem kaum Bestandteil der europäischen Geschichtsschreibung. Die Akteure in der Türkei glauben demzufolge, dass die dortige innerstaatliche Dynamik in der EU nicht richtig verstanden wird. Die eigentlichen EU-Befürworter in der Türkei sind die Befürworter der Verwestlichung. Die CHP (die Partei, die seit der Gründung der Türkei existiert und von Mustafa Kemal gegründet wurde), die sich jahrelang die Verwestlichung zum Ziel gesetzt hatte, verbündet sich jetzt mit



Friedenskundgebung in Van zum Menschenrechtstag, Dezember 2006 Foto: DIHA

der entschiedensten EU-Gegnerin, der MHP, der nationalistischen und faschistischen Partei. Sie bezeichnet die im Rahmen des Beitrittsprozesses gemachten Reformen als „Selbstaufgabe“ und „Niederlage“ die verhindert werden müssten.

In der *Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung* (AKP), die islamistisch und liberal ausgerichtet ist, dominieren an sich keine Vorstellungen von einer perspektivisch starken Annäherung an die EU. Sie versucht zwar, sich mit vorgetäuschten Verbesserungen zu legitimieren, traut sich jedoch nicht, für den EU-Beitritt förderliche und notwendige Reformen tatsächlich umzusetzen. Zum einen herrscht Angst vor dem türkischen Militär, zum anderen kann die AKP aufgrund ihrer Eigendefinition nicht über die Veränderungen der türkischen Gesellschaft erfreut sein, die durch das Projekt eines EU-Beitritts bewirkt würden. Die AKP benutzt den möglichen Beitritt als Schutzschild gegen gegnerische innenpolitische Strukturen, wie zum Beispiel das Militär. Es ist aber der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, der bei jeder Gelegenheit betont, dass die Türkei nicht auf die EU angewiesen sei. Weite Teile der türkischen Gesellschaft definieren sich über die Religion und die nationale Identität. Neueste Erhebungen bestätigen das. Die *Stiftung für wirtschaftliche und soziale Forschung* veröffentlichte am 21. November 2006 einen Bericht unter dem Titel „Religion, Gesellschaft und Politik in der sich verändernden Türkei“. Ein Ergebnis der Studie ist, dass die Religiosität in der Gesellschaft steigt. Im Vergleich zum Jahr 1999 ist die Zahl derjenigen, die sich als Moslem definieren, um 9 % gestiegen, die Zahl derjenigen, die sich als Türken bezeichnen, um 1,4 % gesunken. Die Zahl derjenigen, die sich ausschließlich als „Aleviten” sehen, ist von 0,9 auf 1,1 % gestiegen. 82,1 % der Befragten wünschen Religion als schulisches Pflichtfach. 61,5 % befürworten, dass in diesem Religionsunterricht auch Alevitentum gelehrt wird, 33,9 % sind dagegen.

Die Gesellschaft in der Türkei definiert sich hauptsächlich über ihre Religion und Rasse

In dem von Prof. Dr. Ali Carkoğlu und Prof. Dr. Binnaz Toprak erstellten Bericht wird die Beziehung zwischen Religion und gesellschaftlichen und politischen Ausrichtungen in der Türkei als ein Paradox gewertet. Die antitürkische Haltung innerhalb der EU-Staaten nimmt aus genau diesem Grund noch stärkere Züge an. Auch die führenden Kräfte in der EU treiben den Beitritt der Türkei nicht konsequent voran. Die in Österreich erscheinende Zeitung „Der Standard“ schrieb, dass noch immer nur ein kleiner Teil der Österreicher für einen EU-Beitritt der Türkei ist. Nach einer Meinungsumfrage des *Vereins für sozialwissenschaftliche Forschung* im Auftrag des „Politikvereins Österreich und Europa“ sind nur 9 % der Österreicher für einen EU-Beitritt, 85 % aber dagegen. Diese Umfrageergebnisse werden auch durch das Europa-Barometer der EU-Kommission bestätigt. Die verantwortlichen PolitikerInnen in der EU nehmen in den Beziehungen mit der Türkei derartige Meinungen als Vorwand, um den Staat zu kritisieren. Eine Auseinandersetzung mit den wirklichen Konflikten mit und in der Türkei wird auf diese Weise ausgeblendet.

2007 wird voraussichtlich das schwerste Jahr für die Türkei

Aufgrund der derzeitigen Situation sind für die Türkei im kommenden Jahr innenpolitische Erschütterungen vorauszusehen. Dadurch wird die EU mit einem Beitrittskandidaten konfrontiert sein, der vornehmlich mit innerstaatlichen Konflikten beschäftigt ist. Es ist Realität, dass die EU und die Beziehungen zu ihr in keiner zentralen Frage der türkischen Politik, weder in der kurdischen Frage noch bei den Präsidenten- oder Parlamentswahlen noch bei der Entwicklung der Parteien eine wichtige Rolle spielen. Die neueren innerstaatlichen Entwicklungen sind ebenfalls nicht sehr ermutigend, insbesondere die in der kurdischen Frage. Hier negiert die Türkei noch immer jeglichen demokratischen Lösungsansatz. Das bringt langfristig voraussichtlich erhebliche Probleme mit sich. Wenn der Waffenstillstand und die Angebote der kurdischen Seite nicht beantwortet werden und die kurdische Frage nicht friedlich gelöst werden kann, wird eine Diskussion über die Abspaltung der KurdInnen von der Türkei wahrscheinlich. Am 24. November 2006 erklärte der Vorsitzende des Präsidialrates der *Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans* (KKK), Murat Karayilan, dass der Waffenstillstand bei Fortführung der Isolationshaft Abdullah Öcalans und der militärischen Angriffe gegen die Guerilla überdacht werden müsse: „Der Waffenstillstand wird nicht gebrochen, es wird zu einer Abspaltung kommen.“ Er betonte, dass beim Ausbleiben einer demokratischen Lösung das kurdische Volk seine Hoffnung auf eine innerstaatliche Lösung komplett aufgeben werde.

Momentan ist zudem schwer erkennbar, dass die EU tatsächlich Wert auf einen Beitritt der Türkei legt. Die zwiespältige Türkeipolitik der EU sowie die fehlende eindeutige Haltung gegenüber der Türkei in strukturellen Fragen beeinflusst die Beziehungen negativ. Die EU-Erweiterungspolitik ist in keinerlei Weise konsistent. In der Zypern-Frage, der Armenien-Frage, der kurdischen Frage sowie in der Frage der Minderheiten betreibt die EU keine eindeutige Politik mit realistischer Perspektive. Für die EU scheint die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien und der allgemeinen Richtlinien auf dem Papier ausreichend. Europa hat jedoch bisher keine einheitliche Politik in der Phase des EU-Beitritts der Türkei entwickelt. Selbstverständlich gibt es innerhalb der EU Unterschiede aufgrund ihrer pluralistischen Ausrichtung und der variierenden nationalen Politiken. Aber selbst im Rahmen minimaler Kriterien ist unklar, welche Entwicklung der Türkei die verantwortlichen PolitikerInnen der EU befördern wollen. Es ist meiner Meinung nach keine konsistente Beitrittsstrategie, die nur auf dem Papier gemachten Reformen wahrzunehmen und zu beliebigen Zeitpunkten taktisch interessante Themen auf die Agenda zu bringen. ♦

Forderung an den Staat, auf den einseitigen Waffenstillstand einzugehen

Öcalan: Wer muss wen amnestieren?

Auszüge aus: ANF, 10.11.2006



Freiheit für Öcalan, Demonstration in Brüssel, 2006 Foto: Archiv

Bei einem Gespräch mit Anwälten aus seinem Verteidigerteam hat Abdullah Öcalan die Türkei am 8. November aufgefordert, bis zum Frühjahr eine klare Antwort auf den von der PKK einseitig ausgerufenen Waffenstillstand zu geben. Wenn keine eindeutigen Schritte erfolgen, bliebe ihm nichts anderes übrig, als die Freunde um Verzeihung zu bitten: „Dann kann ich nur sagen, ich habe getan, was ich konnte, aber es hat nicht geklappt."

Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission

Öcalan verwies auf die von der DTP und verschiedenen Intellektuellen durchgeführte Versammlung, auf der eine Unterstützung des Waffenstillstandsprozesses beschlossen worden war, und erklärte, es bestehe Bedarf nach einer Friedenskonferenz mit breiterer Beteiligung von Intellektuellen und Schriftstellern. Diese müsse alle übrigen Friedensinitiativen mit einschließen. Er halte es für einen bleibenden gesellschaftlichen Frieden für wichtig, dass die Gründung einer Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission auf die Tagesordnung gesetzt werde. „Es sollte keine der Konferenzen sein, wie sie ständig stattfinden, auf der Beschlüsse gefasst werden und hinterher passiert nichts. Notwendig ist die Gründung einer Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission ähnlich wie in Südafrika. Eine solche Konferenz könnte dafür die Vorarbeit leisten. Die Situation in der Türkei ähnelt in vieler Hinsicht der in Südafrika." Diese Arbeit müsse auch von der Regierung unterstützt werden. Aufgabe der Kommission sei es, die von beiden Seiten im Verlauf des Krieges begangenen Verbrechen aufzuklären. „So wie der Staat viel Unrecht begangen hat, hat es auch von unserer Seite aus Unrecht gegeben. Die Kommission muss dieses aufdecken und dafür sorgen, dass die Täter die Gesellschaft um Verzeihung bitten." Die Arbeit einer solchen Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission sei zeitlich und in ihrer Funktion begrenzt. Nach Erfüllung ihrer Mission müsse sie sich auflösen.

Koordination der Zivilgesellschaft

Der zweite Schritt nach der Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission sei die Gründung einer Zivilgesellschaftskoordination. „Diese sollte jedoch nicht zeitlich begrenzt sein." Er wisse, so Öcalan, dass seine Worte oftmals Unverständnis hervorriefen: „Aufgrund der örtlichen und zeitlichen Bedingungen kann ich meine Gedanken nicht ausreichend erläutern. In der Türkei gibt es Tausende vereinzelte zivilgesellschaftliche Organisationen. Wenn all diese sich unter einem Dach versammeln, entsteht eine Zivilgesellschaftskoordination." Alle Umwelt- und feministischen Organisationen, linken Gruppen, Gewerkschaften, politischen Parteien, Frauen- und Jugendbewegungen sollten sich entsprechend demokratischer Prinzipien zusammentun. „Auch religiöse Kreise, die hinter diesen Prinzipien stehen und der Meinung sind, dass die Türkei Demokratie braucht, sollten sich daran beteiligen können. Ebenso sollten Gespräche mit anderen kurdischen Organisationen und Persönlichkeiten geführt werden, um sie zu einer Teilnahme zu bewegen."

Diyarbakır hat seine historische Rolle gespielt

Weiter machte Öcalan auf die besondere Rolle Diyarbakırs aufmerksam: „Bis heute hat Diyarbakır seine historische Rolle gespielt, muss es für eine Demokratisierung aber auch jetzt und in Zukunft weiter tun." Der Bevölkerung und den zivilgesellschaftlichen Einrichtungen in der Stadt falle eine besondere Aufgabe zu. Eine Vorreiterrolle dabei könnten Juristen der Anwaltskammer spielen.

Eine Mitgliedschaft der DTP in der *Sozialistischen Internationale* und in EU-Organisationen könne von Nutzen sein, legte Öcalan dar. Die DTP könne im Projekt der Zivilgesellschaftskoordina-

tion die Initiative ergreifen und es könne ein ähnliches Bündnis wie in Italien angestrebt werden.

Frauen als eine Nation

Seine Überlegungen beträfen nicht nur die Türkei, sondern den gesamten Mittleren Osten, führte Öcalan weiter aus. In der Türkei könne eine demokratische Nation geschaffen werden. Jedem das Türkentum aufzudrängen, sei unnatürlich und widerspreche soziologischen Grundsätzen: „Es ist nicht möglich, dass in der Türkei jeder in ethnischer Hinsicht Türke ist. Eine solche Politik kann keine einheitliche Nation schaffen, sondern führt im Gegenteil zur Spaltung. Ich bin kein klassischer ethnischer Nationalist, ich sehe auch die Frauen als eine Nation. Ich spreche von einer demokratischen Nation Türkei. Es ist möglich, eine gemeinsame Definition von Staatsbürgerschaft zu finden. Türken, Kurden, Lasen, Tscherkessen und alle weiteren ethnischen Identitäten können sich innerhalb einer Türkei-Identität zum Ausdruck bringen. Eine gesetzliche Verbindung kann über die verfassungsrechtliche Staatsbürgerschaft hergestellt werden. So wie die Türken können sich dann auch die Kurden und andere ethnische Identitäten ihrer eigenen Kultur entsprechend frei organisieren und ihre eigene Sprache frei in allen Bereichen sprechen. Das muss gesetzlich abgesichert werden. Die Schweiz, Großbritannien, Spanien und die USA haben das gemacht. Unsere Forderungen sind nicht darauf angelegt, die Türkei zu spalten. Es sind keine unmöglich umzusetzenden Forderungen, sondern vernünftige und demokratische Mindestforderungen. Wir wollen, dass die Türkei EU-Standard erreicht."

(…)

Ağar kann Rolle von de Klerk spielen

Öcalan verglich die Situation von Türken und Kurden in der Türkei mit der von Weißen und Schwarzen in Südafrika und kommentierte die Äußerungen von Mehmet Ağar zur Lösung der kurdischen Frage [*Mehmet Aðar, Vorsitzender der Partei des rechten Weges (DYP), ehemaliger Innenminister und verwickelt in den Susurluk-Skandal, hatte vor kurzem in Diyarbakýr die Guerilla dazu aufgerufen, „anstatt in den Bergen zu kämpfen, in den Tälern Politik zu machen", und damit große Beachtung in der Öffentlichkeit gefunden*]. In Südafrika seien Schwarze jahrelang ausgebeutet worden. Später hätten die an der Macht befindlichen Weißen begriffen, dass sie das Land auf diese Weise nicht länger regieren könnten. De Klerk als Staatschef des Apartheid-Regimes habe gesehen, dass der klügste und logischste Weg eine Einigung sei. „Und so wurde Mandela nach jahrelanger Haft freigelassen. Mandela verhielt sich sehr reif. Er sann nicht auf Rache. Nach dieser gegenseitigen Einigung kam Mandela bei den ersten Wahlen an die Macht. Wenn den Verlautbarungen von Ağar etwas folgt und er wirklich aufrichtig ist, kann er eine ähnliche Rolle wie de Klerk spielen. De Klerk war verantwortlich für die Misshandlungen der Schwarzen und die gesamte Apartheidpolitik. Auch was Ağar in den neunziger Jahren gemacht hat, ist uns allen bekannt. Ich kann von hier aus nicht genau wissen, was Ağar vorhat, aber wenn er die Rolle de Klerks spielt, könnte das wichtig für die Türkei sein. Deshalb ist auch die Gründung einer Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission von Bedeutung."

Kritik an der AKP

Die Äußerungen Ağars hätten zumindest eine Diskussion eingeleitet, teilte Öcalan mit und rief die AKP-Regierung dazu auf, so mutig wie Ağar zu handeln und die Initiative zu ergreifen. Verschiedene negative Erklärungen von Außenminister Gül finde er nicht richtig: „Was sollen wir noch machen? ‚Waffenstillstand' hieß es, diese Phase wurde begonnen. Und ich habe meinen Part daran erfüllt. Ich stehe immer noch hinter dem Waffenstillstand. Ich glaube auch, dass die PKK ihren Part erfüllt. Auch sie stehen dahinter. Niemand sollte sich auf dem Waffenstillstand ausruhen. Die Kurden verfolgen keinen nationalstaatlichen Nationalismus mehr. Die PKK hat sich vom Nationalismus verabschiedet."

(…)

Staat soll auf Waffenstillstand eingehen

Auch nach der Ausrufung des Waffenstillstands durch die PKK habe es den gesamten Oktober über Militäroperationen gegeben und Menschen seien zu Tode gekommen. „Ich will, dass kein einziger weiterer Mensch stirbt. Auch die Armee profitiert nicht von diesen Operationen. Auf diese Weise kann es zu keiner Lösung kommen. Es ist nicht möglich, die PKK durch Krieg zu vernichten." Die Türkei müsse bis zum Frühjahr auf den Waffenstillstand antworten: „Wenn das nicht geschieht, kann ich auch nichts mehr machen. Ich kann bereits jetzt sagen, dass ich mich, wenn es bis zum Frühling nicht zu positiven Schritten kommt, bei allen Freunden entschuldigen werde. Dann kann ich nur sagen, ich habe alles getan habe, was in meiner Macht steht, aber es hat nicht ausgereicht. Und sie werden selbst entscheiden, was sie danach machen. Niemand soll behaupten, dass ich die Verantwortung trage. Wenn weiter auf Vernichtung gesetzt wird, werden sie kämpfen, um sich selbst zu verteidigen. Wenn wirklich eine Lösung gewollt wird und die notwendigen Schritte folgen, dann werde ich tun, was in meiner Macht steht, um die PKK aus den Bergen zu holen. Aber wenn nichts für eine Lösung getan wird, was kann ich dann noch ausrichten?"

Wer kann wen amnestieren?

Allein eine Generalamnestie führe noch nicht zu einer Lösung der kurdischen Frage, betonte Öcalan. „Eine Amnestie ist nur ein Punkt von vielen in einer Lösung." Öcalan erinnerte an ein früher veröffentlichtes, aus zehn Punkten bestehendes Lösungspaket: „Wer kann wen amnestieren? Das habe ich bereits früher gesagt, wer wird die amnestieren, die eine Amnestie erlassen? Diese brauchen eine Amnestie ohnehin noch nötiger. Die Wahrheitsfindungs- und Gerechtigkeitskommission wird das aufklären. Die wirklich Schuldigen werden gegenseitig ihre Fehler öffentlich einräumen und um Verzeihung bitten. Nur so kann ein bleibender Frieden gewährleistet werden." ♦

Eine neue US-Strategie wird erforderlich sein

Wohin gehen der Irak und Südkurdistan?

Hasan Cudi, Parteiratsmitglied der Partei der Demokratischen Lösung Kurdistans (PÇDK)

Auch wenn das Baath-Regime im Irak vor dreieinhalb Jahren gestürzt wurde, so ist bis heute noch kein Licht am Horizont in Sicht. Das Chaos im Irak ist eine Hauptschlagzeile für die Weltöffentlichkeit. Aber nur ein Teil der Wahrheit gelangt in die Medien, deshalb bleiben die Bewertungen über den Irak bewusst oder unbewusst entweder unvollständig oder verzerrt.

Südkurdistan bildet den nördlichen Teil dieses Landes. Die Region hat sich in den letzten fünfzehn Jahren selbst verwaltet, war nie ein Schauplatz ernster Auseinandersetzungen. Doch ökonomisch, gesellschaftlich und kulturell ist sie in den Fragen der Menschenrechte, Demokratie und Gedankenfreiheit vom übrigen Irak beeinflusst, sie ähnelt ihm. Oft wird der Situation im Irak skeptisch begegnet, ist die Gewalt Bürgerkrieg oder nicht? Angesichts der Realität keine überflüssige Frage. Bei der chaotischen Situation im Irak handelt es sich um keine ausschließliche Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten. Viele unterschiedliche Kräfte befinden sich im Kampf gegeneinander. Vier Hauptkriegsparteien bestimmen den Krieg und die Auseinandersetzungen. Erstens die USA und ihre Verbündeten, zweitens die Nachbarstaaten des Irak, drittens die islamisch-fundamentalistischen Kräfte von außen und viertens die primitiv nationalistischen, konfessionellen und ethnischen Gruppen.

Im Irak agieren tendenziell auch freiheitliche und demokratische Kräfte. Aber weil sie sich nicht aktiv in die Auseinandersetzungen einbringen, sind sie eher passiv und politisch nicht sehr wirksam.

Die vier maßgeblichen Kriegsprotagonisten befinden sich sowohl gegeneinander als auch untereinander in komplexen Streitigkeiten und schweren Kämpfen. Aus diesem Grund können ihre Positionen und die Polarisierung nicht eindeutig lokalisiert werden. Während die Widersprüche und Auseinandersetzungen zunehmen und sich ausbreiten, unterliegt die politische Balance permanentem Wandel, so dass ihre Stärke ständig schwankt. Daher wäre es unzutreffend, die Vorfälle im Irak ausschließlich einem Bürgerkrieg zuzuschreiben, der wiederum Bestandteil aller Kriege und Auseinandersetzungen im Irak ist, zugleich aber auch Resultat dieser Widersprüche. Auffällig ist, dass das Volk im Irak weit mehr Opfer dieses Krieges und der Gewalt ist als deren aktiver Teil.

Zum einen bringt dieser Krieg einen geistigen und moralischen Verfall mit sich, und zum anderen wird die Bevölkerung gezwungen, den Preis für die materiellen und ideellen Zerstörungen des Landes zu zahlen.

Untersuchungen zufolge haben in diesen dreieinhalb Jahren 750 000 Menschen ihr Leben verloren und über 1 Million Menschen mussten fliehen. Unter den Flüchtlingen befinden sich viele Wissenschaftler und Akademiker. Auch Landwirtschaft, Industrie und Handel im Lande sind zerstört.

Die USA und ihre Verbündeten sind der Hauptgrund für die aktuellen Kämpfe und Streitigkeiten im Irak. Die anderen o. g. Kräfte sind darin ebenfalls involviert und werden von den Alliierten meist mit Gewalt bekämpft. Die USA und ihre Verbündeten konnten mit der Unterstützung der kurdischen und oppositionellen Kräfte Iraks und durch Ausnutzung der Schwachstellen im Lande sowie der inneren Probleme des Baath-Regimes dieses in kurzer Zeit stürzen und ihren militärischen Sieg deklarieren. Aber nach über drei Jahren sind sie weit von einem Sieg entfernt, stecken vielmehr in einer tiefen Krise und müssen Einbrüche erleiden. Sie haben schon beim ersten Schritt ihres Versuchs Schiffbruch erlitten, aus dem Irak ein Modell für ihre geplante Umgestaltung des Mittleren Ostens – das *Große Projekt des Mittleren Ostens* – zu machen und ein Basislager, von dem aus sie sich in die ganze Region einschalten. Das führte zu Zweifeln an der Realisierbarkeit dieses Projekts.

> Untersuchungen zufolge haben in diesen dreieinhalb Jahren 750 000 Menschen ihr Leben verloren und über 1 Million Menschen mussten fliehen.

Zweifellos ist diese Stagnation nicht nur auf die Taktik, die Methoden und den Stil zurückzuführen. Sie beruht ausschließlich auf der Strategie und dem Projekt, das die US-Amerikaner für den Irak, die Region und für die gesamte Welt vorgesehen haben. Daher ist das Grundproblem nicht taktischer Natur, sondern substantiell. Aus diesem Grunde wird der Sieg der Demokraten bei den Wahlen zum US-Kongress keine ernsthaften

Auswirkungen auf die Kämpfe und Konflikte im Irak haben. Zwar können sie vielleicht die Krise der USA in gewisser Weise lindern, aber es scheint äußerst schwierig, die Kraft zur Überwindung dieser Krise aufzubringen. Unter Berücksichtigung aller Aspekte können wir sagen, dass die USA keine positive Intervention und keine Kraft zu Veränderung und Wandel im Irak zu bieten hatten. Der Irak ist zum Hauptquartier der Verfechter des regionalen Status quo avanciert (Iran, Syrien und Türkei und in gewisser Weise auch Saudi-Arabien, Ägypten und Jordanien). Sie erachten das vorhandene Chaos im Irak politisch und strategisch als nützlich. Diese Regime haben den Irak zu einem Austragungsort ihrer Widersprüche mit den USA gemacht, wo sie alte Rechnungen begleichen können und Trumpfkarten sammeln. Dagegen versuchten die USA und Israel mit Zustimmung und Unterstützung der EU, die Flanke dieser Status-Quo-Kräfte zu schwächen. Nützlich ist die Sicht des Angriffs Israels auf die Hisbollah in diesem Sinne. Das Resultat dessen war nicht nur, dass der Einfluss der USA sich nicht verstärkt hat, sondern es reichte auch nicht als Ausweg aus der Krise.

Unter Berücksichtigung aller Aspekte können wir sagen, dass die USA keine positive Intervention und keine Kraft zu Veränderung und Wandel im Irak zu bieten hatten.

Auch konnten die USA im Kampf gegen Islamisten und Fundamentalisten sowie gegen die Al-Qaida und ihre Handlanger keine Vorteile gewinnen und sie schwächen. Sie haben den Irak instabil gemacht und die regionalen Regime des Status quo dazu befähigt, hier ihre Kriege und Widersprüche zu intensivieren und auszutragen. Für die islamistischen Kräfte stellt der Irak ein Terrain dar, auf dem sie ihre Stellungen gesichert haben. Die USA und die islamistischen Kräfte bekriegen sich auf Kosten der irakischen Bevölkerung.

Der Irak hat in diesen dreieinhalb Jahren, von der Koalitionsregierung abgesehen, viermal die Regierung gewechselt. Deren Hauptaufgaben waren die Verankerung ihrer Machtstellung im Land, die demokratische Reorganisierung des Irak sowie die Schaffung von Stabilität, Frieden und Harmonie, die Reorganisierung des sozialen Lebens und die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung. Es wurden zwei Wahlen abgehalten sowie das Verfassungsreferendum durchgeführt. Aber alle vier Regierungen haben diese Aufgaben nicht erfüllen können. Für jede neue Regierung wurde es noch schwieriger. Heute ist keinerlei Machtposition im Irak gesichert, z. B. der Stellenwert der Verfassung. Niemand ist an einer allseits akzeptierten Verfassung interessiert, sie hat heute noch immer keine Bedeutung im Land. Die Reorganisierung des Landes scheint vollkommen gescheitert zu sein und auch ein politischer Unterbau ist nicht in Sicht. Die Kämpfe, der Krieg und die Gewalt führen mit jedem Tag zu immer mehr Toten.

Internationalen Umfragen zufolge liegt der Irak bei der Korruption weltweit an erster Stelle. Sie hat alle Türen des Lebens verschlossen, so dass dem irakischen Volk die Kraft zur Befriedigung seiner banalsten Lebensbedürfnisse fehlt.

Alle Ereignisse im Irak finden unter der Kontrolle der USA statt. Mit der politischen Machtmentalität, Gewalt gegen Gewalt zu setzen, und mit der Logik, die Widersprüche und Probleme zu dirigieren, haben sie sich selbst in eine ernsthafte Krise manövriert. So hat sich der Irak für die USA quasi zu einer unüberwindbaren Falle entwickelt, ein Abzug ihrer Kräfte wäre abenteuerlich. Auch wenn sie ihre Einheiten nicht abzögen, es würde große Verluste für sie bedeuten. Aus diesem Grunde sind sie auf der Suche nach einem dritten Weg, aber noch zeichnet sich kein Ausweg ab. Nur die Demokraten könnten eine Antwort auf diese Frage finden, doch auch ihre Möglichkeiten scheinen begrenzt zu sein. Denn allein die Korrektur der Fehler der USA im Irak aus den letzten Jahren und die Lösung der Probleme verlangen einen hohen Preis ab. Wenn die Begleichung der Rechnung derartige Schwierigkeiten bereiten wird, wie groß ist dann die Notwendigkeit, dass die USA in Zukunft bei der Lösung der Probleme im Irak Initiative übernehmen? Eine neue US-Strategie wird erforderlich sein, was aus Sicht des Irak und des Mittleren Ostens sicherlich nicht einfach scheint. Werden die USA auch weiterhin bereit sein, ihren Preis zu zahlen? Die Antwort auf diese Frage wird in gewissem Maße die Zukunft des Irak und der Region mitbestimmen.

Wo bleibt Südkurdistan bei diesen Entwicklungen?

Auch wenn sich Südkurdistan nicht innerhalb der kriegerischen Auseinandersetzungen befindet und in gewis-



Büro der PÇDK in Südkurdistan — Foto: DIHA

ser Weise stabil ist, können wir es nicht losgelöst von den Ereignissen im Irak, in der Region behandeln. Denn die Zukunft Südkurdistans hängt bis zu einem bestimmten Grad von der Region und vom Irak ab. Dafür sprechen einige Gründe. Südkurdistan war aufgrund seiner Selbstverwaltung von 1991 bis zum Sturz des Saddam-Regimes de facto losgelöst vom Rest des Irak. Aufgrund seiner Möglichkeiten hätte daher ein praktikables Verwaltungs- und Regierungsmodell entwickelt werden können. Aber leider ist KDP und PUK kein demokratischer Entwurf gelungen, der den Willen des Volkes einbezieht. Im Gegenteil, sie haben eine beschränkte, konservative und selbstsüchtige Gruppe an die Macht gebracht. Das Konzept in Südkurdistan ist weit davon entfernt, das irakische Baath-System zu überwinden. Es sind vor allem viele Verletzungen der Menschenrechte, der demokratischen Rechte und der Meinungsfreiheit zu verzeichnen. Die Korruption in Südkurdistan stellt inzwischen ein Problem dar, das sowohl die Machtstruktur als auch die gesamte Gesellschaft betrifft. Bislang wurden auch keine gesellschaftlichen Basisstrukturen entwickelt. Wenn die Türkei und der Iran für einige Monate ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Südkurdistan abbrechen würden, träte eine äußerst kritische Situation ein. Abgesehen von den Machtkämpfen zwischen KDP und PUK gibt es seit fünfzehn Jahren ein Verfassungs- und ein rechtliches Vakuum. Die Macht der Parteien steht über der Verfassung und den Gesetzen. Eine Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative sei einmal beiseite gelassen, alle drei liegen in Parteihänden.

Sie akzeptieren niemals, ihre Macht abzugeben, und lassen aus diesem Grunde auch nicht zu, dass eine konstruktive demokratische Opposition sich entwickeln kann. Wenn aber die Bevölkerung demonstriert oder auf andere Weise ihrem Unmut Ausdruck verleiht, werden diese Aktionen gewaltsam angegriffen, weil kein verfassungsrechtlich verankertes Recht besteht. Will eine Partei oder eine zivilgesellschaftliche Organisation, welche den absoluten Machtanspruch der herrschenden Kräfte nicht akzeptiert, eine demokratische und rechtlich legale Aktion durchführen, wird diese definitiv nicht genehmigt. Es werden z. B. Kader, Vorstandsmitglieder und Parteimitglieder der PÇDK entführt, ihre Vereine geschlossen und politischen Aktionen untersagt. Bei Massenaktivitäten in den Städten kam es in diesem Jahr zur Festnahme aller Anwesenden und zum Einsatz von Waffengewalt. Das illustriert den Bruch und die Entfernung zwischen der Macht und dem Volk. Dabei sind diese Demonstrationen natürliche Reflexe der Bevölkerung, um auf ihre Beschwerden gegen die Regierung aufmerksam zu machen. Die Menschen protestieren für ihre natürlichen Bedürfnisse und gegen die Korruption.

Die Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Medien, die ohne Einschränkungen arbeiten können, sind entweder an diese beiden Parteien (KDP und PUK) gebunden oder sie stehen unter ihrem Einfluss. Diejenigen, die den absoluten Machtanspruch dieser Parteien nicht akzeptieren, werden gezwungen, entweder in die Illegalität zu gehen oder unter schwersten und gefährlichen Bedingungen zu arbeiten. Die regierenden Parteien betreiben neben den bekannten auch geheime Gefängnisse, wohin Oppositionelle verschleppt werden. Der Außenwelt wird jegliche Information über den Verbleib der Festgenommen und die Umstände ihrer Festnahme vorenthalten.

Eine kleine herrschende Klasse verfügt über die Macht, die Partei, die Politik, die Ökonomie und beherrscht alle anderen Bereiche des Lebens. Die breite unterdrückte Klasse auf der anderen Seite, das Volk, hat einen sehr niedrigen Lebensstandard. Die Sippenmentalität, die Sippenbeziehungen tragen zur Festigung der Macht der herrschenden Klasse bei. Untersuchungen zufolge begingen in den vergangenen fünfzehn Jahren 15 000 Frauen Selbstmord wegen der „Ehre“ oder wurden deshalb getötet. Parallel dazu ist auch die Rate der sexuellen Gewalt gegen Frauen sehr hoch. Aufgrund der hohen Dunkelziffer kann sie nicht exakt erfasst werden. Die Jugend ist aufgrund des Drucks durch die Macht und die Gesellschaft oder aufgrund der Rückständigkeit des Bildungssystems entweder antriebslos und fristet folglich ein perspektivloses Leben oder verlässt das Land auf sehr abenteuerliche Weise. Bislang kehrten annähernd eine Million Menschen (Junge, Intellektuelle, Universitätsabsolventen, Akademiker) dem Land den Rücken. Im kulturellen Bereich sind die Jugendlichen marginalisiert, Kreativität und Entwicklung bleiben blockiert.

> Eine kleine herrschende Klasse verfügt über die Macht, die Partei, die Politik, die Ökonomie und beherrscht alle anderen Bereiche des Lebens.

Die Errungenschaften des Volksaufstands von 1991 wurden nicht gesichert, so dass die Gefahr besteht, dass sie unter den Drohungen und dem Druck der regionalen und internationalen politischen Kräfteverhältnisse aus der Hand gegeben werden. Wenn die bestehenden Machtverhältnisse sich ändern, sich die Situation des Irak und der Region verschlimmert, so besteht die Wahrscheinlichkeit, dass neben den Errungenschaften sogar der momentane Status zusammenbricht. In der Frage der nationalen Einheit gibt es bislang keine ernsthafte Institutionalisierung und auch keine Hoffnung auf Schritte in dieser Richtung.

Kurzum: Die Situation in Südkurdistan unterscheidet sich nicht gravierend von der des übrigen Irak. Aber es könnte sich davon befreien. In erster Linie bedarf es der Sensibilisierung und Organisierung der Bevölkerung, des Weiteren einer Stärkung der demokratischen Aktionen. Eine konstruktive und demokratische Opposition sollte ebenfalls zugelassen werden, die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen sich unabhängig von der Herrschaft der Macht organisieren. Als Zweites müssen die Lage im Irak ebenfalls auf demokratischem Wege geklärt und die Möglichkeit zur Veränderung entwickelt werden. Eine Lösung für die anderen Teile Kurdistans (in der Türkei, Iran und Syrien) ist ein weiterer Weg. Dies alles könnte zur Befreiung Südkurdistans vom Chaos und zur Entwicklung einer demokratischen Nation führen.

Wo steht die PÇDK?

Die *Partei der Demokratischen Lösung Kurdistans* (PÇDK) arbeitet seit ihrer Gründung 2002 als konstruktive Opposition. Aber seitdem haben ihr KDP und PUK keinen offiziellen Status zugebilligt und dafür versucht, ihre politische Arbeit zu bekämpfen. Sie sind ein Hindernis für die Entwicklung der PÇDK. Die PÇDK hat trotz allem beharrlich an ihrer Strategie festgehalten und ihre demokratischen Aktionen fortgesetzt. Mit der Eröffnung von Vereinen, Büros und Presseorganen in Städten und Kreisstädten machte sie wichtige Entwicklungsschritte auf dem Weg zu einer Massenpartei. Auch durch diplomatische Schritte im Irak und in Südkurdistan erreichte sie ein Niveau, von dem aus sie die Einkesselung durch KDP und PUK zu durchbrechen begonnen hat. Die Hohe Wahlkommission im Irak erkannte die PÇDK offiziell als politische Partei an, so dass sie sich an beiden Wahlen und am Referendum beteiligen konnte, was aber sowohl KDP und PUK als auch die Türkei durch Intervention bei der Hohen Wahlkommission verhindern wollten. Als das fehlgeschlagen war, versuchten sie, die PÇDK in eine unsinnige Auseinandersetzung zu ziehen, um sie von Wahlarbeiten abzuhalten. Viele ihrer Wahlstimmen wurden vernichtet und Dutzende ihrer Mitglieder und Kader festgenommen. Dabei hatte die PÇDK im Rahmen des Parteiengesetzes schon im Juni 2004 eine förmliche Zulassung von der Regionalregierung der KDP und PUK beantragt, worauf aber in keiner Weise reagiert wurde. Nach den gesetzlichen Bestimmungen gilt der Antrag nach drei Monaten ohne Ablehnung als genehmigt.

Danach ist die PÇDK eine politische und gesetzliche Partei und hat folglich das Recht, sich im Irak und in Südkurdistan politisch zu betätigen und Vereine zu eröffnen.

Als die oppositionellen Aktivitäten der PÇDK immer mehr Zulauf fanden, setzten die beiden Parteien alles daran, deren Einrichtungen zu schließen, Arm in Arm mit der türkischen Regierung, die unter dem Vorwand, die PÇDK sei der politische Arm der PKK im Irak, die irakische Regierung mit gleicher Absicht unter Druck setzte. Vorerst mit Erfolg. Die gab dem Druck nach, beschloss die Schließung aller Büros, Vereine und Presseorgane der PÇDK und schloss die Vereine in Bagdad und Maxmur. Wegen fehlender rechtlicher Grundlagen konnten die Vereine in Bagdad wieder öffnen, in Maxmur aufgrund des KDP-Einflusses aber nicht. Die Vereine in Hewler und Duhok, KDP-Gebiet, wurden geschlossen und annähernd zehn Mitglieder festgenommen.

Die PÇDK leitete ein rechtliches Verfahren ein, die KDP ließ die Festgenommenen ohne Verfahren frei und den Verein in Hewler wieder öffnen. Duhok bleibt zu.

In gleicher Weise wollte die PUK gegen den PÇDK-Verein in Suleymanie vorgehen. Anfangs mit Drohungen und Druck, dann durch die Verschleppung des PÇDK-Vorsitzenden Dr. Faik Muhammed Gulpi. Das brachte nichts, eine Woche später wurde Dr. Gulpi freigelassen und auch der Schließungsbeschluss zurückgenommen.

Auch bei der gemeinsamen Protestaktion der PÇDK mit anderen Organisationen zum Jahrestag der Anfal-Offensive [*Vernichtungsoperationen des Baath-Regimes gegen die südkurdische Bevölkerung von Febr. bis Sept. 1988: Massenmorde, Vertreibung, Giftgasangriffe, u. a. 16.3.1988 in Halabja*] wurden der PÇDK-Vorsitzende und weitere vierzig Kader und Mitglieder festgenommen.

Trotz der Repressionen bleibt die PÇDK entschlossen und rief gemeinsam mit anderen politischen Parteien und unabhängigen Persönlichkeiten im Oktober dieses Jahres die Demokratische Wandlungsfront ins Leben. Prompt nahm der Druck auf die PÇDK ersichtlich zu. Trotz der Duldung ihrer Vereine in Hewler und Suleymanie wird ihr weiterhin der offizielle rechtliche Status vorenthalten, was wiederum jederzeit Schließungen ihrer Einrichtungen ohne rechtliche Grundlage nach sich ziehen kann. Das ist die Behinderung einer demokratischen konstruktiven, politischen Opposition.

Als oppositionelle Kraft in Südkurdistan muss man auf Schwierigkeiten gefasst sein und bereit sein, den Preis dafür zu zahlen. Die PÇDK ist entschlossen und hat den Mut. Ohne eine demokratische Bewegung kann die politische Entwicklung nicht die richtige Richtung nehmen und alle nationalen und demokratischen Errungenschaften wären jederzeit bedroht. ♦



Aktion für die Freilassung von Dr. Faik Muhammed Gulpi in Südkurdistan, September 2006
Foto: DIHA

Demokratiemangel in der Türkei

„Lebende Schutzschilde" zu 2 ½ Jahren Haft verurteilt

Martin Dolzer

35 Mitglieder der „Canlı Kalkan" / Lebenden Schutzschilde, die 2005 für eine friedliche Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes demonstriert hatten, wurden am 23. November 2006 vom 4. Strafgericht in Diyarbakır erstinstanzlich zu 2 ½ Jahren Haft verurteilt. Die Aktivisten aus Istanbul und Siirt hatten versucht durch Demonstrationen am Gabar-Gebirge dazu beizutragen, einen Dialog zwischen dem türkischen Staat und der PKK herbeizuführen. In der Tradition des Konzeptes der „Lebenden Schutzschilde", z. B. in Jugoslawien, begaben sich die Aktivistinnen und Aktivisten der pro-kurdischen Partei DEHAP, der *Demokratisch Sozialistischen Partei der Türkei* SDP, der *türkischen Arbeiterpartei* EMEP und weiterer linker türkischer und kurdischer Parteien und zivilgesellschaftlicher Organisationen, wie den Friedensmüttern und dem Verein zur soziologischen Aufarbeitung von Vertreibungen GÖC-DER, sowie Unterstützer aus Europa zwischen die Fronten der militärischen Auseinandersetzung. Ihre Forderungen umfassten u. a. einen beiderseitigen Waffenstillstand, die Einhaltung der Menschenrechte durch den türkischen Staat, die Anerkennung von Abdullah Öcalan als Gesprächspartner für einen friedlichen Dialog, sowie eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen.

Die Anwälte der Angeklagten kündigten nach dem Prozess an, dass ihre Mandanten in Berufung gehen werden, da es sich bei der Idee und Umsetzung der Aktionen der „Canlı Kalkan" um friedliche Demonstrationen und eine auf Frieden und Dialog orientierte, perspektivische politische Arbeit gehandelt habe. Die türkische Staatsmacht reagierte darauf mit Prügeleinsätzen durch Jandarma (Polizeisondereinheiten des Militärs) gegen die Aktionen, die an unterschiedlichen Orten in den kurdischen Provinzen des Landes von insgesamt mehr als 2000 Menschen unterstützt wurden, mit sofortigen Festnahmen der TeilnehmerInnen und meist einmonatigen „vorläufigen" Inhaftierungen und gezielter Kriminalisierung der Beteiligten. Auch im Nachfeld der Friedensdemonstrationen waren die Friedensbewegten mit ständigen Sanktionen, wie z. B. Repressionen an ihren Arbeits- und Studienplätzen konfrontiert, so dass 220 Jugendliche unter ihnen, aufgrund nicht mehr vorhandener Lebensperspektiven in der Türkei, in den Irak flohen, um sich dort als Gäste in der Pressezone der HPG weiterhin für einen friedlichen Dialog zur Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes einzusetzen. Dort wurden sie u. a. von ihren Eltern und einer Delegation des Europaparlamentariers Tobias Pflüger besucht. Nachdem die Situation in den kurdischen Gebieten der Türkei sich im Verlauf des Jahres 2005 erneut zuspitzte und das Militär seine Operationen ausweitete, hatten sich die Schutzschilde der Guerilla angeschlossen, da sie keinen „freien" Weg zurück in die türkische Gesellschaft sahen.

Die jetzigen Verurteilungen der im Land Gebliebenen zeigen, dass die Bemühungen des türkischen Staates, eine friedliche und dialogische Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes zuzulassen, erneut abnehmen. Das wird auch in weiteren erstinstanzlichen Urteilen mit mehrjährigen Haftstrafen gegen Menschenrechtler wie den Vorsitzenden des international anerkannten Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakır, Selahattin Demirtaş, sowie Politiker der DTP wie den Bürgermeister der Stadt Diyarbakır, Osman Baydemir, den Bürgermeister der Stadt Cizre, Aydin Budak, und den ehemaligen Vorsitzenden der DEHAP Batman, A. Karabulut, oder Journalisten wie den Chefredakteur der Zeitung *Azadîya Welat*, Hamdullah Yilmaz, deutlich, denen jeweils eine konstruierte *Unterstützung einer terroristischen Vereinigung* oder ähnliche Tatbestände unterstellt werden, da sie sich für konstruktive, demokratische Entwicklungsoptionen einsetzten oder der Assimilationspolitik des türkischen Staates entgegentraten.

Auch auf den seit Anfang Oktober seitens der PKK eingehaltenen, einseitigen Waffenstillstand reagierte das türkische Militär bisher lediglich mit umfassenden Militäroperationen. Türkische und kurdische Intellektuelle und Politiker aus EU-Staaten beklagen, dass das Militär im Staat am Bosporus erneut alle Fäden zieht und eine wirkliche Demokratisierung des Landes verhindert. Das zeigt sich nicht nur anhand der beschriebenen unrechtmäßigen Urteile und der unnachgiebigen Haltung der Regierung im Zypernkonflikt, sondern äußert sich in allen gesellschaftlichen Bereichen. So wird beispielsweise noch immer die Unterfinanzierung der kurdischen Kommunen betrieben und eine Rückkehr der von Militär und Dorfschützern Vertriebenen in die Dörfer verhindert. Des Weiteren werden die in den Gecekondus Lebenden weiterhin staatlicherseits unterdrückt und bei politischer Aktivität mit Repressionen überzogen. Auch die Verabschiedung von so genannten Antiterror- und weiteren Gesetzen zur Einschränkung der freien Meinungsäußerung, die eindeutig gegen den menschenrechtlichen Teil der Kopenhagener Kriterien verstoßen, zeigt den Unwillen der türkischen Oligarchie, eine Demokratisierung des Landes zuzulassen. ♦

III. Internationale Konferenz „Die Europäische Union, die Türkei & die Kurden“

„Slow train is coming“

Hans Branscheidt, EUTCC Brüssel

Unter dem Motto „Zeit für Frieden, Gerechtigkeit und Dialog“ und unter der Patronage von Shirin Ebadi, Desmond Tutu, Harold Pinter, Noam Chomsky und Bianca Jagger fand am 16. Oktober eine weitere internationale Konferenz der *European Turkey Civic Commission* (EUTCC) im Brüsseler Europa-Parlament statt.

Die dritte Zusammenkunft der EUTCC – einem Ensemble von Prominenten und NGO's, das sich in Verbindung mit dem Erweiterungskommissar Olli Rehn das Monitoring der Anbindungsprozeduren zwischen Ankara und Europa zur Aufgabe gemacht hatte – stand im Zeichen der jüngsten Waffenstillstandsbekundung der kurdischen PKK.

In der Vergangenheit waren solche Angebote der *Arbeiterpartei Kurdistan* (PKK) und ihrer politischen Formationen in aller Regel konsequent ignoriert worden: nicht nur von der offiziellen Türkei, auch von den Europäern und den USA.

Nun konnte die EUTCC ganz andere und weit bessere Signale registrieren: der für die EU-Sicherheitspolitik zuständige Xavier Solana hatte in zwei Statements das „ceasefire“ ausdrücklich begrüßt, der Chef der türkisch-europäischen Parlamentarierdelegation, Joost Lagendijk, sekundierte entsprechend und zeigte persönliche Präsenz auf dem Brüsseler EUTCC-Meeting.

Wer nun noch zur Kenntnis nahm, dass erstmals auch namhafte Vertreter aus dem akademischen Bereich der Türkei (Doğu Ergil) als Konferenzredner auftraten, konnte diese Tatsache mit einem anderen Ereignis in Verbindung bringen: die US-Regierung hatte kurz zuvor den Admiral Ralston mit der Aufgabe von Verhandlungen zwischen Kurden und Türken betraut. Deklariert zwar immer noch als ein Verfahren zur Eindämmung des Terrors der PKK, die sich aber erkennbar darüber freute, dass der Admiral sich die Titulierung „special US envoy PKK“ gern gefallen ließ. „Wer unseren Namen ausspricht, der erkennt uns auch an!“

Kurz zuvor hatte auf einer hochkarätigen NATO-Tagung in Italien ein US-Oberst ganz ernsthaft eine Karte an die Wand gehängt, die vor den Grenzen der Türkei nicht haltmachte, weil sie insgesamt mit „Kurdistan“ überschrieben war.

Seitdem misstrauen vor allem der türkische Generalstab, aber auch die etablierten Parteien Anatoliens dem Ralston-Verfahren zutiefst.

Dessen Name ist zugleich auch Programm: „Tri-Party-Commission“. Zusammengesetzt aus Vertretern der Türkei, des Irak und der nordirakischen Regionalregierung (KRG) plus USA – und, wie vermutet wird, irgendwie auch plus PKK. Diese sitzt zwar (noch) nicht mit am Tisch und wird weiter als „terroristisch“ gebrandmarkt, sitzt aber vor der Tür und nimmt indirekt über Mittelsleute an den Verhandlungen teil.

Im Zentrum dessen, woran heute schon intensiv gearbeitet wird, steht die Frage einer Generalamnestie. Die PKK ist bereit, sich einem international kontrollierten Entwaffnungsprozess zu unterwerfen, sofern die eigenen Leute aller Ränge straffrei in der Türkei leben und sich ungehindert am legalen politischen Prozess beteiligen können. Schließlich müsse auch eine kurdische Realität in der anatolischen Verfassung ausgedrückt werden.

Maßlose Forderungen sind das nicht: Aber schon der Gedanke an eine solche Entwicklung in Richtung auf Zivilgesellschaft und Dialog bringt Parteien wie die CHP, die rechte MHP und den Generalstab auf die Barrikaden.

Aller Grund ist also vorhanden, dass die EU sich stärker in der Kurdenfrage engagiert, ohne deren Lösung Stabilität im Nahen Osten nicht erreicht werden kann. Der jüngste Bericht an das EU-Parlament, verfasst vom holländischen Christdemokraten Camille Eurlings, spricht davon, dass der Reformprozess auf der „Mitte“ stehenzubleiben droht, ja, dass in einigen Bereichen der Presse- und Meinungsfreiheit („301-Gesetz“) sogar Rückschritte zu verzeichnen seien. Der deutsche EU-Botschafter Kretschmer seinerseits machte die Beschneidung der Befugnisse des Militärs zur Bedingung – und damit jenes Monstrums, das man in der Türkei den „Tiefen Staat“ nennt.

Alle diese Fragen kommen nun auf die Regierung Merkel zu. Die Bundesrepublik übernimmt im Januar die EU-Präsidentschaft. Vermutlich auch wird die Frage des Türkeibeitritts zu einem Koalitionsthema werden. Im außenpolitischen Leitantrag der CDU an den Bundesparteitag im November wird klarer als zuvor eine Vollmitgliedschaft der Türkei ausgeschlossen. Das Armenier-Gesetz der französischen Sozialisten macht im Übrigen – jedenfalls theoretisch – eine solche Mitgliedschaft unmöglich.

In dieser zähen und schwierigen Lage fällt den Kurden eine interessante Rolle zu: Als eine demokratisch und betont säkular orientierte Population könnten sie geradezu für die Türkei in Europa positiv werben und innerhalb der Ralston-Verhandlungen einen Beitrag für den Frieden im Nahen Osten leisten.

Es möchte am Ende so sein, dass die Kurden erst darüber und deswegen internationale Sympathie und Anerkennung gewinnen. ♦

Die Förderung der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte:

Dezentralisation und lokale Verwaltungen

Osman Baydemir, Bürgermeister, Stadtverwaltung Diyarbakır

Auf der dritten internationalen Konferenz der European Turkey Civic Commission (EUTCC) im Brüsseler Europa-Parlament mit dem Motto „Zeit für Frieden, Gerechtigkeit und Dialog" nahm auch der Bürgermeister der Stadt Diyarbakır, Osman Baydemir, teil. Wir dokumentieren seine Rede:

Ich grüße die dritte internationale Konferenz zur EU, der Türkei und den Kurden und möchte meine Freude ausdrücken, dass wir hier zusammengekommen sind, um Gerechtigkeit, Dialog und Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Dass diese Konferenz mit den Debatten in der Türkei über einen Waffenstillstand und eine friedliche Lösung zusammenfällt, macht diese Bemühung noch wichtiger. Dennoch möchte ich eine Kritik wiederholen, die ich schon auf der Konferenz im letzten Jahr angebracht habe. Die Ursache für den fortgesetzten Mangel an Lösungsansätzen ist das Fehlen des Dialogs und von Möglichkeiten für eine demokratische Debatte unter den Konfliktparteien. Meine Hoffnung ist, dass wir solche demokratischen Plattformen unter dem Dach der Großen Nationalversammlung der Türkei als sichtbaren Schritt zu einer Lösung der kurdischen Frage errichten können.

Meine Rede heute soll sich auf die Schnittpunkte zweier sehr grundlegender Probleme der Türkei, die unterschiedlich, aber miteinander verwandt sind, beziehen. Es sind die Frage der lokalen Verwaltungen und die kurdische Frage. Was diese Themen miteinander verbindet, ist die Tatsache, dass beide aus der fast zweihundertjährigen Geschichte staatlicher Zentralisierung und Verwaltung in unserer Region herrühren. Wir, die lokalen Verwaltungen in den kurdischen Regionen der Türkei, müssen uns in die Politik einmischen und an den Schnittpunkten dieser beiden akuten Probleme öffentliche Angebote machen. Lokale Verwaltungen im Rest der Türkei sehen sich ebenfalls ernsthaften Problemen aufgrund der zentralistischen Staatspolitik gegenüber. Dennoch, die Probleme der Verwaltungen, der Wirtschaft und in der Politik, denen lokale Verwaltungen in kurdisch bewohnten Regionen ausgesetzt sind, und besonders die, deren Rathäuser von Mitgliedern der *Partei der Demokratischen Gesellschaft* regiert werden, unterscheiden sich von denen der anderen in Fragen der Form und des Inhalts. Ich meine auch, dass sie schwerwiegender sind.

Das eigentliche Thema, das ich hier ansprechen möchte, sind nicht die Nachteile, die lokale Verwaltungen in der Region erfahren haben. Die in der Türkei herrschende Annäherungsweise gegenüber den Lokalverwaltungen hat die Lösung der kurdischen Frage noch schwieriger gemacht. Seit wir durch Wahlen im April 2004 in die Verwaltungen eingezogen sind, wurden insgesamt 53 Ermittlungsverfahren und 7 Gerichtsverfahren gegen uns als Stadtverwaltung von Diyarbakır angestrengt. Die meisten von Ihnen verfolgen den Fall Roj-TV, in dem 56 Bürgermeister vor Gericht stehen. Der Bürgermeister von Cizre wurde für eine Rede verurteilt.

Die Anstrengungen der DTP-Stadtverwaltungen auf dem Gebiet der kulturellen und sprachlichen Rechte und die Repression, die sie erfahren haben, sind es wert, extra erwähnt zu werden. Zum Beispiel wurde der Bürgermeister des Bezirks Sur von Diyarbakır wegen einer Rede, die er über mehrsprachige Stadtverwaltungen hielt, vor Gericht gestellt. Der Bürgermeister von Viranşehir wurde unglaublicherweise wegen des Missbrauchs von Verwaltungsressourcen angeklagt, weil im Verwaltungsbulletin Kurdisch verwendet wurde. Die Gouverneure der Provinz Diyarbakır und des Distrikts Dargeçit lehnten die Aufrufe der Verwaltungen von Kayapınar und Dargeçit ab, öffentlichen Plätzen wie Parks, Straßen und Stadtvierteln kurdische Namen zu geben. Dennoch betrachten die EU-Prinzipien für Lokalverwaltungen den Gebrauch der kulturellen und sprachlichen Rechte als unverzichtbare Elemente lokaler Selbstverwaltung.

Fast alle diese Verfahren wurden eröffnet, weil wir ein anderes politisches und kulturelles Dasein vertreten und weil wir unsere Meinung aussprechen. Unsere Unterschiedlichkeit ist das Ziel der Strafen. Ich kann die Situation, der wir gegenüberstehen, kurz zusammenfassen: Mit solchen Prozessen zwingt Ankara die demokratisch gewählten Verwaltungen, als zentral ernannte Bürokraten zu handeln. Dennoch sind die Bürgermeister nicht nur staatliche Bürokraten. Sie sind auch die Vertreter der Wählerinnen und Wähler. Neben unserer Verantwortlichkeit gegenüber Ankara sind wir den Menschen gegenüber, die wir vertreten, verantwortlich. Das ist für demokratisches Regieren notwendig und gilt als Prinzip der vertikalen Gewaltenteilung.

2004 hat der Staatspräsident der Türkei sein Veto gegen den Gesetzentwurf für eine Reform der lokalen Verwaltungen mit der folgenden Begründung eingelegt:

„Es ist von grundlegender Bedeutung, dass die Vereinbarungen, die getroffen werden müssen [bezüglich der Lokalverwaltungen], nicht der Einheit des Landes und der Nation, dem einheitlichen Charakter des Staates, der Ausgewogenheit zwischen zentraler und lokaler Verwaltung entgegenwirken und dass sie mit Verfassungsprinzipien, dem öffentlichen Interesse und den Notwendigkeiten des öffentlichen Dienstes übereinstimmen."

Ankara betrachtet sich selbst als die alleinige Autorität zu entscheiden, was gut ist und im öffentlichen Interesse liegt. Der hier angeführte Absatz aus Artikel 127 der Verfassung von 1982 über „die Einheit und Integrität des Staates" betrachtet die Bedürfnisse lokaler und von Basisstrukturen nach Demokratie, Dezentralisation und Rechten mit Misstrauen und der Furcht vor Teilung. Es ist offensichtlich, dass hinter den Aussagen des Präsidenten eine „Kurdenphobie" lauert. Wir halten das für eine grundlose Furcht. Denn wir glauben, dass die Einheit und Integrität des Staates sowie die soziale Sicherheit und Stabilität nicht mit Gewalt und Unterdrückung gesichert werden können, sondern durch eine Umwandlung des Staates anhand demokratischer Prinzipien und indem die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Politik und Regierung umgesetzt wird.

Ankara betrachtet sich selbst als die alleinige Autorität zu entscheiden, was gut ist und im öffentlichen Interesse liegt.

Wie Sie vielleicht wissen, waren die meisten der kurdischen Aufstände im 19. Jahrhundert Reaktionen gegen die fortschreitende Zentralisierung der staatlichen Verwaltung. Die meisten der kurdischen Revolten im 20. Jahrhundert richteten sich gegen die kulturell und politisch zentralistische Politik des Nationalstaats. Diese zentralistische Politik brachte nicht nur das „Kurdenproblem" hervor, sondern machte auch die Frage der Lokalverwaltungen zum Problem. Die zentralistische Politik band alle lokalen Strukturen innerhalb der Staatsgrenzen an das Zentrum, sei es auf wirtschaftlichem, kulturellem, politischem oder auf dem Gebiet der Verwaltung. Die Motivation zu diesen fortgesetzten Zentralisierungsprojekten ergab sich aus dem Projekt der Zerstörung der flexiblen Dynamiken zwischen Zentrum und Peripherie im osmanischen *Millet-System* [*Selbstverwaltung innerhalb anerkannter Religionsgemeinschaften*]. Das Ziel war die Auflösung der vielsprachigen, kulturell unterschiedlichen und religiös bunten gesellschaftlichen Organisationen, die an der Basis existierten, indem die regionalen Strukturen unter strikte zentralistische Kontrolle gestellt wurden. Jetzt, zwei Jahrhunderte später, ist es offensichtlicher als zuvor, dass das zentralistische Paradigma zusammengebrochen ist.

Wenn sowohl die kurdische Frage als auch die Frage der Lokalverwaltungen Resultate der zwei Jahrhunderte andauernden Politik der Zentralisierung sind, hängt die Lösung beider von einem Fortschritt in der entgegengesetzten Richtung ab. Indem wir diesen Vorschlag machen, beabsichtigen wir auf keinen Fall, den Staat oder die Zentralregierung abzulehnen. Für uns steht an, sofortige Lösungen für die schwerwiegenden Probleme zu finden, mit denen wir konfrontiert wurden, indem die Vormundschaft der Zentralregierung gegenüber den Lokalverwaltungen abgeschafft wird und die Beziehungen zwischen den beiden an demokratischen Richtlinien orientiert neugeordnet werden und indem die Befugnisse und Souveränitätsrechte der Lokalverwaltungen in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Gleichstellung angehoben werden. Wir wollen alle eine demokratische und starke Türkei. Dennoch kann das nicht erreicht werden, indem die Behörden Ankara zur Verfügung stehen. Im Gegenteil, je mehr Ankara mit den Lokalverwaltungen teilt, desto fortgeschrittener wird die Türkei in Bezug auf sozioökonomische Fragen und in Richtung kultureller und politischer Stabilität.

In den letzten sechs Monaten haben mehr als 20 Menschen in meiner Stadt Diyarbakır ihr Leben verloren. Mehr als 60 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der Stadt sind arbeitslos.

Dennoch sind wir leider mit einer sehr engen und kurzsichtigen Sichtweise der Zentralregierung über die Pflichten und Verantwortung der Lokalverwaltungen konfrontiert. Diese Sichtweise sieht die Pflichten der Rathäuser auf Müllabfuhr, Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung beschränkt. Auf dieses Verständnis spielten die Soldaten an, die in der Innenstadt von Hakkari vor drei Wochen in sauberer Kleidung Müll aufsammelten und dabei Plakate zeigten, auf denen stand: „Stadtverwaltung, hör auf mit dem Separatismus, tu deine Arbeit". Während Lokalverwaltungen die Schlüsselstrukturen für Demokratisierung sind und so gesehen werden sollten, zielt eine solche Logik darauf ab, Lokalverwaltungen aus der politischen Arena auszuschließen und eine sehr enge Vorstellung von den Pflichten des öffentlichen Dienstes zu vertreten. Wie allerdings der Bericht des EU-Kongresses von 1997 über Lokal- und Regionalverwaltungen aussagt, sind ihre Probleme nicht außerpolitische Probleme, sondern haben von sich aus politischen Charakter. Leider hat Ankara immer die Bemühungen lokaler Verwaltungen in Fragen der politischen Vertretung, Demokratisierung und Hinwendung zur Zivilgesellschaft mit dem gleichen Separatismus-Argument beantwortet. Die Bemühungen, die Verantwortung der Lokalregierungen auf die Ausübung alltäglicher Verwaltungspflichten zu beschränken, sind ein Produkt der Politik, die den Erhalt des zentralen Monopols auf politische Tätigkeit zum Ziel hat.

Indem man uns vorschlägt, „der Politik fernzubleiben und Müll zu sammeln", ignoriert Ankara zwei Dinge: Erstens sind es vor allem die Menschen vor Ort, die mit den negativen Auswirkungen aller zentral getroffenen Entscheidungen leben müssen. In den letzten sechs Monaten haben mehr als 20 Menschen in meiner Stadt Diyarbakır ihr Leben verloren. Mehr als 60 % der erwerbstätigen Bevölkerung in der Stadt sind arbeitslos. Die Zerstörungen durch den zwei Jahrzehnte andauernden bewaffneten Kon-

flikt und besonders die massive Zuwanderung, die durch staatlicherseits erzwungene Umsiedlung entstand, haben alle Aspekte des städtischen Lebens in Diyarbakır lahmgelegt. Es ist unmöglich, unter dem Schatten der Waffen gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Sagen Sie mir, wo um alles in der Welt würde sich jemand trauen zu sprechen, wenn es der Bürgermeister der Stadt nicht kann?

Zweitens ist der wichtigste Faktor hinter der Einmischung der Lokalverwaltungen der *Demokratischen Gesellschaftspartei* in die politische Debatte der Umstand, dass die kurdische Region in Ankara wegen der existierenden 10-%-Wahlhürde nicht fair vertreten wird. Die *Demokratische Volkspartei*, die später in der *Demokratischen Gesellschaftspartei* aufging, gewann acht der zehn Sitze bei den allgemeinen Wahlen, aber sie konnte nicht einen einzigen Vertreter ins Parlament senden. Da die Stadt Diyarbakır und die Region nicht in Ankara vertreten sind und da sich die Region immer noch in einem Zustand des politischen Chaos befindet, haben weder ich noch irgendein anderer Bürgermeister das Privileg, „nur Müll zu sammeln". Indem wir Bürgermeister in Diyarbakır und in der Region sind, haben wir die unvermeidbare Verantwortung bekommen, zur Demokratisierung und zum sozialen Frieden beizutragen.

Zum Schluss möchte ich mit Ihnen einige meiner Gedanken und Vorschläge teilen, was in Bezug auf die Lokalverwaltungen getan werden sollte, basierend auf meinen Beobachtungen und Erfahrungen. Die Türkei hat bis jetzt einige Reformen im Bereich der Stadtverwaltungen, Provinzverwaltungen und städtischen Einrichtungen vorgenommen. Obwohl sie administrativ sehr beschränkt sind und in der Praxis weiter problematisch, haben diese Schritte einige Verbesserungen gebracht. Dennoch können wir das Problem nicht nur in Bezug auf die Verbesserung der Bedingungen der Lokalverwaltungen angehen, indem wir einige Lösungen für technische und praktische Probleme, die sie haben, anbieten. Die Frage der Reform der Lokalverwaltungen ist ein Problem der Staatsstruktur. Es ist ein Produkt des strikten Zentralismus, der den Prozess der Staatswerdung begleitet hat. Was getan werden muss, sind nicht nur kleine Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen der Lokalverwaltungen. Die Beziehungen zwischen Zentrum und lokalen Strukturen müssen anhand demokratischer Prinzipien radikal verändert werden. Auch wenn eine solche Transformation die kurdische Frage nicht zu einer angemessenen Lösung bringen wird, kann sie doch dafür wichtige Türen öffnen. Was hier getan werden muss, schlagen wir wie folgt vor:

♦ Für einen echten Demokratisierungsprozess in der Türkei ist es unabdingbar, dass die Lokalverwaltungen wirtschaftliche, politische und strukturelle Autonomie erhalten und dass ihre Rechte und Befugnisse verbessert werden.

♦ Die Türkei hat die Europäische Charta über lokale Selbstverwaltung unterzeichnet. Wir erwarten, dass die Türkei die Bestimmungen der Charta ohne weitere Zurückhaltung oder Verzögerung in Kraft setzt. Weiterhin rufen wir die Türkei auf, die beiden Konventionen, die in der Charta angesprochen werden, zu unterzeichnen und umzusetzen, nämlich die „*Europäische Konvention für Regional- oder Minderheitensprachen*" und die „*Europäische Rahmenkonvention über den Schutz nationaler Minderheiten*". Wir fordern von der Türkei, die Prinzipien des Multikulturalismus und der Mehrsprachigkeit in den Lokalverwaltungen umzusetzen.



Osman Baydemir in Wien auf einer Veranstaltung zum Ilisu-Staudamm-Projekt, Dezember 2006 Foto: DIHA

♦ Artikel 127 der Verfassung von 1982 sollte verbessert werden, um die Vormundschaft der Zentrale über die Lokalverwaltungen abzuschaffen. Die Türkei hat die Verantwortung, den Anforderungen des Prinzips der Gleichstellung gerecht zu werden, die in diesen Artikel eingeschlossen wurden.

♦ Damit das geschehen kann, sollten im Innenministerium, welches zurzeit für die Lokalverwaltungen zuständig ist, Verbesserungen vorgenommen werden. Der Innenminister kann Bürgermeister von ihren Posten ab- oder versetzen. Diese Befugnis sollte auf die entsprechenden Gerichtshöfe übertragen werden. Darüber hinaus unterliegt der Beitritt jeder Stadtverwaltung zu internationalen Organisationen lokaler Verwaltungen der Erlaubnis des Innenministeriums. Diese Befugnis sollte abgeschafft werden.

♦ Fast alle Stadtverwaltungen in der Türkei haben Probleme, finanzielle Ressourcen für die Lösung akuter lokaler Probleme zu sichern. Die Fonds, die den Lokalverwaltungen vom nationalen Haushalt zur Verfügung gestellt werden, sollten aufgestockt werden, um die Möglichkeiten der Stadtverwaltungen zu verbessern, lokale Probleme zu lösen. In der Zwischenzeit sollten die Bemühungen der Lokalverwaltungen, eigene Finanzquellen zu erschließen, unterstützt werden, um die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Zentralregierung zu vermindern.

♦ Schließlich sollte die Wahlhürde abgeschafft oder wenigstens auf ein vernünftiges Maß reduziert werden. Das ist Voraussetzung für die Umsetzung der Prinzipien der demokratischen Teilhabe und fairen Vertretung. Das soll nicht nur die Lösung der kurdischen Frage ermöglichen, sondern auch den Druck auf DTP-regierte Stadtverwaltungen mindern und sie in die Lage versetzen, den öffentlichen Dienst zu verbessern.

Mit diesen Ideen grüße ich Sie alle mit Respekt.

Vielen Dank für Ihre Geduld.

Die Verleihung des Literaturnobelpreises an Orhan Pamuk

Zuckerbrot und Peitsche

Dr. Elmar Millich

Manchmal ist es der Zufall, der nebeneinanderliegende Dinge zusammenführt und wie in einem Brennglas bündelt. Der 13. Oktober dieses Jahres ist ein solches Datum für die Türkei. An diesem Tag verabschiedete die französische Nationalversammlung ein Gesetz, das die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern mit bis zu einem Jahr Haft bedroht. Wenig später wurde aus Stockholm bekannt, dass der diesjährige Nobelpreis für Literatur an den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk geht.

Es gab sozusagen Zuckerbrot und Peitsche für die empfindliche türkische Seele, wobei sich die türkische veröffentlichte Meinung interessanterweise auch mit dem „Zuckerbrot" schwertat, dem ersten Nobelpreis für einen türkischen Schriftsteller. In der Person Orhan Pamuks waren beide Themenkomplexe – Literatur und Politik – schon vorher miteinander verknüpft. Vor der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels im letzten Jahr äußerte Pamuk in einem Zeitungsinterview, dass die Türkei 1 Million Armenier und 30 000 Kurden ermordet habe, worüber sich keiner zu reden traue. Das Interview brachte ihm eine Anklage wegen „Verunglimpfung des Türkentums" ein, die aber aufgrund internationalen Drucks nicht zu Ende verhandelt wurde. In der durch den französischen Gesetzesbeschluss hochgeputschten nationalistischen Stimmung war dann auch nicht die literarische Leistung von Orhan Pamuk Thema der Auseinandersetzung, sondern seine politische Haltung. Auf den Punkt brachte es die Zeitung „Sabah": „Wirklich erfreut, wirklich glücklich können wir nicht sein. Denn wir können Pamuk nicht als einen von uns ansehen." Der türkische Ministerpräsident Erdogan brauchte immerhin einen Tag Bedenkzeit, bevor er sich zu einem telefonischen Glückwunsch durchrang.

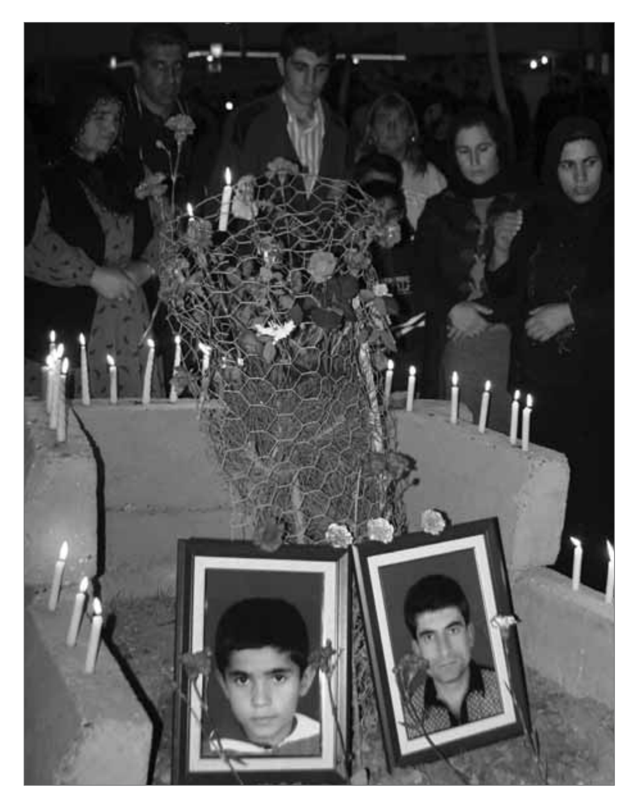
Nun ist es nicht ungewöhnlich, dass sich die türkische Befindlichkeit durch Hinweise auf das Schicksal der Armenier in Rage bringen lässt. Aber auch international stieß die Gesetzesvorlage der französischen Nationalversammlung, die noch von Senat und Präsident bestätigt werden muss, auf wenig Gegenliebe. Vor allem französische Historiker wehrten sich zu Recht, dass geschichtliche Bewertungen per Gesetz festgeschrieben werden, anstatt Gegenstand des wissenschaftlichen Diskurses zu sein. Auch Orhan Pamuk und die türkische Schriftstellerin Elif Şafak, die kürzlich selbst wegen der Behandlung der armenischen Tragödie in ihrem letzten Roman vor Gericht stand, verurteilten das Gesetz als Einschränkung der



Orhan Pamuk — Foto: DIHA

Meinungsfreiheit. Es ist sicherlich problematisch, wenn Staaten damit beginnen, geschichtliche Gräueltaten der „anderen" per Gesetz festzuschreiben und ihre eigenen dabei übersehen. Hier liegt ein gravierender Unterschied zu der in Deutschland gesetzlich verbotenen Leugnung des Holocaust als eines Gesetzes, das sich gegen die Täter im eigenen Land wendet. Hätte die Türkei nicht den gegenteiligen Weg eingeschlagen, die Benennung des Völkermordes an den Armeniern als solches im eigenen Land unter Strafe zu stellen, wäre sicherlich keine französische Nationalversammlung auf diese unglückliche Idee gekommen.

Was sind die Ursachen, dass sich der große Teil der Türkei nicht über den Literaturnobelpreis freuen kann? Oder anders gefragt, worauf will die Türkei stolz sein? Dem ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl wird sinngemäß die Aussage zugeschrieben: „Ein Land, das solche Rennfahrer und Fußballer hat, wozu braucht das Universitäten?" Ähnlich verhält es sich in der Türkei. Wer jeden Tag unter der nationalistischen Parole „Glücklich, wer sich Türke nennen darf" lebt, der braucht keine Bestätigung kultureller und humanistischer Leistung durch das Ausland. Diesem dumpfen Nationalismus wird in der veröffentlichten Meinung der Türkei alles untergeordnet. Noch das trivialste Fußball-Derby gewinnt hier die Bedeutung der heroischen Schlachten der Vergangenheit. Einzelleistungen des Individuums zählen hier nichts, sondern nur das Massenerlebnis: „Die Türkei hat gewonnen, wir haben gesiegt." Dies ist beileibe kein türkisches Phänomen, war sich doch die deutsche „Bild-Zeitung" nicht zu blöd, mit „Wir sind Papst" aufzumachen. In der Türkei ist jedoch das Fatale, dass diese reaktionäre Gesinnung vom Militär genutzt und geschürt wird, um seine Vormachtstellung zu behaupten. Das Problem der türkischen Generalität ist, dass sie der türkischen Gesellschaft für die Zukunft wirklich nichts zu bieten hat. Alles, was sie ihr bieten kann, ist die Vergangenheit. So werden auch ständig die Kriege des letzten Jahrhunderts gekämpft: In Zypern darf sich nichts bewegen, die Armenier- und Kurdenfrage darf nicht thematisiert werden und die PKK muss bis zum letzten Mann niedergekämpft werden. Wer an der türkischen Vergangenheit rüttelt, wie Orhan Pamuk, der rüttelt an der Vormachtstellung der Armee.



Gedenken an den 13-jährigen Uğur Kaymaz und seinen Vater, die am 20. November 2005 von türkischen Sicherheitskräften in Mardin erschossen wurden. Foto: DIHA

Im Gegenzug lässt sich die EU nur allzu gern auf diese Schlachten des letzten Jahrhunderts ein. Als Haupthindernis des türkischen EU-Beitritts wird nicht die mangelnde Demokratiebereitschaft der Türkei angegangen, sondern formale Fragen des freien Handels im Zusammenhang mit dem geteilten Zypern. Eine positive Initiative der französischen Regierung zur Lösung der kurdischen Frage als Reaktion auf den jüngsten Waffenstillstand der PKK wäre für die Demokratie in der Türkei weit hilfreicher als eine fragwürdige gesetzliche Festschreibung der Historie. Orhan Pamuk kritisierte in seiner Rede zur Verleihung des Friedenspreises in Frankfurt auch die Stoibers hier zu Lande: „Es ist das Eine, den türkischen Staat wegen seiner Demokratiedefizite oder seiner wirtschaftlichen Lage zu kritisieren, und es ist etwas anderes, die ganze türkische Kultur oder die türkischstämmigen Menschen herabzuwürdigen, die in Deutschland unter weit schwierigeren Bedingungen leben als die Deutschen selbst."

Die Verleihung des Nobelpreises an Pamuk ist ein Segen. Sie stärkt die rationalen vorwärtsgewandten Kräfte in der Türkei und schafft im Ausland Interesse für die Lösung der wirklichen Probleme. Nur durch ein internationales Zusammenwirken der zivilgesellschaftlichen Organisationen können der türkische Nationalismus und der europäische Rassismus überwunden werden, die die offiziellen Beitrittsverhandlungen z. Zt. prägten. Nicht zuletzt ist die Verleihung auch gerecht. Der Schriftsteller Orhan Pamuk, der er immer vor allem sein will, hat bereits die europäische Literatur bereichert. ♦

Die Flut ist die größte Umweltkatastrophe der letzten fünfzig Jahre in Kurdistan

Bilanz der Flut liegt vor Augen

Serdar Eroğlu

Der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan kritisierte am 6. November 2006 während einer Erklärung die Aufmerksamkeit der kurdischen Medien bezüglich der Flut in Kurdistan mit den Worten „Sie bauschen die Überschwemmungskatastrophe auf". Am selben Tag wurden Zahlen veröffentlicht, die das Ausmaß der Katastrophe zum Ausdruck brachten: 46 Menschen hatten ihr Leben verloren, Zehntausende wurden von einem Tag auf den anderen obdachlos.

Diese Flut ist die größte Umweltkatastrophe der letzten fünfzig Jahre in Kurdistan.

Nach einer Erklärung des *Bundes der Stadtverwaltungen in Südostanatolien* entstand im Zeitraum vom 27. Oktober bis zum 6. November in den Städten Diyarbakır, Şırnak, Urfa und Hakkari ein Schaden von 300 Millionen Dollar.

Wie ist es zu erklären, dass die Flut so enorme Auswirkungen hatte? In den 90er Jahren hatten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und der türkischen Armee verschärft. Parallel wurden Tausende von kurdischen Dörfern vom türkischen Militär geräumt. Nahezu eine Million kurdische Dorfbewohner zogen daraufhin in Städte wie Diyarbakır und Batman. Diese Binnenmigration führte in vielen Städten zu fehlerhafter Urbanisierung und enorm überlasteter Infrastruktur. Das Ergebnis liegt vor Augen.

Diese Binnenflüchtlinge, deren Dörfer zerstört und geräumt worden sind, die ihren gesamten Besitz verloren haben, aus dem Produktionsprozess gerissen wurden, sind in den Städten, in die sie geflüchtet sind, in Randgebieten untergekommen, in denen keinerlei Sicherheit gewährleistet ist. Und so traurig es auch ist, die zuständigen Behörden haben dies nicht zur Kenntnis genommen und somit den Boden für die Katastrophe bereitet.

Eine Unterkunft ist ein grundlegendes menschliches Bedürfnis. In der Türkei, in der dieses Bedürfnis verfassungsrechtlich festgehalten ist, gibt es keinerlei praktische Sicherstellung dieses Rechts. Die Mentalität, die diese mittellosen und ausweglosen Menschen dazu treibt, in solchen Gegenden zu leben, hat die soziale Katastrophe in eine Naturkatastrophe verwandelt.

Der Bericht einer Delegation, die von KESK (*Konföderation der Gewerkschaften der Staatsbediensteten*) und Genel-Iş (*Gewerkschaft im Dienstleistungswesen*) nach Hakkari entsandt worden war, beschreibt das Ausmaß der Katastrophe vollends. Die Delegation, die vom 3. bis zum 5. November Untersuchungen in Hakkari anstellte, erwähnt in ihrem Bericht Folgendes: Die Ursache für die Katastrophe in Şemdinli liege in der seit Jahren vernachlässigten Infrastruktur der Stadt, für die keinerlei Investitionen getätigt werden und die insgesamt absolut unzureichend ist. Des Weiteren habe die gewaltvolle Umsiedlung der Menschen zu einer fehlerhaften Urbanisierung geführt.

Im Bericht heißt es weiter: „Während Anstrengungen für die Lösung dieser seit Jahren bestehenden Probleme hätten unternommen werden sollen, ist genau das Gegenteil geschehen – nichts wurde unternommen. Darüber hinaus hat man – obwohl Menschen ihr Leben verloren hatten – weder sofort interveniert noch das Gebiet zum Katastrophengebiet erklärt. Dem Geschehen ist



Aufräumarbeiten in den von der Flut betroffenen Gebieten Foto: DIHA

einfach nicht die notwendige Aufmerksamkeit entgegengebracht worden."

Im Bericht der Delegation wird unterstrichen, dass den betroffenen Stadtverwaltungen die notwendige Unterstützung nicht zugekommen sei, obwohl klar war, dass sie aus finanzieller und technischer Sicht nicht ausreichend gerüstet waren: „In Zukunft muss man sich darüber bewusst sein, dass noch größere Katastrophen auftreten können. Man hat sich diesem Bewusstsein entsprechend zu verhalten und die Stadtverwaltungen in dieser Sache zu unterstützen sowie finanziell zu stärken. Als akuter Aktionsplan muss das Gebiet so schnell wie möglich zum Katastrophengebiet erklärt werden. Außerdem sind wir zu dem Schluss gekommen, dass Regierungsrepräsentanten in solchen Fällen vor Ort der Bevölkerung das Gefühl geben müssen, dass sie nicht allein sind."

Jedoch beschreibt der Bericht der Delegation nur einen kleinen Teil des Gesamtbildes von Kurdistan. Es ist nicht nur ein Problem der überfluteten Gebiete. Insgesamt bestehen in den kurdischen Städten große Lücken bei der Stadtplanung. Als Beispiel lässt sich an dieser Stelle anfügen, dass plötzliche klimatische Veränderungen im Westen des Landes durch Frühwarnsysteme in İstanbul-Çatalca, Zonguldak-Ereğli, Balıkesir-Balya und Ankara-Elmadağ gemeldet werden können. Für die kurdischen Gebiete existiert jedoch kein einziges Frühwarnsystem.

Die Bilanz der Flut liegt vor Augen. Die paradoxe und gespaltene Annäherung der offiziellen Eliten fügt dieser Bilanz jedoch eine weitere Härte hinzu. Die Haltung des Premierministers Erdoğan ist in gleichem Maße tragisch. Dass Erdoğan den für den 6. November geplanten Besuch des Gebiets unter verschiedenen Vorwänden verschob und die Äußerung von der Übertreibung machte, hat Salz in die Wunden der Bevölkerung gestreut. Zugleich sind regierungsnahe Hilfsorganisationen, vor allem der *Rote Halbmond*, ihren Hilfsversprechungen nicht nachgekommen und führten somit die Politik der Regierung vor Augen.

Alle sind sich darüber bewusst, dass die Stadtverwaltungen in den kurdischen Gebieten finanziellen Embargos ausgesetzt sind und politisch isoliert werden. Aus diesem Grund ist es nur verständlich, dass diese Stadtverwaltungen entsprechend den Forderungen aus der Bevölkerung ihre politischen Aktivitäten ausgehend von der kurdischen Frage unternehmen. Die Regierungsvertreter kamen bei ihren Besuchen des Gebiets keineswegs mit Vertretern der lokalen Administration zusammen. Sie sahen ihre Ansprechpartner in Personen und Institutionen, die auf Worte keinerlei Taten folgen lassen und mit allen möglichen Methoden jegliche Anstrengungen der Verwaltung zunichtemachen. Dies ist nur ein weiteres Beispiel für die Haltung der Regierung gegenüber den Stadtverwaltungen in den kurdischen Gebieten. Unklar ist, ob die Versprechen verschiedener Ministerialvertreter und Bürokraten, die das Gebiet während und nach der Flut besucht hatten, eingehalten werden oder nicht. Während der Vorsitzende des *Roten Halbmonds* stolz verkündete, dass sie in Çınar ein Zeltlager aufgebaut hätten, mussten die Menschen dort in Moscheen und Trümmern Zuflucht suchen. Denn obwohl sie sich darüber beschwerten, dass die Zelte auf nassem Boden aufgebaut worden waren, haben die Verantwortlichen keinerlei Versuch zur Lösung des Problems unternommen. Die Forderungen der Stadtverwaltungen zur Bereitstellung von Hubschraubern für die ansonsten nicht zu erreichenden Dörfer wurden unter verschiedenen Vorwänden abgelehnt. Und auch der Vorsitzende des *Roten Halbmonds* behauptete, dass Hilfspakete auf dem Rücken von dreißig Maultieren nach Şırnak geschickt worden seien, wo doch aufgrund der Überschwemmung kein Zugang nach Sırnak möglich war. Hätte wirklich eine solche umfassende Mobilisierung stattgefunden, wären der Bevölkerung diese Hilfen doch auch auf irgendeine Weise zugegangen. Jedoch sieht man von alldem leider überhaupt nichts.

Der türkische Staat beharrt selbst bei humanen Katastrophen auf seiner paradoxen Haltung. Dies illustriert noch einmal die Wirklichkeit des türkischen Staates: Eine Wirklichkeit, die jegliche oppositionelle Haltung als „Separatismus" anprangert, die Gefangene ihrer eigenen Segregationspolitik mit ständigen „separatistischen" Reflexen ist. Ein großer Teil der Flutopfer kommentiert dieses Paradox so: „Warum fällt es einem Staat, der bei der Tsunami-Katastrophe innerhalb von drei Stunden präsent war, so schwer, in dieses Gebiet zu kommen?" Dieses Paradox, im sozialen Gedächtnis des kurdischen Volkes fest verankert, wurde von türkischen Medien überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Aber können diese Medien nicht verstehen, dass die während des Krieges gewaltvoll umgesiedelten Menschen, die ihre unter schwierigsten Bedingungen aufgebauten Bleiben erneut verloren haben, als neue Migrationswelle in die Großstädte der Türkei kommen werden, wenn der Staat sich nicht vor Ort um Lösungen kümmert? Wenn man bedenkt, dass der Winter vor der Tür steht, ist die Möglichkeit einer solchen neuen Migrationswelle gar nicht einmal so unwahrscheinlich. ♦

Bilanz der Flutkatastrophe in Kurdistan

Nach Angaben der *Vereinigung der Stadtverwaltungen in Südostanatolien* (GABB) sind bei der Flutkatastrophe in den kurdischen Provinzen im November 46 Personen getötet und 13.519 Häuser beschädigt worden. Der materielle Schaden beträgt 97.580.000 YTL. Quelle: DIHA, 05.12.2006, ISKU

Die ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V. bittet um Spenden auf das Konto:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Postbank Köln
Bankleitzahl: 370 100 50
Kontonummer: Nr.: 3968 506
Kennwort: **Flut**
weitere Informationen auf der Internetseite der ISKU:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/flutkatastrophe/index.htm

Die Realität des schmutzigen Krieges aufgedeckt

20 Jahre – Menschenrechtsverein İHD

Selahattin Demirtaş, Rechtsanwalt und İHD-Vorsitzender Diyarbakır

Als der *Menschenrechtsverein* İnsan Hakları Derneği (İHD), im Jahr 1986 gegründet wurde, war er der erste Verein, der sich mit den Menschenrechten in der Türkei beschäftigte. Das „Abenteuer" mit dem İHD, der in diesem Jahr seinen zwanzigsten Geburtstag feiert, spiegelt zugleich die inoffizielle Geschichte der Türkei wider. Ehrlich gesagt bin ich mir nicht ganz sicher – das Erlebte, die Errungenschaften und die Verluste in den zwanzig Jahren mal zur Seite gestellt –, ob man sich über das zwanzigjährige Bestehen des İHD freuen oder es bedauern sollte. Ich denke, ein Bedauern ist im Grunde genommen eher angebracht – und zwar vor dem Hintergrund, dass in der Welt der Kampf für die Menschenrechte schon annähernd 150 Jahre andauert und ein Menschenrechtsverein in der Türkei demgegenüber erst seit zwanzig Jahren tätig ist. Aber im gleichen Moment denke ich natürlich, dass es äußerst erfreulich ist, dass der İHD es schafft, in einem Land, in dem ständig politische Parteien verboten und aufgelöst werden, in dem andauernd die Türen von Vereinen, Gewerkschaften und Stiftungen versiegelt werden, sich seit zwanzig Jahren auf den Beinen zu halten und sich erfolgreich gegen die eigene Schließung zu wehren. Zwanzig Jahre sind im Kontext der Türkei also sowohl sehr kurz als auch sehr lang.



Selahattin Demirtaş Foto: DIHA

Mit den Ergebnissen der 13. ordentlichen Vollversammlung vom 4.–5. November 2006 wird der İHD weiter seinen Weg gehen. Eine Handvoll Menschen, die in den Jahren der Terrorisierung durch den Faschismus, nach dem Militärputsch vom 12. September 1980, als Angehörige der Gefangenen zusammenkamen und den İHD gründeten, haben wahrscheinlich selbst nicht davon geträumt, dass dieser Verein eines Tages die größte Menschenrechtsorganisation der Türkei sein würde. Die selbstlose und bescheidene Arbeit, mit der anfänglich das Aufmerksammachen des Gehörs der Weltöffentlichkeit auf die erlittene Folter von Kindern, Ehepaaren, Geschwistern und Eltern angestrebt wurde, entwickelte sich in kurzer Zeit zur Wiege einer im ganzen Land ersehnten Menschenrechtsbewegung.

Die gesamte Türkei befand sind in einer Phase permanenter Unterdrückung, in der sogar die winzige Forderung nach Freiheit mit staatlichem Terror beantwortet wurde. Jede/r, die/der zu dieser Zeit von Recht und Gerechtigkeit sprach, wurde bestraft. Dem İHD ist es in einer solchen Atmosphäre durch seine mutigen Vorstöße gelungen, sich in kurzer Zeit zu einer gemeinsamen Kampfplattform zu entwickeln, in der sich jede/r Unterdrückte artikulieren und organisieren konnte. In einer Atmosphäre, in der es Organisierungsfreiheit nicht gab, fanden auf erstaunliche Weise alle demokratischen politischen Auffassungen ihre Vertretung im İHD. Mit der menschenrechtlichen Arbeit des Vereins wurde im Wesentlichen die Realität des in der Region anhaltenden schmutzigen Krieges schrittweise aufgedeckt sowie Rechtshilfe für Menschen geleistet, die den unzähligen Verletzungen der Grund- und Menschenrechte ausgesetzt waren. Mit den durchgeführten Aktionen und Kampagnen wurde versucht, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei zu lenken. Auch auf den Straßen, die von Angst beherrscht waren, ging der İHD, mit weiteren Mitstreitern für Freiheit und die Menschenrechte, mutig gegen den Faschismus vor. Diese Aktivitäten zeigten schon bald ihre

İHD: 338 Tote in neun Monaten

Auf einer Pressekonferenz im Menschenrechtsverein İHD in Diyarbakır ist die Bilanz der Menschenrechtsverletzungen im Zeitraum Januar bis September 2006 in den kurdischen Gebieten der Türkei veröffentlicht worden. Demnach sind bei Kämpfen in der Region 338 Menschen getötet worden. In 1412 Fällen wurde eine Verletzung der Meinungsfreiheit registriert. Gemäß den an den Verein gestellten Anträgen haben insgesamt in den ersten neun Monaten des Jahres 6 640 Menschenrechtsverletzungen stattgefunden.

Im Abschnitt „Verletzungen der Menschenrechte von Frauen" des İHD-Berichts sind drei Ehrenmorde, sechs „zweifelhafte" Todesfälle von Frauen sowie 34 Fälle von Gewalt, davon 29 innerfamiliär, verzeichnet.
Quelle: DIHA, 20.10.2006, ISKU

Wirkung und der Verein entwickelte sich in den Augen der Bevölkerung zu einem vertrauenswürdigen und in weiten gesellschaftlichen Kreisen respektierten Sammelpunkt.

Im gleichen Maße, in dem sich in der Bevölkerung Hoffnung und Zuversicht entwickelten, erweckte der İHD bei den Unterdrückern Gegenreaktionen und Hass. Denn mit der geleisteten Arbeit entblößte sich die Maske der Folterer und derjenigen, die Dörfer verbrannten und zerstörten und außergerichtliche Hinrichtungen vornahmen. Seit dieser Zeit gilt der İHD diesen Kräften als Feind, der eliminiert werden muss/te. Am Anfang nahmen die Drohungen gegen Führungspersonen und Mitglieder des İHD zu. Gefolgt wurde das von Festnahmen, Folter und Gefängnisstrafen. Als ersichtlich wurde, dass diese Repressionen die Arbeit des İHD nicht aufhalten würden, wurden extralegale Hinrichtungen Tagesordnung. Im Zeitraum von 1993–1997 wurden insgesamt 22 İHDlerInnen, viele von ihnen Führungspersonen, durch so genannte unbekannte Täter ermordet. Aber der Funke, der durch den Kampf für Recht und Freiheit entzündet worden war, war schon längst in ein Feuer verwandelt, so dass der Verein sich, mit noch größerer und noch weiter gehender Unterstützung aus der Bevölkerung, zu einer Organisation mit Zehntausenden Mitgliedern entwickelte. Trotz der ermordeten 22 İHDlerInnen, trotz hunderter eingeleiteter Verfahren und Verhaftungen unzähliger Mitglieder ist der İHD heute mit 15 000 Mitgliedern und Büros in 33 Städten die größte Menschenrechtsorganisation der Türkei.

Der Hauptgrund für die Stärkung des İHD – wie auch für die Repressionen gegen ihn – ist die realistische und mutige Annäherung des Vereins an die kurdische Frage. Gegen die Unterdrückungs-, Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der Türkei gegenüber den KurdInnen hat der İHD unter den herrschenden Bedingungen die Grundrechte und Freiheiten verteidigt, die an KurdInnen verübte Gewalt dokumentiert und sich mit den Betroffenen solidarisiert. Aus diesem Grunde hat der İHD für sie auch eine besondere Bedeutung.

Obwohl aufgrund des begonnenen Beitrittsprozesses zur EU im Jahre 2000 einige Verbesserungen in der Menschenrechtsfrage, zumindest auf dem Papier, zu verzeichnen sind, bestehen in unserem Land die wesentlichen Probleme bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte noch immer in ungebrochener Intensität. Weil die Menschenrechtsverletzungen mit jedem Tag stärker thematisiert werden – und dadurch nicht vertuscht werden können –, entwickeln sich aber auch immer wieder Möglichkeiten für eine Lösung der genannten Probleme.

Es war der İHD, der mit seiner mutigen und selbstlosen Arbeit den Begriff der Menschenrechte in der Türkei einführte und auf die Tagesordnung setzte. Auch wenn sich die heutigen Bedingungen im Vergleich zu früher verbessert haben, hält die Repression gegenüber den MenschenrechtsverteidigerInnen in unterschiedlicher Weise an. Noch immer werden Gerichtsverfahren gegen İHDlerInnen eröffnet. Noch immer werden MenschenrechtlerInnen zu Gefängnisstrafen verurteilt, die privaten und dienstlichen Telefone abgehört und E-mails rechtswidrig beobachtet. Auch die Bedrohung und Angriffe durch vom Staat unterstützte nationalistische Kreise finden weiterhin statt.

Die Auseinandersetzung mit all diesen Repressionen hat gezeigt, dass der İHD entschlossen ist und würdevoll und ohne Zugeständnisse, den Preis für die Freiheit zahlend, seinen Weg unbeirrt beschreiten wird. Solange der Glaube der Menschen an Menschenrechte, Demokratie und Freiheit anhält, wird der İHD an der Seite des Volkes und derjenigen, die im Recht sind, stehen. ♦



Schutz vor der Hitze Foto: DIHA

Zwischen Feier und Strafverfolgung:

Kurdisches Linux in Diyarbakır vorgestellt

Reimar Heider

Es sollte eine ganz große Feier werden. Für den 19. November hatte die Stadtverwaltung der Altstadt von Diyarbakır (Sur Belediyesi) zu einem Empfang anlässlich der Vorstellung von Ubuntu 6.10, dem „ersten kurdischen Betriebssystem", geladen. In zweieinhalbjähriger Arbeit hatten die Mitglieder der Gruppe „PCKurd" große Teile der Linux-Benutzeroberfläche und einige Anwendungsprogramme ins Kurdische übersetzt und damit wichtige Pionierarbeit geleistet. Die Stadtverwaltung hatte diese Arbeit einige Monate lang unterstützt und anlässlich der Vorstellung 1000 CDs des freien Betriebssystems gebrannt, um sie kostenlos zu verteilen.

Doch bereits am Abend der Präsentation brauten sich Sturmwolken über der Veranstaltung zusammen. Während der gleichzeitig stattfindenden 4. Literaturtage Diyarbakır hatte die Polizei bereits eine im lokalen Fernsehen Gün-TV übertragene Live-Diskussion gestürmt, nun verlangten Sondereinsatzkräfte der Polizei Zutritt zum Hotelsaal im Diyarbakırer Class Hotel, um die gesamte Veranstaltung zu filmen, was die Veranstalter jedoch nicht zuließen. Prominenz aus Politik und Kultur ergriff dann das Wort, um die Bedeutung des Ereignisses zu kommentieren.

Der wohl bekannteste lebende kurdische Literat, Romanautor Mehmet Uzun, sprach von „einem großen Tag für die kurdische Sprache" und beklagte die immer noch fehlende Standardisierung des Kurdischen, die weiteren Fortschritt behindere. Oberbürgermeister Osman Baydemir betonte, der Gebrauch des Kurdischen richte sich keinesfalls gegen andere Sprachen wie das Türkische, sondern sei als zusätzlicher kultureller Reichtum zu verstehen. Den dramatischen Höhepunkt vor der eigentlichen Präsentation setzte der Gastgeber, Bürgermeister Abdullah Demirbaş, der weitere Schritte seines Projektes zur multilingualen Stadtverwaltung ankündigte, in der auch das freie, vielsprachige Computerbetriebssystem Linux eine wichtige Rolle spielen werde.

Zu Beginn der Ubuntu-Präsentation auf der Großbildleinwand wurde ein kurzer Film mit Nelson Mandela eingespielt, in dem der südafrikanische Expräsident die Bedeutung des Begriffes „Ubuntu" erläutert, der aus der Zulusprache kommt und mit „Menschlichkeit gegenüber anderen" nur unzureichend zu übersetzen ist. Die Linuxdistribution „Ubuntu", ein aus freier Software bestehendes alternatives Betriebssystem für Computer mit Programmen für alle gängigen Anwendungen, hat ihre Wurzeln ebenfalls in Südafrika. Der exzentrische Milliardär und Weltraumtourist Mark Shuttleworth finanziert die Distribution mit einer Stiftung und leitet selbst die Arbeit an dem System. Eines der Prinzipien der Ubuntu-Philosophie ist die Unterstützung für möglichst viele Sprachen, was auch für Südafrika mit seiner Sprachenvielfalt eine Notwendigkeit darstellt.

Die Präsentation des Betriebssystems selbst übernahmen Mitglieder der Gruppe „PCKurd.net", die den Löwenanteil an der Übersetzung der Linuxdistribution „Ubuntu" hatten. Auf einer Leinwand demonstrierten sie spektakuläre grafische Effekte ebenso wie kurdische Rechtschreibkontrolle, kurdischen Kalender und natürlich die kurdischen Versionen bekannter Computerprogramme wie Firefox, OpenOffice.org und Gaim. Die Unterstützung für die kurdische Sprache sei nicht der einzige Vorteil gegenüber Windows, sondern erhöhte Sicherheit, Konfigurierbarkeit, Stabilität, geringerer Preis und bessere grafische Effekte sprächen ebenso für das freie Betriebssystem. Entscheidend für die meisten Besucher, darunter TeilnehmerInnen der Literaturtage und der gleichzeitig stattfindenden Sprachkonfe-



Abdullah Demirbaş
Foto: wiki.ubuntu.com/Ubuntu_in_Diyarbakir



Melle Foto: wiki.ubuntu.com/Ubuntu_in_Diyarbakır

renz, war jedoch die fast komplette kurdische Sprachunterstützung, insbesondere die Rechtschreibkontrolle.

Die Reaktionen der rund 400 anwesenden geladenen Gäste reichten so von Erstaunen bis Begeisterung. Beliebtes Fotomotiv war ein nicht mehr ganz junger Melle mit Vollbart und traditionellem Kopftuch, der erste Computergehversuche an einem Linux-Laptop unternahm. Das große Medieninteresse – vier Fernsehkanäle und diverse Nachrichtenagenturen hatten Korrespondenten entsandt – resultierte in einer Vielzahl von Presseberichten an den folgenden Tagen, die leider oftmals am Thema vorbeigingen. Vielleicht hatten einige der Journalisten auch Probleme mit der kurdischen Sprache, die sich in Diyarbakır immer mehr Raum erkämpft.

Wenige Tage später allerdings kam das böse Erwachen. Der Oberstaatsanwalt Diyarbakırs hat ein Ermittlungsverfahren gegen Bürgermeister Abdullah Demirbaş in Zusammenhang mit der Präsentation des kurdischen Linux eingeleitet. Zwar waren die genauen Vorwürfe bis zum Redaktionsschluss nicht zu erfahren, offenbar ist den Autoritäten jedoch sein Konzept einer multilingualen und multikulturellen Stadtverwaltung ein großer Dorn im Auge. Etliche Strafverfahren laufen bereits deswegen, den Prozess wegen des Konzeptes selbst hat Demirbaş allerdings gewonnen.

Unabhängig davon, ob die türkische Justiz dem weitere Steine in den Weg legt, ist es eine interessante Frage, wie groß der Beitrag freier Software für die informationstechnologische Infrastruktur chronisch in Unterentwicklung gehaltener Regionen wie Kurdistan sein kann. Linux fördert insbesondere bei computertechnisch versierten Anwendern das Verständnis für die Funktion der Software und bietet durch seine Quelloffenheit einzigartige Lern- und Studienmöglichkeiten.

Ein anderes Argument sind die Lizenzkosten bzw. die zunehmende juristische Verfolgung von so genannten „Raubkopien". In der Türkei wird vielfach so genannte „raubkopierte" Software benutzt, also unlizensierte Kopien proprietärer Software wie Microsoft Windows und Microsoft Office. Legale Lizenzen sind teuer, weswegen viele Stadtverwaltungen und andere öffentliche Institutionen in vielen Teilen der Welt schon allein aus Kostengründen erwägen, auf freie Software wie Linux und OpenOffice.org umzusteigen. Dem entgegen stehen oft Befürchtungen, Umschulungen könnten die Institutionen letztlich teurer zu stehen kommen.

Genau dieses Argument fällt jedoch dort weg, wo das allgemeine Niveau der Computerkenntnisse ohnehin niedriger ist. Der Einstieg in Linux für Menschen, die noch nicht an ein bestimmtes System gewöhnt sind, ist nicht mehr schwieriger als für andere Systeme. Wenn man dazu noch berücksichtigt, dass das Erlernen von Computerkenntnissen allgemein in der Muttersprache leichter fällt, gewinnt das Argument der freien Konfigurierbarkeit freier Software an Bedeutung, wozu auch der mehrsprachige Betrieb gehört. Hier hat Linux ganz klar die Nase vorn, es gibt schlicht (noch) kein kurdisches Windows.

Abgesehen von technischen und finanziellen Erwägungen ist jedoch einer der attraktivsten Aspekte freier Software die dahinterstehende Philosophie des Teilens und der gegenseitigen Unterstützung. Diese Philosophie hat es ermöglicht, dass durch überwiegend freiwillige und unentgeltliche Mitarbeit ein Betriebssystem entstanden ist, das der proprietären Konkurrenz in jeder Hinsicht das Wasser reichen kann, sie in vielen Punkten sogar längst übertrifft. Das Modell einer dezentralen, kollaborativen Entwicklung kann besonders in noch nicht völlig durchkapitalisierten Regionen, wozu auch Kurdistan zählt, zum Ausgangspunkt für alternative Konzepte werden.

Unter diesen Gesichtspunkten ist Kurdistan ein geradezu ideales Einsatzgebiet für freie Software. Zu hoffen bleibt also, dass das kurdische Linux sich bald einen breiten Benutzerkreis erwerben kann. Da Windows nach bisherigem Kenntnisstand in absehbarer Zeit nicht auf Kurmancî, sondern allenfalls auf Soranî erscheinen wird, ist Linux in Nordkurdistan im Augenblick konkurrenzlos unter den Betriebssystemen. Da es von wesentlichen Anwendungen auch kurdische Windowsversionen gibt, steht einer Ausweitung der Computernutzung auf Kurdisch – außer staatlicher Repression – nur eines im Wege: die Macht der Gewohnheit, die allzu oft noch den Umstieg auf freie Alternativen verhindert. ♦

KARDELEN – ein Frauenhaus stellt sich vor

KARDELEN – Frauenhaus der Gemeinde Bağlar

Angesichts des Patriarchats, das bis in alle Lebensbereiche eingedrungen ist, ist es eine Notwendigkeit für die Frauenbewegung, sich stärker zu aktivieren. Ziel ist, dass Frauen sie selbst sein können, aus ihrer gesellschaftlichen Position als „Gehilfin/Ersatz“ in gesellschaftlich aufgeklärte Verhältnisse schlüpfen können und somit Kraft zur Lösung von Problemen aufbringen.

Wenn wir die Realität unserer Region vor diesem Hintergrund behandeln, so kommen wir nicht umhin, die Auswirkungen der Gewaltatmosphäre vor allem nach 1980 auf die Frauen und ihre Zerstörungen zu betrachten. Als Fraueneinrichtung in Diyarbakır wissen wir, dass sich aufgrund des Krieges, seit den 90er Jahren bis heute, die Bevölkerungszahl der Stadt um das Dreifache erhöht hat. Die Stadt hat eine große Zahl von Flüchtlingen aus den ländlichen Regionen und den umliegenden Provinzen aufgenommen. Das wiederum führte zu neuen Problemen, die ebenfalls negative Auswirkungen auf die Frauen haben. Die Gewalt an Frauen in Diyarbakır ist eine der gravierendsten und einschneidendsten Folgen der Rückständigkeit der Region. Die Auswirkungen zeigen sich im Leben der Frauen nach der Flucht in erlebten Traumata, Gewalt, Vergewaltigung, Belästigung, Prostitution, „Ehren“morden, Selbstmorden und sexueller Diskriminierung. Die weiterhin bestehende Gewaltatmosphäre stellt eine negative Situation für die Frauen dar, weil die Unterdrückung der Frau durch traditionelle Wertmaßstäbe und die männliche Mentalität sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich fortbestehen.

Frauen, die innerhalb der Gesellschaft vereinsamen, benötigen Personen und Institutionen, die sie unterstützen, ihnen Wege aufzeigen und sie verstehen. Ausgehend von diesem Bedürfnis ist das Frauenhaus KARDELEN in der Gemeinde Bağlar im Dezember 2004 gegründet worden und hat sich somit den Institutionen angeschlossen, die Dienste für Frauen leisten.

Das Frauenhaus KARDELEN wurde mit der Zielsetzung gegründet, die Frauen am ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben zu beteiligen, Untersuchungen über die ökonomischen, sozialen, kulturellen und psychologischen Probleme von Frauen und Kindern durchzuführen, Lösungswege und -methoden zu entwickeln, Beratungen anzubieten, die Solidarität zu fördern und durch die Stärkung der Frau ihren Status zu erhöhen.

Wir führen Untersuchungen durch, mit denen wir die Probleme, Bedürfnisse und Wünsche der Frauen feststellen. Mit der Zielsetzung, die Sichtweise der Gesellschaft auf Frauen und die Frauenfrage zu ändern, die Folgen der inneren und äußeren Flucht festzustellen, zur Veränderung der Familienstrukturen und des Status der Frauen beizutragen, die sozialen, kulturellen, ökonomischen und rechtlichen Ursachen der sexuellen Diskriminierung der Frauen zu recherchieren und Vorkehrungsmaßnahmen gegen die sexuelle Diskriminierung zu entwickeln.

Mit sozialer und psychologischer Beratung versuchen wir, dazu beizutragen, dass Frauen ihre Sichtweise und differenzierte Wahrnehmung sowie ihre Fähigkeit, Probleme zu lösen, entwickeln können. Wir versuchen, Lösungen für die physischen, psychischen, wirtschaftlichen, sexuellen und sozialen Probleme, die durch die Gewalt entstehen, zu erarbeiten. Wir bieten auch juristische Beratung für Frauen, die von Gewalt betroffen sind.

Durch Kurse zur Förderung der Geschicklichkeit und beruflich verwertbarer Kenntnisse versuchen wir, dazu beizutragen, die Teilnahme der Frauen am ökonomischen Leben zu intensivieren. In diesem Sinne bieten wir kostenlose Kurse in Handarbeit, Malerei, Musik sowie Alphabetisierungs- und Computerkurse an.

Im Handarbeitskurs erlernen Frauen Holz- und Stoffmalerei sowie die Fertigung von Schmuckstücken. Es gibt technische Kurse, wir machen Ausflüge, versuchen dazu beizutragen, dass die Frauen sich weiterentwickeln und sich am Informationsaustausch beteiligen. Mit diesen Bildungsangeboten entwickeln die Frauen zum einen ihr Selbstbewusstsein und zum anderen tragen sie durch die Vermarktung ihrer Produkte zum Familieneinkommen bei.

Bei den Computerkursen wurde Frauen aus niedrigen wirtschaftlichen Verhältnissen und Flüchtlingen Vorrang eingeräumt. Unser Ziel ist es, durch diese Kurse den Frauen die Technologie näherzubringen und ihre Arbeitsmöglichkeiten zu verbessern.

Zur Entwicklung des Bewusstseins von Frauen bieten wir Bildungsmöglichkeiten (pädagogische Aktivitäten) an wie Seminare in den Bereichen Recht, Gesundheit, Kommunikation. Im Rahmen der Bewusstseinsförderung bieten

wir für kleine Gruppen Workshops u. a. zu den Themen Menschenrechte, Frauenrechte, gesellschaftlicher Sexismus, Feminismus an. Durch die Organisierung sozialer, kultureller und künstlerischer Aktivitäten versuchen wir, die Entwicklung der Frauen in allen Bereichen zu ermöglichen. Wir haben auch einen Frauenchor, KARDELEN, der aus 21 Mitgliedern besteht. Um unsere Unterstützung für die Frauen verstärken zu können, stellen wir Projekt-Förderanträge. Im Rahmen des Aktionsprogramms der EU für berufliche Bildung „Leonardo da Vinci 2004" haben wir uns mit einem Projekt beteiligt. Im Rahmen dieses Projektes konnte eine fünfköpfige Gruppe aus Vertreterinnen des Frauenhauses KARDELEN, von DIKASUM und EPI-DEM für die Zeit vom 4. bis zum 18. September 2005 in die Schweiz reisen, damit sie sich mit anderen Frauen über die Solidarität von Fraueneinrichtungen austauschen konnten. Das Hauptziel des Frauenhauses KARDELEN besteht darin, im Leben der Frauen soziale, ökonomische, kulturelle und rechtliche Verbesserungen zu erzielen, den gesellschaftlichen Status der Frauen zu erhöhen sowie das Bewusstsein der Frauen und ihre Kritikfähigkeit zu stärken.

Durch die Organisierung sozialer, kultureller und künstlerischer Aktivitäten versuchen wir, die Entwicklung der Frauen in allen Bereichen zu ermöglichen.

Die Bildungsangebote als Mittel, die Frauen zu erreichen, erfuhren ein ihre Kapazität weit übertreffendes Interesse. Wir haben zwar unser Ziel erreicht, aber wegen der vielen Probleme sind wir zeitweise bei der Lösung ins Stocken geraten. Unser Hauptziel besteht darin, Frauen, die von Gewalt betroffen sind und keine Bleibe haben, Unterkunftsmöglichkeiten zu bieten und den internationalen Markt für ihre Erzeugnisse (Produkte) zu erschließen.

Damit wir mit unserer Arbeit noch mehr Frauen erreichen können, arbeiten wir nach Bedarf mit nationalen und internationalen Institutionen, Organisationen und Einrichtungen, mit Regionalverwaltungen, mit NGOs, Berufsverbänden und Universitäten zusammen und erstellen entsprechende Projekte. Wir sind weiterhin auf finanzielle Unterstützung auf nationaler und internationaler Ebene angewiesen, um unsere Ziele erreichen zu können.

Arbeitsbereiche des Frauenhauses KARDELEN:

1. Wissenschaftliche Untersuchungen und Recherchen

a) Untersuchungen zur Feststellung, welche gesellschaftliche Stellung Frauen und Kinder haben.
b) Recherchen und Umfragen durchführen, mit denen Probleme, Bedürfnisse und Wünsche von Frauen und Kindern erfasst werden können.
c) Feststellung, wie die Frau und die Frauenfrage in der Gesellschaft gesehen werden und wie diese Sichtweise verbessert werden kann.
d) Die Bestimmung von demographischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Strukturen sowie von Quellen, die bei der Lösung der Frauenfrage genutzt werden können.
e) Untersuchungen von Ursachen, warum Menschen Straftaten begehen und schlechte Angewohnheiten annehmen, und mögliche Lösungsansätze.
f) Die Auswirkungen von innerer und äußerer Flucht, Bestimmung der Veränderung der Familienstruktur und des Status der Frau.
g) Bestimmung von sozialen, kulturellen, ökonomischen und rechtlichen Mitteln der geschlechtlichen Diskriminierung und Vorkehrungsmaßnahmen hiergegen.
h) Untersuchungen über die Gewalt an Frauen.

2. Unterstützung durch Beratung, Begleitung und Unterkunft

a) Bei der Lösung der Probleme wird den Frauen durch Beratung und Begleitung Hilfestellung angeboten.
b) Durch Erlernen neuer Sichtweisen und kritischer Wahrnehmung die Fähig-

Kaffeehausveranstaltungen zum Thema Gewalt gegen Frauen

Fraueneinrichtungen in Diyarbakır haben aus Anlass des internationalen Tages „Nein zu Gewalt gegen Frauen" am 25. November in fünf (traditionell ausschließlich von Männern besuchten) Kaffeehäusern Veranstaltungen durchgeführt. Die von den anwesenden Männern dabei hervorgebrachten Gedanken legen in tragisch-komischer Weise den männlichen Blickwinkel auf die Problematik dar, wie Çağlar Demirel vom Frauenzentrum Kardelen in Bağlar gegenüber der Nachrichtenagentur DIHA zusammenfasst: „Über das Thema Gewalt haben wir bisher immer nur mit Frauen diskutiert. Aber gerade Männer müssen mit diesem Thema konfrontiert werden. Deshalb werden wir diese Kaffeehausversammlungen fortsetzen und parallel dazu weiter Frauen über ihre Rechte aufklären. Die Kaffeehausversammlungen betrachten wir als einen Schritt, eine Sensibilität bei Männern für die Problematik wachzurufen und sie über Frauenrechte zu informieren."

Bei den Kaffeehausbesuchen seien sie von einigen Männern ignoriert worden. Die meisten Männer, die sich an der Diskussion beteiligt hätten, hätten Begründungen für die Anwendung von Gewalt gegen Frauen gesucht: „Viele sagten, sie seien arbeitslos, deshalb würden sie ihre Frauen schlagen. Andere nannten als Begründung für Gewalt gegen Frauen die unzureichende Infrastruktur im Stadtteil. Frauen hätten in der Dunkelheit nichts außerhalb des Hauses zu suchen und dürften ohne Erlaubnis ihrer Männer ohnehin nichts machen. Solange die kurdische Frage bestehe, könne nicht über die Frauenfrage nachgedacht werden, ohnehin handele es sich dabei um ein Problem von Frauen und wir sollten uns deshalb lieber an Frauen wenden, wenn wir darüber etwas erzählen wollten. Andere wiederum erklärten, wir sollten ja ihren Frauen nichts über ihre Rechte erzählen und ob wir sie bedrohen wollten." Insgesamt sei das Interesse an den Veranstaltungen jedoch positiv gewesen.

Quelle: DIHA, 02.12.2006, ISKU

keit von Frauen entwickeln, Probleme zu lösen.
c) Lösungen bezüglich der physischen, psychischen und sozialen Probleme, die durch die Gewalt verursacht sind, zu erarbeiten.
d) Frauen, die Gewaltopfer sind, juristische Beratung bieten, sie bei ihrem Rechtskampf unterstützen und Öffentlichkeit herstellen.
e) Von Flucht betroffenen Frauen beratend beizustehen.
f) Die Errichtung von Schlaf- und Gästehäusern, damit Frauen, die von Gewalt betroffen sind, vorübergehend in Sicherheit wohnen können.

3. Förderung des Beschäftigungswachstums und aktiver Teilnahme von Frauen am ökonomischem Leben

a) Berufs- und geschicklichkeitsfördernde Maßnahmen für Frauen.
b) Entwicklung von Einkommensmöglichkeiten für Frauen.
c) Versuch, durch Arbeit die aktive Teilnahme der Frauen am ökonomischen Leben sowie gleichberechtigte Teilhabe zu fördern.
d) Unterstützung von Unternehmerinnen und Frauenkooperativen.
e) Anregen von Frauensolidarität und gegenseitiger Unterstützung.
f) Setzt sich dafür ein, dass Frauen ihren Qualitäten entsprechend einen Arbeitsplatz finden und produktiv sind.
g) Beschaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen sowie die Förderung von Frauenbeschäftigung.
h) Verbesserung der Arbeitsverhältnisse von Frauen.
i) Öffentlichkeitsarbeit, damit die Arbeitskraft der Frauen ersichtlich wird.

4. Zu Gesundheitsthemen

a) Behebung der negativen Faktoren, die die Gesundheit von Frauen beeinträchtigen.
b) Bildungsseminare über die Gesundheit von Müttern und Kindern sowie über die Hygiene.
c) Zusammenarbeit mit Gesundheitseinrichtungen, damit nach Bedarf kostenlose Behandlungen für Frauen angeboten werden können.

5. Zur Steigerung des gesellschaftlichen Bewusstseins

a) Pädagogische Arbeiten zur Steigerung des Bewusstseins, der Erkenntnis und der Fähigkeiten.
b) Kampagnen und Bildungsprogramme zur Frauenfrage.
c) Kampagnen und Bildungsprogramme zur Behebung geschlechtsspezifischer Diskriminierung, zur Veränderung rückständiger gesellschaftlicher Wertmaßstäbe und zur Prävention von Gewalt an Frauen.
d) Zur Entwicklung und Verbreitung von Frauenrechten.
e) Zur Verbesserung des Status der Frau innerhalb der Familie sowie zur Veränderung der Sichtweise des Mannes gegenüber der Frau.
f) Pädagogische Arbeiten für die Familien zu Themen wie „Gewalt in der Familie" und „Ehrenmorde".
g) Informationsarbeit über die Kommunalverwaltungen mit der Zielsetzung, die Teilnahme der Frauen darin zu stärken.
h) Beitrag zur Bildung von Frauen, Alphabetisierungskurse.
i) Durchführung von sozialen, kulturellen, künstlerischen und sportlichen Aktivitäten für Frauen.
j) Durchführung von Symposien, Veranstaltungen, Konferenzen, Seminaren usw.

6. Förderung der Zusammenarbeit und Solidarität mit öffentlichen und privaten Einrichtungen, mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

a) Um die Bedürfnisse von Frauen zu bestimmen und ihnen zu entsprechen, wird bei jeglicher Arbeit die Zusammenarbeit und Solidarität mit anderen entsprechenden Einrichtungen und Organisationen angestrebt.
b) Die Zusammenarbeit und Solidarität mit Fraueneinrichtungen/Einrichtungen sowie mit Frauenarbeitsgruppen anderer Institutionen.
c) Zur Solidarität zwischen den Fraueneinrichtungen und für den Informationsaustausch Aktivitäten organisieren.
d) Zum Austausch von Erkenntnissen und Erfahrungen zwischen Frauen, die gegenüber der Frauenfrage aufmerksam sind, beizutragen.

7. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

a) Die Ergebnisse der Untersuchungsarbeiten des Frauenhauses KARDELEN an die Presse und Öffentlichkeit mitteilen.
b) Eine Website des Frauenhauses erstellen, mit der über die Arbeit informiert wird.
c) Um zu Frauenthemen und -problemen eine Öffentlichkeit herzustellen, werden Broschüren, Flyer und Plakate herausgebracht.
d) Forschungen und Erhebungen über Frauen verfolgen und ein Archiv erstellen.
e) Die Aktivitäten des Frauenhauses sowie Themen zu Frauenfragen für Programme verschiedener Medien vorbereiten.
f) TV- und Radiosendungen zum Thema machen.

8. Einrichtung einer Frauenbücherei

a) Eine Frauenbücherei innerhalb des Frauenhauses errichten.
b) Bei der Errichtung mit Personen, Institutionen und Einrichtungen auf nationaler sowie internationaler Ebene nach Bedarf zusammenarbeiten.
c) Durch Lesetische gewährleisten, dass Personen, Einrichtungen und Institutionen von der Bücherei Gebrauch machen können.
d) Eine Informationsdatenbank zu Themen mit der Zielsetzung der Arbeit des Frauenhauses errichten.

9. Entwicklung und Umsetzung von Projekten

a) Projekte zur Erforschung und Untersuchung von Frauenfragen sowie zur Lösung dieser Fragen entwickeln und umsetzen.
b) Die geplanten Projekte bei nationalen und internationalen Institutionen, Einrichtungen und Personen mit der Bitte um Unterstützung und Finanzierung einreichen.
c) Vorschläge für Frauenpolitik und Gesetzesänderungen ausarbeiten und bei den entsprechenden Stellen einreichen. ♦

Aufruf zur Teilnahme an den Frauendelegationen zum 8. März 2007 zur Stärkung der Frauensolidarität

Liebe Frauen, auch in diesem Jahr rufen wir zur Teilnahme an den Frauendelegationen zum 8. März 2007 nach Kurdistan auf.

Erst vor kurzem wurden wir, zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, erneut mit erschreckenden Bilanzen und Fakten über die weltweite Situation von Frauen konfrontiert. Vor allem im Zeitalter der Globalisierung ist eine Verschlechterung der Lebenssituation von Frauen unübersehbar. Neben patriarchalischen Machtstrukturen innerhalb der Gesellschaft tragen auch staatliche und wirtschaftliche Strukturen zur Unterdrückung von Frauen bei. Die Lösung der Frauenfrage ist daher weiterhin eine wesentliche Herausforderung unserer Zeit.

Die kurdischen Frauen haben nicht nur mit patriarchalischen und rückständigen Gesellschaftsstrukturen zu kämpfen, sondern ihr Leben ist zusätzlich enorm von dem seit nun mehr als 30 Jahren anhaltenden Krieg und seinen Folgen beeinträchtigt. Die Auswirkungen des Krieges offenbaren sich durch Folter, Verhaftung, politische Verfolgung und Flucht. Der Krieg wirkt sich wie ein Nährboden für die ohnehin starken feudalen Strukturen aus, sie bedingen sich gegenseitig. Gewalt, Vergewaltigung, Belästigung, Prostitution, Ehrenmorde, Selbstmorde und sexuelle Diskriminierung sind nur einige Formen des Leides der kurdischen Frauen.

Diese schwierige Lebenssituation hat Kurdinnen zugleich die Augen über die Zusammenhänge von struktureller sexistischer Gewalt und Diskriminierung geöffnet. Nicht nur, dass sie die sexistische Unterdrückung im öffentlichen und privaten Leben wahrnehmen und erfassen, sondern im gleichen Maße sind sie sich über ihre Rolle im Kampf für Freiheit, Demokratie und Frieden bewusst.



Der 8. März 2006 in İstanbul — Foto: DIHA

In den letzten Jahren ist ein starkes Anwachsen des Frauenbewusstseins in Kurdistan sichtbar. Dies ist nicht nur bei der Vielzahl von Frauenaktionen und -einrichtungen zu beobachten, sondern die Frauen versuchen auch, durch Stärkung ihrer Organisierung zu sich selbst zu finden, aus der ihr von der Gesellschaft zugeschriebenen Rolle des „schwachen Geschlechts" auszubrechen und sich ins Leben einzubringen als eine aktive Kraft, die in der Lage ist, Problemlösungen vom Standpunkt der Frauen aus zu entwickeln und umzusetzen.

An der Frauendelegation teilnehmen heißt:

- die Möglichkeit wahrzunehmen, sich ein Bild über die Situation kurdischer Frauen im Allgemeinen und über die Auswirkungen des Krieges auf das Leben der Frauen im Speziellen zu machen.

- durch Ihre Anwesenheit einen Schutz für die Frauen zu bieten, die sich an 8.-März-Demonstrationen beteiligen, und so eine Wiederholung der brutalen Vorgehensweise staatlicher Sicherheitskräfte wie vor zwei Jahren in Istanbul zu verhindern.

- unmissverständlich die Bedeutung der Frauensolidarität zu demonstrieren und sich mit den aktiven Frauen vor Ort über konkrete Zusammenarbeit und Vernetzung von Frauenarbeit auseinanderzusetzen.

- nicht nur zu helfen, sondern auch Kraft aus dem Kampfgeist der Kurdinnen zu schöpfen. Sie werden die Möglichkeit haben, die kurdische Renaissance im Kampf für die Befreiung der Frau mitzuerleben.

Interessierte Frauen melden sich bitte bei uns. Bei der Gestaltung des Reiseprogramms berücksichtigen wir gern Ihre Interessen.

Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstraße 125
40215 Düsseldorf
Tel: (+49) 0211 59 89 251
Fax: (+49) 0211 59 89 253
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Geheimentscheid über Hermesbürgschaft für Ilisu-Staudamm

Der Widerstand gegen das Projekt geht weiter

Heike Drillisch, WEED

Ende vergangenen Jahres gab die Bundesregierung in einer Sondersitzung die Grundsatzzusage für eine Hermesbürgschaft für den gigantischen Ilisu-Staudamm, der im Südosten der Türkei den Tigris kurz vor der Grenze zu Syrien und Irak aufstauen soll. Im Vorfeld hatte es intensive Auseinandersetzungen zwischen Nichtregierungsorganisationen und den Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz gegeben, die das Projekt absichern sollen. Nach Aussage der Bundesregierung wurden die umstrittenen Punkte durch Verhandlungen mit der türkischen Regierung gelöst. Genauere Angaben über die vereinbarten Auflagen halten die beteiligten Regierungen jedoch geheim.

Nichtregierungsorganisationen kritisieren das Vorgehen der Bundesregierung daher heftig. Dass nicht einmal die mindestens 55 000 Menschen, deren Leben direkt von der Entscheidung betroffen ist, zu den angeblich erzielten Verbesserungen Stellung nehmen können, ist ein Skandal. In aller Welt setzt sich die Regierung für den Dialog zwischen den Betroffenengruppen ein und hat monatelang betont, wie vorbildlich die Transparenz bei der Prüfung des Ilisu-Projekts sei. Jetzt, wo es darauf ankommt, dass die Betroffenen über ihre Zukunft mitreden können, verweigert sie sich abrupt der weiteren Auseinandersetzung. Diese Doppelzüngigkeit ist nicht akzeptabel und stellt einen massiven Vertrauensbruch gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen dar.

Zwar veröffentlichte die Bundesregierung am 7.12.2006 eine Erklärung zur getroffenen Grundsatzzusage. Die darin gemachten Angaben verbleiben jedoch vage und für die Außenwelt nicht nachprüfbar. Es gibt zum Beispiel keine Informationen darüber, ob es noch eine Konsultation der Bevölkerung geben soll, wo das zugesagte Ersatzland für die Umsiedlungsopfer liegt, wer seine Eignung für die Landwirtschaft prüft und ob für die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Einkommensbeschaffung nun Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vorliegen. Auch aus welchen Quellen das Geld für die Umsiedlung bereitgestellt werden soll, ist nicht bekannt. Bisher stehen der türkischen Wasserbehörde 100 Mio. Euro pro Jahr für sämtliche mit Staudämmen verbundenen Umsiedlungen zur Verfügung. Allein für Ilisu sind 800 Mio. Euro in sieben Jahren veranschlagt, doch dürfte mindestens die doppelte Summe notwendig sein.

Bereits mehrfach hatten Konsortium und Projektbetreiber betont, das Projekt befinde sich in Einklang mit internationalen Standards. Sobald die zu Grunde liegenden Dokumente jedoch veröffentlicht wurden, wiesen Nichtregierungsorganisationen wie WEED gravierende Defizite nach. Auch deshalb fordern die Staudammkritiker, dass die an die Grundsatzzusage geknüpften Auflagen öffentlich gemacht werden.

Es ist zu bezweifeln, dass die auf dem Papier erzielten Zusagen der türkischen Regierung das Projekt tatsächlich umwelt- und sozialverträglich machen und mit internationalen Standards in Einklang bringen. So schrieb der irakische Wasserminister noch am 29.11.2006 an WEED, dass sein Land nicht über die Pläne zum Bau des Ilisu-Staudamms informiert sei, obwohl internationales Völkerrecht dies vorschreibt und die türkische Regierung dieser Pflicht angeblich nachgekommen sei. Auch die Durchführung der archäologischen Rettungsarbeiten für das reiche, von Überflutung durch den Damm bedrohte kulturelle Erbe erfolgt nicht nach Plan: Im August wurden alle Gra-



bungen für dieses Jahr eingestellt, obwohl der Zeitplan keinerlei Verzögerungen bis zur Flutung zulässt. Ebenso kam es bei der Enteignung Betroffener bereits zu Unregelmäßigkeiten. Diese fanden auf Grundlage eines Notstandsparagrafen statt, obwohl Landtitel noch ungeklärt waren, und die Festsetzung der Entschädigungsmuster erfolgte nicht in dem angekündigten Verfahren.

Wie es zu der Erteilung der Grundsatzzusage kam, ist unklar. Die Staudammlobby hatte diese seit langem gefordert, doch noch kurz zuvor hatte das an der Entscheidung beteiligte *Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) betont, dass es weiteren Prüfbedarf sehe. Über die Gründe für das Einlenken auf die wirtschaftsfreundliche Linie ist nichts bekannt.

Die türkische Regierung ist nun gefordert, eine Reihe weiterer Studien durchzuführen und einen Teil der an die Grundsatzzusage geknüpften Auflagen zu erfüllen. Danach wird die Bundesregierung sich erneut mit dem Projekt befassen und über die endgültige Bürgschaftsvergabe befinden. Zusätzliche Studien können allerdings die grundsätzlichen Probleme des Projekts nicht lösen. Und sollten nachträglich Probleme auftauchen, denen mit den jetzt erlassenen Auflagen nicht begegnet werden kann, oder sollten die Auflagen sich als unzureichend erweisen, die Probleme tatsächlich zu lösen, fehlt der Bundesregierung jegliche Handhabe, weitere Verbesserungen zu erzielen. Durch die jetzt erteilte rechtsverbindliche Grundsatzzusage hat die türkische Regierung einen Anspruch auf die endgültige Bürgschaftsübernahme, sobald die jetzt festgelegten Auflagen erfüllt sind. Die Vergabe der Grundsatzzusage ist daher ein völlig falsches politisches Signal an eine Regierung, die ihre Bereitschaft, internationale Standards einzuhalten, erst noch unter Beweis stellen muss und ihrerseits jeden Dialog mit den betroffenen Menschen und Kommunen verweigert.

Für die Ilisu-Kampagne in Deutschland und die lokale Initiative zur Rettung Hasankeyfs ist klar, dass der Widerstand gegen das Projekt weitergeht, solange die Pläne nicht in einem wirklich partizipativen Prozess mit der Zivilgesellschaft entwickelt worden sind.

Für die Ilisu-Kampagne in Deutschland und die lokale Initiative zur Rettung Hasankeyfs ist klar, dass der Widerstand gegen das Projekt weitergeht, solange die Pläne nicht in einem wirklich partizipativen Prozess mit der Zivilgesellschaft entwickelt worden sind. Als ersten Schritt fordern die Organisationen die Offenlegung der an die Grundsatzzusage geknüpften Auflagen, um diese einer detaillierten Kritik unterziehen zu können. ♦

Weitere Informationen:
www.weed-online.org/ilisu.

Die Autorin leitet die Kampagne zur Reform der Hermesbürgschaften bei WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung e.V., in deren Rahmen der Ilisu-Staudamm der zentrale Testfall für die Bereitschaft der Bundesregierung ist, hohe ökologische und soziale Standards bei der Außenwirtschaftsförderung anzulegen.



Die Bügermeister der Region vor Ort in Hasankeyf Foto: DIHA

Dreizehn Jahre nach dem PKK-Verbot:

Gedanken, Fragen, Forderungen

Gemeinsame Erklärung von AZADÎ und YEK-KOM

Am 26. November 1993 verhängte der damalige Bundesinnenminister Manfred Kanther ein Betätigungsverbot über die *Arbeiterpartei Kurdistans* und andere in Deutschland aktive Organisationen des kurdischen Bevölkerungsteils. Als Verbotsgründe wurden die „Anschlagswellen" 1992 und 1993 sowie „innerparteiliche gewaltsame Auseinandersetzungen" angeführt. Weiter hieß es in der Verbotsverfügung: „Die PKK/ERNK richtet sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung. […] Die von Anhängern/Sympathisanten der PKK/ERNK begangenen Straftaten in Deutschland und der Türkei mit dem Ziel, einen Teil des türkischen Staatsgebietes in einen noch zu gründenden kurdischen Staat zu überführen, erfüllen diese Voraussetzungen. Die Straftaten stören das friedliche Zusammenleben zwischen Kurden und Türken sowohl in der Türkei als auch in Deutschland." sowie „Die politische Agitation der PKK und ihr nahe stehender Organisationen hat zwischenzeitlich ein außenpolitisch nicht mehr vertretbares Ausmaß erreicht. [...] Diese Aktivitäten schädigen bereits heute Deutschlands Ansehen in der Türkei und die bilateralen Beziehungen erheblich." Zur näheren Erläuterung dieser Verbotsmotivation wurde ausgeführt: „Eine weitere Duldung der PKK-Aktivitäten in Deutschland würde diese deutsche Außenpolitik unglaubwürdig machen und das Vertrauen eines wichtigen Bündnispartners, auf das Wert gelegt wird, untergraben."

Doch hatte die PKK bereits im Frühjahr 1993 einen ersten einseitigen Waffenstillstand erklärt, um Verhandlungen mit der Gegenseite zu ermöglichen – in einem seit 1984 andauernden Guerillakrieg gegen die türkische Armee, in dem sie die Unterstützung eines großen Teils der kurdischen Bevölkerung gewonnen hatte.

Weitere einseitige Waffenstillstände waren gefolgt, die von der türkischen Regierung bis heute unbeantwortet blieben und in keiner Weise honoriert wurden. Den fünften hat die kurdische Bewegung am 1. Oktober 2006 verkündet.

Zwar hat der türkische Premierminister Tayyip Erdoğan daraufhin erstmalig erklärt, dass sich auch die türkischen Sicherheitskräfte an den Waffenstillstand halten würden, doch zeigen die intensivierten Angriffe durch die türkische Armee und Gendarmerie, wie ohnmächtig die gegenwärtige türkische Regierung gegenüber dem Militär ist. Dies machte auch die Reaktion des Generalstabschefs Yaşar Büyükanıt deutlich, der Erdoğan umgehend widersprochen hatte und drohte, die Streitkräfte würden ihren „Kampf gegen den Terror" so lange fortsetzen, „bis es keinen einzigen bewaffneten Terroristen mehr gibt."

Bei seinem Frankreichbesuch am 2./3. 11. 2006 erklärte der irakische Präsident Jelal Talabanî, der von den kurdischen *Volksverteidigungskräften* (HPG) erklärte Waffenstillstand entspreche auch den Wünschen des Irak: „Wenn jetzt auch noch eine Amnestie erlassen wird, wird dieses Problem vollständig gelöst werden."

Die USA haben im September dieses Jahres den Ex-General und ehemaligen NATO-Oberkommandierenden Ralph Ralston als „PKK-Koordinator" eingesetzt, von dem türkische Zeitungen vermuteten, dass er die Aufgabe habe, zumindest indirekt in Verhandlungen mit dem KONGRA-GEL oder den HPG einzutreten. Auch wenn dies nicht der Wirklichkeit entsprechen sollte, so ist doch der in der türkischen Bevölkerung dadurch entstandene Eindruck offensichtlich beabsichtigt.

Parallel zu dieser Entwicklung dauern das PKK-Verbot und die Verfolgung der kurdischen Organisationen in Deutschland an, obwohl die einstigen Verbotsgründe längst hinfällig sind. Es wurde ohne Rücksicht auf vollzogene Veränderungen nahtlos ausgeweitet auf KADEK und den KONGRA-GEL. Die Auswirkungen dieser undemokratischen, repressiven und auf Ausgrenzung gerichteten Praxis gegen Kurdinnen und Kurden zeigen sich in sehr verschiedenen Formen. So konstruiert die Bundesanwaltschaft (BAW) als eine maßgebliche Behörde der Strafverfolgung immer neue Straftatbestände, mit denen sie das Fortbestehen einer „kriminellen Vereinigung" zu begründen versucht.

Langjährige politische Kontakte wurden und werden aufgrund der Kriminalisierung abgeschnitten und Kontaktpersonen stattdessen vor Gericht gestellt und zahlreiche kurdische Politikerinnen und Politiker wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) zu Freiheitsstrafen verurteilt; einige von ihnen mit teils langen Hafterfahrungen in der Türkei. Die Öffentlichkeit nimmt hiervon kaum Notiz.

Auch führende Mitglieder legaler kurdischer Organisationen wie YEK-KOM (*Dachverband der kurdischen Vereine in Deutschland*) oder Heyva Sor (*Kurdischer Roter Halbmond*) wurden wegen ihrer Tätigkeit strafrechtlich verfolgt.

Wegen ihres symbolischen Solidaritätsbekenntnisses „Auch ich bin PKK" sind seit 2001 Tausende einfacher Vereinsmitglieder wegen des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz mit Verfahren überzogen und mit teils hohen Geldstrafen bestraft worden.

Zahlreichen Kurdinnen und Kurden wird die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit verweigert oder – wie in einigen Fällen geschehen – wegen angeblicher „Erschleichung" wieder entzogen, weil sie in den legalen kurdischen Vereinen für ihre politischen und kulturellen Belange gearbeitet haben oder sich dort aktiv einsetzen. Wegen ihrer politischen Aktivitäten im Rahmen der kurdischen Demokratiebewegung, die in der Türkei unter hoher Strafe steht und deshalb zur Begründung ihres Asylbegehrens in Deutschland angeführt wurde, wird kurdischen Asylbewerbern der Asylstatus verweigert. Davon betroffen sind auch Kurdinnen und Kurden, die in der Türkei politisch aktiv gewesen sind und wegen drohender oder teilweise schon erlittener Haft nach Deutschland fliehen mussten. Dramatisch angestiegen ist in den letzten Monaten auch die Zahl derjenigen, deren einstige Asylanerkennung nun widerrufen wird, weil sie in der Türkei wegen politischer Aktivitäten verfolgt waren.

Auf Antrag der türkischen Strafverfolgungsbehörden wurden kurdische Politiker, so im Januar 2005 der stellvertretende Vorsitzende des KONGRA-GEL, Dr. Remzi Kartal, in Auslieferungshaft genommen und erst nach einem im Eilverfahren erwirkten Gerichtsbeschluss wegen der Unhaltbarkeit der türkischen Vorwürfe wieder freigelassen. Die Türkei sieht sich dennoch ermutigt, mit Hilfe internationaler Haftbefehle an im Exil lebende und aktive Oppositionelle heranzukommen. Eine Reihe von Kurden befinden sich derzeit in Deutschland in Auslieferungshaft.

Am 5.9.2005, also zwei Wochen vor der Bundestagswahl, ist die kurdische Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA auf Anordnung des Bundesinnenministers Schily verboten und sind sämtliche Arbeitsmaterialien beschlagnahmt worden. Nur eine Woche später besuchte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder den Verlag von HÜRRIYET, der größten türkischen Tageszeitung in Deutschland und bat um die Stimmen der 500 000 Türkinnen und Türken mit deutschem Pass. Erst am 18.10.2005 konnte die Aufhebung des Verbots von ÖZGÜR POLITIKA vor dem Bundesverwaltungsgericht erwirkt werden.

In dem am 15.11.2006 veröffentlichten „Zweiten Periodischen Sicherheitsbericht der Bundesregierung" wird aus im Jahre 1999 stattgefundenen Protestaktionen gefolgert, die PKK bleibe „auch in Zukunft ein potenzieller Faktor im Bereich der politisch motivierten Gewalt". Eine solche auf den Sankt-Nimmerleinstag gerichtete Sichtweise macht jegliche Lösungsperspektive zunichte.

Hierzu passen dann auch Aussagen der Generalbundesanwaltschaft, es seien neben laufenden auch noch achtzehn Ermittlungsverfahren von „Altfällen" aus den neunziger Jahren wegen Mitgliedschaft oder Rädelsführerschaft in einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung (§ 129/129a Strafgesetzbuch) in Bearbeitung, die zur Anklageerhebung führen würden, sobald man der Gesuchten in Deutschland habhaft werde.

Der türkische Staat, insbesondere die türkische Generalität, müssen sich durch die fortgesetzte Strafverfolgungspraxis der deutschen Politik ermutigt fühlen, die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung und ihrer Organisationen in der Türkei fortzusetzen, auch im Zuge des Aufnahmeprozesses in die Europäische Union.

Der kurdische Volkskongress KONGRA-GEL wurde – wie zuvor die PKK oder der KADEK – auf Betreiben der Vereinigten Staaten in die „Europäische Terrorliste" aufgenommen, obwohl er sich programmatisch, statuarisch, in Struktur und Praxis grundlegend von der PKK unterscheidet und auch eine völlig andere Führung hat. Die Verfolgung geht weiter, obwohl die kurdischen Organisationen schon seit Jahren den Kampf um Eigenstaatlichkeit aufgegeben haben und die Demokratisierung der kurdischen wie der türkischen Gesellschaft und die freie Selbstbestimmung aller Menschen in der Türkei und im Vorderen Orient anstreben.

In keinem Land der Europäischen Union gibt es eine so rigide, uneinsichtige und gnadenlose Kurdenverfolgung wie in Deutschland. Wir fragen uns, warum.

Liegt es an der besonderen Geschichte, die den deutschen mit dem türkischen Staat verbindet?

– Die schon das Kaiserreich veranlasste, die Augen vor dem Völkermord an den Armeniern zu verschließen und seinen Bundesgenossen weiter mit Waffen aller Art einschließlich des Schlachtkreuzers ‚Goeben' und des kleinen Kreuzers ‚Breslau', mit Generälen, Ausbildern, militärtechnischen Spezialisten und Kampfeinheiten zu unterstützen?

– Die die Bundesregierung veranlasste, erst ihre abgelegten Leopard-I-Panzer und dann 1991, nach dem Ende der DDR, die Bestände der ehemaligen Nationalen Volksarmee an Infanteriewaffen und -munition, BTR60-Panzerwagen, Funkgeräten, Uniformen, Stahlhelmen und Ausrüstungsgegenständen an die Türkei zu verschenken, während diese einen grausamen Krieg gegen die PKK und die kurdische Bevölkerung führte, tausende Dörfer zerstörte, zehntausende Menschen tötete und die geschenkten Waffen selbstverständlich und ohne Skrupel einsetzte?

Ist vielleicht die große Zahl der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden der Grund, ihnen weniger demokratische Rechte zu gewähren?

– Weil man es auf das Wohlverhalten der noch größeren Zahl von Türkinnen und Türken und das Wahlverhalten jener von ihnen mit deutscher Staatsbürgerschaft abgesehen hat wie 2005 der damalige Bundeskanzler Schröder?

– Weil man deshalb eher die Vereine und das öffentliche Auftreten der faschistischen MHP und ihrer Jugendorganisation „Graue Wölfe" toleriert, obwohl in der Türkei Hunderte von Morden auf ihr Konto gehen,

– und weil man lieber kurdische Vereine und die Wohnungen ihrer Vorsitzenden regelmäßig mit Razzien überzieht, Öcalan-Bilder, Transparente, Mitgliederverzeichnisse, Computer und Vereinsgelder beschlagnahmt?

Oder:

– Ist es das hochgesteckte und ernst gemeinte Ziel der Kurden,

– sind es die zu seiner Verwirklichung zweifellos erforderlichen Organisationen, die Begeisterung und Opferbereitschaft ihrer Mitglieder?

Wenn der Friedenswille des KONGRA-GEL in der Türkei und den südkurdischen Bergen und seine Entscheidung zur Demokratie ehrenwert ist, wenn der irakische Staatspräsident die Regierung der Türkei auffordert, in Verhandlungen mit dem KONGRA-GEL einzutreten, ihn in der Türkei als politische Partei zuzulassen und seine gegenwärtigen und ehemaligen Mitglieder zu amnestieren, wenn sich auch der ehemalige dänische Ministerpräsident Anker Jorgensen für die Legalisierung der PKK in Deutschland einsetzt, – erwartet man dann wirklich, dass die Kurdinnen und Kurden in Deutschland der Solidarität mit ihrem Volk, ihren Familien und ihrer Guerilla entsagen und bestraft sie, wenn sie sich doch solidarisieren, wenn sie Geld sammeln, ein Bekenntnis unterschreiben oder auch nur ein inkriminiertes Symbol tragen?

Wie lange soll dieser Anachronismus eigentlich noch andauern? Wie lange noch lässt es sich die deutsche Gesellschaft gefallen, dass demokratische Rechte in Deutschland ein Privileg sind?

Wenn eine starke und von der Bevölkerung getragene Bewegung wie der KONGRA-GEL sich diesem hohen Ziel verschrieben hat, es programmatisch und in der Praxis unter großen Opfern zu erreichen versucht und wenn die deutsche Regierung dieses Ziel gutheißt, dann muss sie das PKK-Verbot in Deutschland aufheben.

Die Kriminalisierung muss beendet, alle noch anhängigen Strafverfahren wegen politischer Betätigung eingestellt und alle politischen Gefangenen müssen freigelassen werden. ♦

26. November 2006



Imralı schließen – „Es lebe Apo"   Foto: DIHA

Die Liedermacher und Musiker Zelemele und Ahmet Aslan

Wehklage auf eine unterdrückte Kultur

Barlas Beyaztaş, Journalist

Im November fanden Konzerte mit Ahmet Aslan und Zelemele in Hamburg und Düsseldorf statt. Ihre Konzerte sind immer ein besonderes Erlebnis. Barlas Beyaztaş beschreibt sehr eindrucksvoll die beiden sehr außergewöhnlichen und beeindruckenden Musiker, ihre musikalische historische sowie aktuelle Umgebung, aus der sie ihre Inspiration für ihre Musik beziehen.

Eigentlich erwartet man von einem Musiker und Liedermacher, der sich die Derwisch-Welt seiner ostanatolischen Geburts- und Heimatregion Dersim (in der heutigen Türkei Tunceli) auf die Fahnen geschrieben hat, eher besinnliche, mystisch angehauchte Musik. Nicht so bei Zelemele.

Zelemele – hinter diesem Begriff findet man den Künstler Mehmet Ali Güler – steht für eine Musik, die die authentischen Motive seiner Heimat Dersim mit zeitgenössischen Musikformen wie Hip-Hop, Rap, Rock und zum Teil auch Jazz interpretiert. Er schlägt eine musikalische Brücke zwischen den traditionellen Motiven Dersims und zeitgenössischen westlichen Klängen und Rhythmen, zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen Orient und Okzident.

Zelemele steht vor allem auch für eine Musik, die die einst unterdrückte und heute fast verschwundene Zaza-Sprache in den Mittelpunkt rückt. In allen drei Alben, die er bis heute herausgebracht hat, ist auch die erfolgreiche Umsetzung von zeitgenössischen populären Musikformen und Arrangements zu beobachten. Das ist für eine Musik, die motivisch in der Zaza-Sprache verwurzelt ist, sehr ungewöhnlich. Denn die Lieder aus dieser Musiktradition sind eher schwermütig und werden mit wenigen traditionellen Instrumenten wie z. B. dem Tembur vorgetragen. Zelemele versucht mit seinen Liedern die traditionellen Musikformen seiner Muttersprache aufzubrechen und ihr eine neue Dynamik und Dimension zu verleihen. Ungewöhnlich und erfrischend zugleich für die Zaza-Musik sind auch die besondere Klangfarbe und der Einsatz seiner Stimme.

Zelemele – das ist mehr als ein Name auf einem Musikalbum. Zelemele – das ist gleichzeitig künstlerisches Programm und gesellschaftliche Vision. Um Zelemele zu verstehen, muss man in die Geschichte der ostanatolischen Region Dersim eintauchen. Es ist das Jahr 1938, als die Soldaten und Sicherheitskräfte der noch jungen Republik Türkei in dieser bergigen Gegend Ostanatoliens ein blutiges Massaker an der dortigen alevitischen Bevölkerung verüben – mit dem Ziel, die Kultur und die Sprachen in Dersim auszulöschen und die Türkisierung auch in dieser Region mit Gewalt durchzusetzen. Mehr als 30 000 Menschen sind es, die dem staatlich organisierten Massaker zum Opfer fallen. Mehr als 30 000 Frauen und Männer, Schwangere, Kinder und Säuglinge. Was aber fast noch schlimmer ist: Das Massaker markiert zugleich eine tiefgreifende, nahezu vernichtende Zäsur im kulturellen Leben Dersims.

Zelemele – das ist mehr als ein Name auf einem Musikalbum.

Lebten vor diesem Ereignis Zazakis, Kurden und Armenier jahrhundertelang friedlich nebeneinander, so ist dort nach dieser Gräueltat von der kulturellen und sprachlichen Vielfalt so gut wie nichts mehr übrig geblieben. Die beiden Muttersprachen in Dersim – Zazaki und Kurmancî – wurden bis in die jüngste Zeit gewaltsam unterdrückt und es ist vor allem die Zaza-Sprache, die dort seit dem so gut wie nicht mehr gesprochen wird.

Zelemele betrachtet das Jahr 1938 als den Tod Dersims, als jenen Zeitpunkt, an dem die sprachliche und kulturelle Lebendigkeit verschwunden und somit die Seele dieser Region begraben worden ist. Das zazakische Wort „zelemele“ heißt übersetzt so viel wie „Durcheinander“, „Geschrei“. Zelemele – das ist das Durcheinander und Geschrei nach dieser schmerzhaften gesellschaftlichen Erfahrung. Zelemele – das ist vor allem das Wachhalten dieser Trauer durch lauten Gesang bis die einstigen Sprachen und die kulturelle Vielfalt in Dersim zu neuem Leben erwachen.

In einem Interview für eine Musikzeitschrift umschreibt der Künstler die Motive seines musikalischen Schaffens mit folgenden Worten:

„Wenn es die Möglichkeit geben würde, Albert Einstein höchstpersönlich zu treffen, würde ich ihn bitten mir eine Maschine zu bauen, die es ermöglicht, längst vergangene Stimmen hörbar zu

machen. Wer weiß, wie oft schon und an wie vielen Orten auf unserer Erde schmerzerfüllte Stimmen in den Himmel emporgestiegen sind, ohne dass sie jemals gehört worden sind. Einer dieser Orte war **Dersim** und es trug sich zu im Jahre **1938**. Nur ein Klageruf ist damals von ihnen ausgegangen, ein schmerzerfüllter Schrei, den kaum ein Ohr wahrgenommen hat. Albert Einstein ist nicht mehr zugegen, damit er diese Stimmen der Vergangenheit hörbar machen könnte. So bleibt mir heute nur eines übrig, damit diese Klagerufe nie in Vergessenheit geraten:

Schreien – Zelemele!"



Mehmet Ali Güler – Konzert in Hamburg Foto: Annett Bender

Der Blues Anatoliens

Wenn Ahmet Aslan sich mit seinen langen, schwarzen Haaren über die Gitarre beäugt und sein Körper im rhythmischen Gleichklang zur Musik mitschwingt, dann bekommt man bisweilen den Eindruck, sein Geist sei allem Irdischen entrückt. Das Instrument ist dann hinter den Körperfiguren kaum noch zu erkennen, dafür aber gibt es Erstaunliches zu hören: Klänge und Laute aus dem Land der Derwische, die Ahmet Aslan kunstvoll inszeniert. Es sind Epen und Balladen aus seiner ostanatolischen Heimat Dersim, die in der heutigen Türkei Tunceli heißt und nur noch einen kleinen Teil des einstigen Sprach- und Kulturgebietes umfasst.

> Etwas sang ...
>
> Die Laute begann ...
> Mein Herz sprengte seine Ketten.
> Etwas sang aus den Fesseln –
> „Verwundeter Verrückter ... komm!"
>
> Dschalaloddin Rumi

Ahmet Aslan gehört zu den neuen und besonderen Stimmen der alevitisch-mystisch geprägten Volksmusik Anatoliens. Herausragend und faszinierend zugleich ist das Derwischhafte, das Übersinnliche in seiner Stimme. Mal ganz sanft, mal rau, immer aber kraftvoll und begleitet von Schwermut besingt er den „Blues Anatoliens" und reizt alle stimmlichen Gestaltungsmöglichkeiten des Genres aus. Und er schafft es auf verblüffende Weise, die Musik seiner Kultur mit westlichen Akkorden und neuen Stilelementen zu kombinieren. Dabei erneuert er die Volksmusik seiner Heimat innerhalb der Tradition.

Den musikalischen und thematischen Hintergrund seiner Lieder und Kompositionen bildet die Mythologie der Menschen in Dersim, eine über Jahrhunderte in bergiger Abgeschiedenheit lebende, weitgehend orale Kultur, deren Sprache und Tradition, aufgrund der Assimilations- und Vernichtungspolitik im Osmanischen Reich und der türkischen Regierungen, heute nahezu ganz verschwunden sind. Zwei Muttersprachen gibt es heute in Dersim: das mehrheitlich gesprochene Kirmancki oder auch Zazaki – es ist auch die Muttersprache Ahmet Aslans – und das Kurmancî. Auch ist nach wie vor unverkennbar vorhanden der kulturelle und sprachliche Einfluss der Armenier in Dersim, wo ein Teil von ihnen ehemals ihr Siedlungsgebiet hatte und die, im Laufe der Zeit, mit der dortigen Bevölkerung Mischehen eingegangen sind. Sie alle eint heute ihre Weltanschauung: der Alevitismus.

Doch mit dem Alevitismus allein kann man das Wesen dieser Kultur heute nicht begreifen. Hinter den religiösen Riten und kulturellen Bräuchen steckt dort vielmehr eine Philosophie, deren Geist aus vorislamischer Zeit stammt und bis in die Zeit von Zarathustra zurückgeht. Sonnenlicht, Wasserquellen, Felsen sowie (rhythmischer) Gesang sind nur einige zentrale spirituelle Bezugspunkte dieses Naturvolkes.

Ahmet Aslans Mundart, seine zwischen Nase und Kehlkopf erzeugten Laute sowie die rhythmische Atemtechnik sind typisch für den Gesang in der Region Dersim. Diese Art des Singens und Musizierens wird dort nur noch von der Generation der alten Frauen und Männer beherrscht. Sie sind die einzig noch verbliebenen Zeugen einer sehr alten sowie seltenen Sprache und Musiktradition. Der Künstler Ahmet Aslan empfindet sie in seinen Liedern authentisch nach und adaptiert ihr musikalisches Erbe durch eigene Kompositionen in die heutige Zeit. Seine Musik ist Erinnern und zugleich Überliefern dieser einst lebendigen Sprache und Kultur. Da es heute in der jungen Garde kaum mehr als zwei, drei Künstler gibt, die diese ostanatolische Musiktradition authentisch wiederzugeben vermögen, kann man bei den Liedern Ahmet

Aslans durchaus von einer Rarität sprechen.

Das Debütalbum von Ahmet Aslan ist im September 2003 in Deutschland bei MIR-Musik erschienen und trägt den Titel „Va u Waxt / Wind und Zeit“. Text und Komposition der insgesamt zehn Lieder (6 in Kirmancki/Zazaki-Sprache, 3 Lieder auf türkisch und 1 Lied auf Kurmancî) stammen überwiegend aus seiner Feder. Es sind aber auch traditionelle, anonyme Titel dabei und solche von zeitgenössischen Volkssängern aus Dersim.



Ahmet Aslan – Konzert in Hamburg Foto: Annett Bender

Nach dem Studium an der Musikhochschule in Istanbul führte Ahmet Aslans Lebensweg ihn nach Deutschland, wo er seit sieben Jahren lebt. Hier lernte er die westliche Musik kennen und nahm an zahlreichen Musikseminaren – darunter „Die vierstimmige Musik Johann Sebastian Bachs“ und „Harmonielehre“ – teil. Hierzulande machte er auch die Bekanntschaft mit langjährigen deutschen Jazzmusikern, unter anderem Klaus Bittner, Bernd Renn und Michael Schwabe, die bei der Produktion des Albums „Va u Waxt / Wind und Zeit“ mitgewirkt haben. ♦

Und sie verändert sich ...

Qirix von Doğan Güzel

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
Fax: (32) 2 647 68 49
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
Fax: (32) 2 647 27 75
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
YEK-KOM
Büro für Öffentlichkeitsarbeit
Chausseestr. 15
10115 Berlin
Tel: (49) 30 - 24 72 41 96
E–mail: yekkom-berlin@gmx.net
http://www.yekkom.com

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
Fax: (49) 211 - 17 11 453
E–mail: yekkom@gmx.net

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
Fax: (43) 1 - 5455821
E-mail: feykom@chello.at
http://members.chello.at/feykom/

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
Fax: (41) 22 32 81 983
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
Fax: 0(033) 1 40 16 47 23
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
Fax: (39) 06 - 39380273
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com/

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 – 61 41 816
Fax: (31) 20 – 61 43 468
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 – 22 89 98
Fax: (45) 33 – 22 59 23
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 – 96 76 72 45
Fax: (61) 2 – 96 76 83 32

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 – 37 42 16
Fax: (357) 2 – 37 44 04
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ukraine:
Assoziaziya Kurdskich Obšestvanych Organisazii "Midiya"
01033 Kiew
vul. Jilyanskaya 62/64, of. 6
Tel: (38) 044 - 2201906
E-mail: midiya@ukr.net

Ungarn:
Magyarország Kurdisztani Információs és Kulturális Egyesület
Baross u. 86 I. em. 1
1028 Budapest
Tel: (36) 1 - 21 01 137
Tel./Fax: (36) 1 - 30 36 650
E-mail: kurdinfo@freemail.hu

AZADI e.V.

RECHTSHILFEFONDS
für Kurdinnen und
Kurden in Deutschland

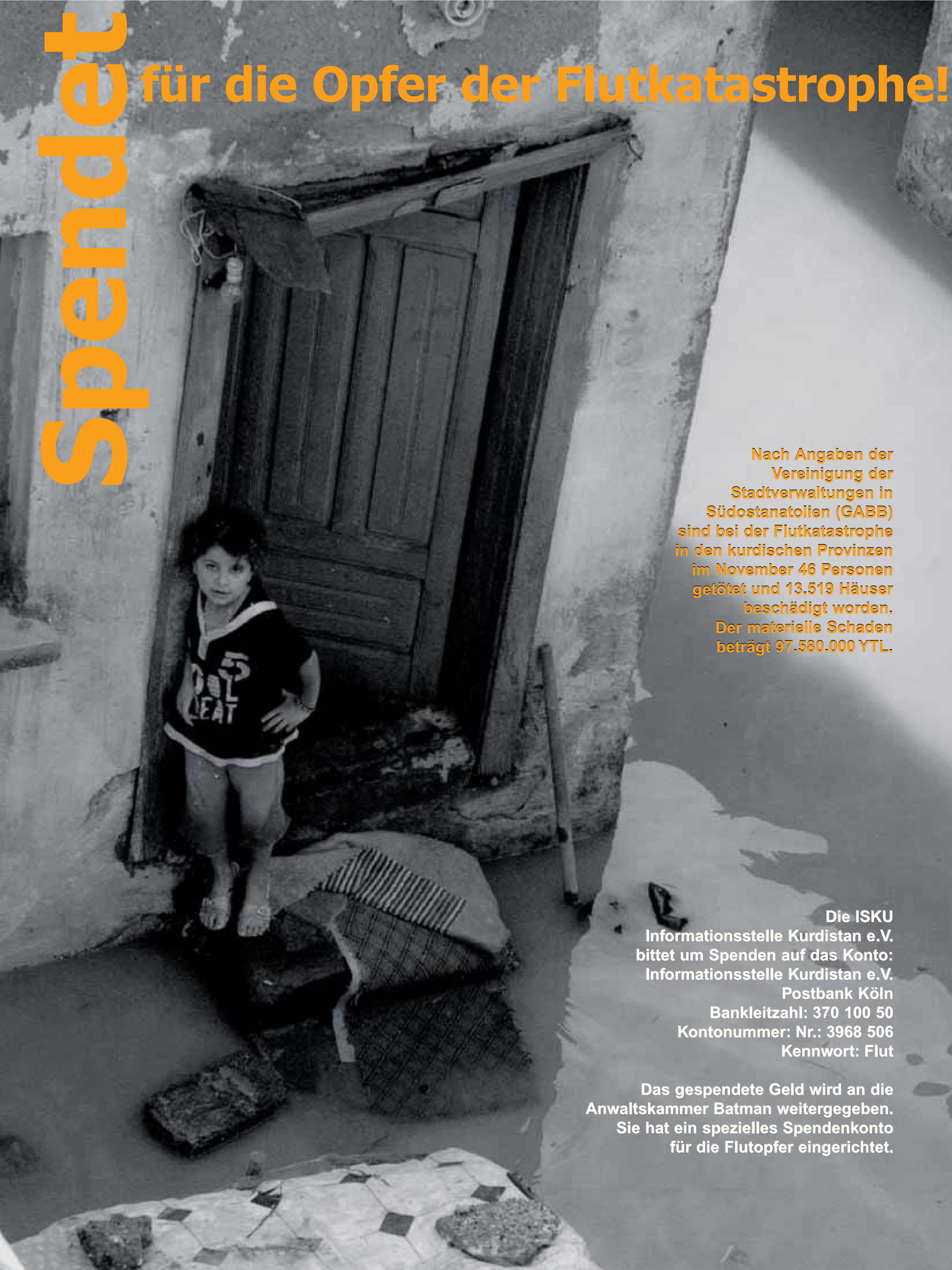
SPENDEN ERBETEN
GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 60 967
Kto. Nr. 8 035 782 600



- Unterstützung
- Hilfe
- Öffentlichkeitsarbeit
- Solidarität

Informationen:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str.70a
40210 Düsseldorf
Tel: 0211 / 830 29 08
E-mail: azadi@t-online.de
http://www.nadir.org/azadi


Spendet
für die Opfer der Flutkatastrophe!
Nach Angaben der
Vereinigung der
Stadtverwaltungen in
Südostanatolien (GABB)
sind bei der Flutkatastrophe
in den kurdischen Provinzen
im November 46 Personen
getötet und 13.519 Häuser
beschädigt worden.
Der materielle Schaden
beträgt 97.580.000 YTL.
Die ISKU
Informationsstelle Kurdistan e.V.
bittet um Spenden auf das Konto:
Informationsstelle Kurdistan e.V.
Postbank Köln
Bankleitzahl: 370 100 50
Kontonummer: Nr.: 3968 506
Kennwort: Flut
Das gespendete Geld wird an die
Anwaltskammer Batman weitergegeben.
Sie hat ein spezielles Spendenkonto
für die Flutopfer eingerichtet.